92. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 4. März 2004

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	6368	Frage 2005 (Konsequenzen aus Hartz IV) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske	6378
1. Fragestunde		2. Aktuelle Stunde	
Drucksache 3/7135		Thema: Sicherer Verbraucherschutz im Land Bran- denburg	
Drucksache 3/7072	6368	Antrag der Fraktion der SPD	6379
Dringliche Anfrage 56 (Brandenburg Enterprise Center [BEC] in Singapur) Minister für Wirtschaft Junghanns	6368	Gemmel (SPD)	6380
Frage 1996 (Rechtliche Voraussetzungen für eine automatische Überwachung von Fahrzeugen) Minister des Innern Schönbohm	6369	Frau Wehlan (PDS)	6382
Frage 1997 (SMS-Fahndung) Minister des Innern Schönbohm	6370	Helm (CDU)	6383
Frage 1998 (Streichung von Stipendien) Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	6371	Claus (DVU)	6385
Frage 1999 (Arbeitslose Ärzte) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske	6373	Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler	6386
Frage 2002 (Schließung von Niederlassungen der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen) Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Gorholt	6374	Dr. Woidke (SPD)	6387
Frage 2003 (Umgehung arbeitsrechtlicher Vor- schriften durch die Firma Hesco in Luckenwalde) Minister für Wirtschaft Junghanns	6375	3. 1. Lesung des Stiftungsgesetzes für das Land Brandenburg (StiftGBbg)	
Frage 2004 (Rüstungsaltpostenfinanzierungsgesetz) Minister des Innern Schönbohm	6376	Gesetzentwurf der Landesregierung	
		Drucksache 3/7024	6388
		4. Wahl eines Mitgliedes des Medienrates gemäß § 11 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Zu- sammenarbeit zwischen Berlin und Brande- nburg im Bereich des Rundfunks	
		Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
		Drucksache 3/7068	6388

	Seite		Seite
5. 1. Lesung des Gesetzes zur Umsetzung des Elften Buches Sozialgesetzbuch (Landespflegegesetz - LPflegeG)		Drucksache 3/7056	6395
Gesetzentwurf der Landesregierung			
Drucksache 3/7052	6389		
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske	6389		
Frau Bednarsky (PDS)	6390		
Frau Konzack (SPD)	6391		
Frau Fechner (DVU)	6392		
Frau Marquardt (CDU)	6392		
6. 1. Lesung des Gesetzes über die Strukturreform der Flurneuordnungsverwaltung		10. Bundesratsinitiative zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 27. Dezember 1993 (verkündet als Art. 5 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes; BGBl. I S. 2378, 2396; berichtigt 1994 BGBl. I S. 2349), in Kraft getreten am 1. Januar 1994, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 lit. d Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verkehrsstatistik vom 12. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2518, 2525)	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Antrag der Fraktion der DVU	
Drucksache 3/7060 (Neudruck)	6393	Drucksache 3/7086	6395
Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER	6393	Frau Hesselbarth (DVU)	6395
Frau Wehlan (PDS)	6393	Homeyer (CDU)	6396
Helm (CDU)	6394	Frau Tack (PDS)	6396
Claus (DVU)	6394	Frau Hesselbarth (DVU)	6397
7. Bericht zur Umsetzung des Staatsvertrages über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV) (gemäß Beschluss des Landtages vom 13. Dezember 2000 - DS 3/2163-B)		11. Bundesratsinitiative zur Änderung des Einkommensteuergesetzes	
Bericht der Landesregierung		Antrag der Fraktion der DVU	
Drucksache 3/7027	6395	Drucksache 3/7087	6397
8. Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Anmeldung zum Teil III des 33. Rahmenplanes) Anmeldung der Landesregierung gemäß § 10 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung		Frau Hesselbarth (DVU)	6398
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Klein (SPD)	6398
Drucksache 3/7055	6395	Frau Osten (PDS)	6398
9. Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Anmeldung zum 34. Rahmenplan für den Hochschulbau) Anmeldung der Landesregierung gemäß § 10 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung		Frau Hesselbarth (DVU)	6399
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		12. Bundesratsinitiative zur Einführung einer Öffnungsklausel für die Arbeitnehmer-Freizügigkeit	
		Antrag der Fraktion der PDS	
		Drucksache 3/7093	
		Entschließungsantrag der Fraktion der DVU	
		Drucksache 3/7104	6400
		Thiel (PDS)	6400
		Lenz (SPD)	6401
		Frau Fechner (DVU)	6402
		Frau Schulz (CDU)	6403
		Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske	6404
		13. Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)	
		Antrag der Fraktion der PDS	
		Drucksache 3/7094	6405

	Seite		Seite
Frau Tack (PDS)	6405	Drucksache 3/7089	
Dellmann (SPD)	6406	(Neudruck)	6409
Schrey (CDU)	6407		
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski	6408		
14. Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwal- tungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg		Anlagen	
Antrag der Landesregierung		Gefasste Beschlüsse	6410
Drucksache 3/7051	6408	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf münd- liche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 4. März 2004	6410
15. Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten			
Antrag mit Wahlvorschlag des Präsidenten des Landtages		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich begrüßen.

Im Gegensatz zu gestern, als sich der Süden vertreten ließ, kommen unsere heutigen Gäste aus dem Norden, vom Wissenszentrum Barnim. Herzlich willkommen zur Teilnahme an der 92. Sitzung des Landtages Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Mit der Einladung ist Ihnen der Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Dazu möchte ich eine Bemerkung machen. Es wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 14 - dort sind qualifizierte Mehrheiten notwendig - vorzuziehen und als Punkt 4 der heutigen Tagesordnung abzuarbeiten. Das wäre in Anbetracht der vielfältigen Verpflichtungen günstig.

Gibt es von Ihrer Seite dazu Bemerkungen oder weitere Vorschläge? - Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich Sie um Ihr zustimmendes Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist so beschlossen.

Heute scheint die Sonne besonders für eine Abgeordnetenkollegin; sie hat Geburtstag. Liebe Frau Hartfelder, ich darf Sie herzlich beglückwünschen.

(Allgemeiner Beifall - Präsident Dr. Knoblich überreicht Blumen; Ministerpräsident Platzek und Minister Schönbohm gratulieren der Abgeordneten Hartfelder [CDU].)

Ich darf zudem einen Glückwunsch besonderer Art aussprechen: Heute Nacht um 3.21 Uhr ist ein Mitglied der CDU-Fraktion reicher geworden, weil sich die Zahl der Familienmitglieder um eins erhöht hat. Herr Lunacek ist Vater geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Es scheint für die CDU in vielfacher Weise eine erfolgreiche Nacht gewesen zu sein.

(Heiterkeit)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde

Drucksache 3/7135

Drucksache 3/7072

Wir beginnen mit der **Dringlichen Anfrage 56** (Brandenburg Enterprise Center [BEC] in Singapur), gestellt von der Abgeordneten Dr. Schröder. Bitte sehr.

Frau Dr. Schröder (SPD):

In Singapur soll ein Brandenburg Enterprise Center - BEC - entstehen. In Anwesenheit des Wirtschaftsministers wurde nach Medienberichten eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Das Brandenburg Enterprise Center soll die

Auslandsplattform des Landes Brandenburg in Singapur ergänzen.

Ich frage daher die Landesregierung: Was verbirgt sich konkret hinter dieser Ankündigung?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schröder, was verbirgt sich hinter der Ankündigung? Nur Gutes! Und es kostet das Land keinen Cent zusätzlich! Die Außenwirtschaftsförderagentur International Enterprise Singapore hat während meines Besuchs in Singapur die Absicht, ein Brandenburg Enterprise Center auf den Weg zu bringen und einzurichten, in eine Vereinbarung gegossen. Die Vereinbarung wurde vom Leiter unserer Auslandsplattform und vom Repräsentanten der Außenwirtschaftsförderagentur Singapurs im Beisein meines Kollegen George Yeo, des dortigen Wirtschaftsministers, unterzeichnet.

Singapur will mit bis zu 100 000 Singapur-Dollar - das sind rund 50 000 Euro - pro Jahr, bezahlt von der Regierung, zunächst eine zusätzliche Person sowie Verwaltungs- und Sachkosten finanzieren, um damit die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Einrichtungen zu intensivieren.

In Ergänzung zu unserer Auslandsplattform soll das Enterprise Center die Kooperation brandenburgischer Unternehmen mit singapurischen Unternehmen zum Zweck der Markterschließung auch in anderen asiatischen Ländern anbahnen und noch intensiver begleiten. Gleichzeitig erhalten die brandenburgischen Unternehmen Zugang zu den Leistungen des gesamten Netzwerks der Agentur im südostasiatischen und im pazifischen Raum. Es geht um Indonesien, Malaysia, Korea und China.

Ich betrachte das Angebot als exzellente Chance und habe es gern angenommen. Singapurische Unternehmen mit ihren speziellen Kenntnissen der asiatischen Märkte sind ideale Kooperationspartner, insbesondere für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen aus unserer Region, der deutschen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Dass Singapur die richtige Plattform für eine solche Markterschließung ist, lässt sich einmal mehr am Beispiel der Firma Alu Druckguss Brieselang festmachen. Während meines Aufenthalts in Kuala Lumpur hat dieses Unternehmen mit dem größten asiatischen Automobilzulieferer eine Kooperationsvereinbarung über die Fertigung und den Vertrieb von Motorteilen unterzeichnet. Der Ausgangspunkt dieses Geschäfts lag in Singapur; dort wurden erste Kontakte geknüpft.

Umgekehrt können singapurische und andere asiatische Unternehmen vom Know-how unserer Wirtschaftsförderung und unserer Unternehmen bei der gemeinsamen Markterschließung in Mittel- und Osteuropa profitieren. Singapur setzt darauf, so erklären es der Wirtschafts- und der Verkehrsminister übereinstimmend, die Beziehungen zu Europa, und zwar zum Europa der Fünfundzwanzig, über die deutsche Hauptstadtregion zu intensivieren. Wohl nicht zuletzt die Aussicht auf diese Win-

Win-Situation ist die Basis für das Angebot Singapurs. Es ist auch ein großer Erfolg unserer Auslandsplattform.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Saat geht auf. Die Arbeit der Auslandsplattformen für die wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes trägt Früchte. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Konzack, bitte.

Frau Konzack (SPD):

Herr Minister, ist es möglich, dass sich die Auslandsplattform erledigt hat, wenn das Brandenburg Enterprise Center jetzt dort geführt wird?

Minister Junghanns:

Nein, das wäre ein falscher Rückschluss. Das Angebot Singapurs kommt nur deshalb zustande, weil Brandenburg als Vertreter der deutschen Hauptstadtregion in Singapur wahrgenommen werden kann. Diese intensive Hinwendung zum wirtschaftlichen Hub in der Region Singapur ist die Basis für das Gegenangebot, das eigene Netzwerk in die wirtschaftlichen Beziehungen mit unserer Region einzubringen. Insofern geht es um einen kooperativen Ansatz, der in seiner Wirkung verbreitert wird. Es kommt nicht zu einer gegenseitigen Ersetzung, sondern zu einer Ergänzung. - Danke.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich auch. - Wir sind damit bei der **Frage 1996** (Rechtliche Voraussetzungen für eine automatische Überwachung von Fahrzeugen), die vom Abgeordneten Bochow gestellt wird.

Bochow (SPD):

In den Monaten Juni bis August 2003 wurden Kfz-Kennzeichen-Erkennungssysteme getestet. Mit dieser Technik ist es möglich, die Kennzeichen von Kraftfahrzeugen zu erfassen und mit dem Datenbestand zu vergleichen. Unter Datenschutzaspekten lässt sich eine Nutzung dieser Technik kontrovers diskutieren. Bei der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage 2613 äußerte sich die Landesregierung auch zu den juristischen Hindernissen für eine Nutzung der von ihr getesteten Überwachungstechnik. Die schwer nachzuvollziehende Struktur von Teilen der Antwort veranlasst mich zu einer Nachfrage:

Welche Gesetzesänderungen auf Landesebene und/oder Bundesebene wären theoretisch erforderlich, damit eine anlassunabhängige Überwachung von Kraftfahrzeugen erfolgen kann?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bochow, der Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufzeichnungen und Bildaufnahmen ist im

Brandenburger Polizeigesetz abschließend geregelt. Danach ist ein routinemäßiger Einsatz allein zum Zweck des Datenabgleichs mangels Ermächtigungsgrundlage nicht möglich.

Ich möchte zunächst sagen, was zurzeit möglich ist, und darauf eingehen, was wir ändern müssen. Zurzeit ist es möglich, eine anlassbezogene Erhebung und einen Abgleich von Kfz-Kennzeichen im Rahmen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung nach geltendem Recht im Einzelfall vorzunehmen.

Solche Einzelfälle sind zum Beispiel die Abwehr konkreter Gefahr, insbesondere die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, das Einrichten einer Kontrollstelle zur Verhütung bestimmter Straftaten, zum Beispiel Bildung terroristischer Vereinigungen, schwerer Raub, räuberische Erpressung, bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen auf öffentlich zugänglichen Plätzen. Das ist möglich bei Observation und polizeilicher Beobachtung und auch beim Feststellen des Aufenthalts einer Person und bei der so genannten Rasterfahndung.

Im Bundesland Rheinland-Pfalz sind im Rahmen der Gefahrenabwehr zur Erweiterung der bestehenden Einsatzmöglichkeiten und aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit besondere Regelungen zum Einsatz technischer Mittel zur elektronischen Erkennung von Kfz-Kennzeichen bei Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum seit 11. Februar dieses Jahres in Kraft, indem man einen neuen § 27 Abs. 5 in das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz eingefügt hat.

Mit einer vergleichbaren Regelung im Brandenburger Polizeigesetz könnten eine Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten und der Ausbau der präventiven Verkehrsüberwachung angestrebt werden. Hierzu könnte der Einsatz an so genannten gefährlichen Orten - das ist verdachtsabhängig - und an besonders gefährdeten Orten - das ist ereignisabhängig - erfolgen.

Man kann sich auch vorstellen, dass dieses im Bereich des Flugplatzes zur Verhütung oder Unterbindung unerlaubter Überschreitung der Bundesgrenze ebenso möglich ist wie an der Grenze des Bundesgebietes mit einer Tiefe bis zu 30 Kilometern.

Diese Gesetzesänderung, die - wie in Rheinland-Pfalz - möglich wäre, beabsichtigen wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr.

Im Bereich der Gefahrenabwehr erscheint darüber hinaus eine weitere Ausweitung auf eine in dieser Beziehung unabhängige Fahndung auch und insbesondere aus rechtlichen Gründen kaum realisierbar. Hier müsste das Bundesgesetz geändert werden. Die Möglichkeit der Implementierung einer solchen Befugnisnorm kann nur auf Bundesebene erfolgen.

Ich fasse zusammen, Herr Abgeordneter: Wir haben technische Möglichkeiten. Um diese technischen Möglichkeiten insgesamt anwenden zu können, müssten wir das Brandenburger Polizeigesetz ändern und der Bund müsste die Möglichkeit überprüfen, die Bundesgesetze zu ändern. Ob dies auf Bundesebene geschieht, ist nicht abzusehen. Ob dies im Lande geschieht, müsste der nächste Landtag entscheiden.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf, Herr Minister.

Bochow (SPD):

Herr Minister, Sie haben andere Bundesländer erwähnt. Inwieweit bestand angesichts der eindeutigen Rechtslage, die Sie beschrieben haben, sowie angesichts der Tests in diesen Bundesländern die Notwendigkeit, solche Praxistests im Land Brandenburg durchzuführen?

Zweitens: Sie haben die Kosten dieses Tests in der Beantwortung der Kleinen Anfrage mit 13 000 Euro beziffert. Hierbei handelt es sich also um Ausgaben für eine Technik, von der Sie wussten, dass sie nach geltender Rechtslage nicht für den von Ihnen favorisierten Zweck zum Einsatz kommen kann. Haben Sie die Auswertung der Testergebnisse anderer Bundesländer anstelle eigener Feldforschung in Betracht gezogen?

Minister Schönbohm:

Herr Abgeordneter, wir reden über eine Technik, die sich in der Entwicklung befindet. Bevor ich zu einer Entscheidung darüber komme, was ich dem Landtag vorschlage, möchte ich gern prüfen, ob das, was wir vorschlagen, auch sachgerecht ist. Die Entscheidungen und die Ergebnisse in den verschiedenen Bundesländern sind dergestalt, dass es zwischen den Bundesländern im Augenblick eine erhebliche Diskussion über die Frage gibt, ob man diesen Weg geht oder nicht. Rheinland-Pfalz hat sich dafür entschieden. Wir haben in der Zwischenzeit hierzu eigene Erkenntnisse. Wir haben diese eigenen Erkenntnisse mit verschiedenen Fachleuten aus dem Bereich der Innenpolitik - auch verschiedener Bundesländer - besprochen. Ich gehe davon aus, dass die Diskussion dazu weitergeht - bei uns erst nach der nächsten Landtagswahl, aber in der Bundesrepublik Deutschland wird insgesamt die Frage gestellt werden, inwieweit wir im Rahmen der grenzüberschreitenden Kriminalität und der Überwachung von Verkehrsströmen die Möglichkeit der Kfz-Kontrolle technisch nutzen. Die Debatte wird geführt werden. Wir können auf der Basis unserer Versuche jetzt einen auf Sachkunde gestützten Beitrag liefern.

Präsident Dr. Knoblich:

Am Mikrofon sechs ist noch einmal gedrückt worden. Ich meine, schon etwas spät, aber bitte, stellen Sie Ihre Frage.

Claus (DVU):

Herr Minister, Sie sprachen eben über die automatische Überwachung. Nun ist aber gleichzeitig im Gespräch gewesen, dass Motorräder mit zwei Nummernschildern ausgerüstet werden sollen ...

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte, Ihre Frage!

Claus (DVU):

... um diese auch besser überwachen zu können. Ich frage Sie als Minister oder die Landesregierung: Wie steht sie dazu oder hat sie sich noch keine konkrete Meinung darüber gebildet?

Minister Schönbohm:

Es tut mir Leid, ich habe Ihre Frage nicht verstanden. Ein Motorrad mit zwei Nummernschildern?

Claus (DVU):

Ja, das war im Gespräch gewesen, um die jeweilige Person besser zu überwachen.

Minister Schönbohm:

Die Problemstellung ist mir nicht bekannt. Ich finde sie sehr fantasievoll, aber mir ist sie nicht bekannt.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke. - Wir sind damit bei der **Frage 1997** (SMS-Fahndung), gestellt vom Abgeordneten Petke.

Petke (CDU):

Im Februar startete das Bundesinnenministerium eine Initiative zur SMS-Fahndung. Auf der Internetseite des Bundeskriminalamtes können Interessierte, insbesondere Taxifahrer, Busfahrer und andere, die viel in der Öffentlichkeit unterwegs sind, ihre Handynummer registrieren lassen. Sie werden dann an Fahndungen via SMS beteiligt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist Brandenburg in dieses Projekt einbezogen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben erneut das Wort.

(Zuruf von der PDS: Er kommt per SMS!)

Minister des Innern Schönbohm:

Sind Sie auf Empfang, Herr Kollege? - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Petke, SMS ist ein interessantes Führungs- und Informationsmittel, wenn ich das einmal sagen darf. Ich habe so heute Nacht erfahren, dass Herr Lunacek Vater geworden ist - mit allen Konsequenzen,

(Bischoff [SPD]: Ich auch!)

also Größe, Gewicht, alles gesund.

(Heiterkeit)

Der demographische Rentenfaktor ist noch nicht klar, aber dies hat positive Auswirkungen.

Nun zur Sache.

Präsident Dr. Knoblich:

Ist das Kleine auch per SMS gekommen?

Minister Schönbohm:

Nein, irgendwo kann man die Natur nicht überlisten. Das ist auch gut so, Herr Präsident.

Wir unterstützen die Überlegungen des Bundesinnenministers zur SMS-Fahndung. Wir haben aber Zweifel, dass das im Ergebnis wirklich zielführend ist. Es besteht die Absicht, unter

Nutzung der modernen Technik externe Partner, die auch sonst bei Fahndungsmaßnahmen der Polizei herangezogen werden, über SMS zu informieren und sie an der Aufklärung von Straftaten zu beteiligen. Im Wesentlichen sind das Taxifahrer und Mitarbeiter des öffentlichen Personennahverkehrs, also Busfahrer, Schaffner.

Das Landeskriminalamt prüft zurzeit mit den Polizeibehörden, ob der Echtbetrieb in Pilotdienststellen getestet werden soll. Es sind dabei technische und rechtliche Fragen zu klären. In deren Ergebnis besteht die Option, dass sich einzelne Polizeidienststellen im Rahmen der Pilotphase mit dem Wordbetrieb der SMS-Fahndung beteiligen. In einigen Polizeipräsidien außerhalb Brandenburgs laufen solche Versuche.

Ich möchte hinzufügen, ich persönlich bin mir nicht sicher, ob das ein Weg ist, den wir mit großer Konsequenz weiter verfolgen sollten. Wenn es woanders positive Ergebnisse gibt, wird man das einführen, und sind wir bereit, an einem solchen Betrieb teilzuhaben. Aber ich habe gewisse Zweifel, dass das zielführend ist.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Kaiser-Nicht hatte noch Klärungsbedarf angemeldet. Bitte schön.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Innenminister, wie bewerten Sie die Kritik an der SMS-Fahndung als Schnellschuss von Schily - unter anderem seitens des Bundes Deutscher Kriminalbeamter -, weil für die Anwendung der Methode rechtliche Rahmenbedingungen unklar sind und sie sehr enge organisatorische und praktische Grenzen hat? Man denke an die geringe Zeichenzahl und unklare Rückmeldewege, zumal es zur SMS-Fahndung wohl auch keine Abstimmung auf der Innenministerkonferenz des Bundes gab. Meine erste Frage lautet also: Wie bewerten Sie diese Kritik?

Meine zweite Frage: Welche Begründung geben Sie dem Parlament dafür, dass der Innenausschuss dazu erneut ohne Information Ihrerseits blieb, obwohl Sie bereits Mitte Februar der Polizei grünes Licht für die Anwendung der SMS-Fahndung gaben und der Modellversuch in Potsdam wohl auch stattgefunden hat? Sie haben selbst von Zweifeln an dieser Methode gesprochen. Genauso blieb der Innenausschuss bezüglich der automatischen Überwachung der Fahrzeuge ohne Information.

Minister Schönbohm:

Sie sind wiederholt ohne Information geblieben in der Frage, wo wir zu überprüfen versuchen, wie wir was verbessern können. Wir kommen erst dann auf den Innenausschuss zu, wenn wir konkrete Ergebnisse haben.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser-Nicht [PDS])

Nun zur Sache selbst. Ich glaube, Frau Kollegin Kaiser-Nicht, Sie haben sich Ihre Frage ausgedacht, als Sie vermuteten, ich würde sagen: Hurra, ich bin für SMS. - Obwohl ich nicht dafür bin, haben Sie die Frage nun gestellt. Ich darf Ihnen sagen: Meiner Antwort haben Sie doch eine gewisse Zurückhaltung entnommen.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser-Nicht [PDS])

Wir haben auf der Innenministerkonferenz ein Konsensprinzip, das ich für sehr wichtig halte. Auf der Innenministerkonferenz haben wir neun Innenminister von der CDU und sieben von der SPD. Dort besteht eine große Übereinstimmung, dass wir miteinander sprechen und nicht übereinander. Dabei möchte ich es gern belassen. Das wird auf der Innenministerkonferenz behandelt. Die Innenministerkonferenz wird zu einem Ergebnis kommen. Es gibt Zweifel, dass SMS-Fahndung wirksam ist. Ich habe eine gewisse Zurückhaltung ausgedrückt. Mehr will ich dazu nicht sagen. Es gibt noch keine Entscheidung darüber.

Ich habe des Weiteren darauf hingewiesen, dass wir die Option prüfen, dass sich einzelne Polizeidienststellen im Rahmen der Pilotphase an dem Wordbetrieb SMS-Fahndung beteiligen werden. Die Entscheidung ist noch nicht getroffen. Von daher gesehen kann ich Ihnen die Frage dann bei den nächsten Malen beantworten.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser-Nicht [PDS])

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir sind bei der **Frage 1998** (Streichung von Stipendien), gestellt vom Abgeordneten Dr. Trunschke, der Gelegenheit hat, seine Frage zu formulieren.

Dr. Trunschke (PDS):*

Die Europa-Universität Viadrina gewinnt einen großen Teil ihres Charmes vor allen Dingen durch den hohen Anteil ausländischer, insbesondere polnischer Studierender. Das wurde bisher unter anderem dadurch ermöglicht, dass dafür Stipendien bereitgestellt wurden. Diese sollen nun wegfallen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Tatsache, insbesondere angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung?

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Wanka, Sie haben das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka:*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Land hat die Viadrina von Beginn an beim Erfüllen ihres Gründungsauftrages unterstützt, insbesondere Studiengänge anzubieten und Studierende aus ost- und mitteleuropäischen Ländern heranzuziehen. Ein Schwerpunkt war von Anfang an natürlich die besonders intensive Zusammenarbeit mit polnischen Universitäten und die Ausbildung polnischer Studierender.

Ab 1994 wurden in diesem Land Gelder - rund 7 Millionen Euro - für Stipendien für polnische Studierende eingesetzt. Brandenburg ist damit das einzige Bundesland, welches aus Haushaltsmitteln Geld für grundständige Studiengänge für Stipendien einsetzt. In Deutschland studieren rund 11 000 polnische Studenten. Die meisten polnischen Studenten, die im Ausland studieren, studieren in Ländern mit Studiengebühren, so in den USA und England. In Deutschland haben wir 11 000 Studenten, davon 1 700, die in Brandenburg studieren, nämlich insbesondere in Frankfurt (Oder).

Diese Stipendien sind dafür gedacht, den erhöhten Aufwand für die Lebenshaltungskosten etwas zu kompensieren, den polnische Studenten haben, wenn sie in Frankfurt (Oder), also in der Bundesrepublik, studieren. Das heißt, dieses Geld wird für die erhöhten Lebenshaltungskosten eingesetzt, wobei die Stipendien unabhängig davon gezahlt werden, ob die Studierenden in Slubice oder in Frankfurt (Oder) wohnen. Ein Drittel unserer Wohnheimplätze in Frankfurt (Oder) wird von polnischen Studenten genutzt. Der große Teil lebt in Slubice.

In Deutschland ist es nicht einfach, ein Studium zu finanzieren. Trotz BAföG und allem ist es schwierig. Das gilt auch für Polen, insbesondere weil man in Polen an vielen Stellen Studiengebühren hat. Die Stipendien sind eine Möglichkeit, sozial schwächeren polnischen Studenten ein Studium in Deutschland zu ermöglichen.

Aber das Land Brandenburg ist nicht in der Lage, die sozialen Probleme Polens in großem Umfang zu lösen und auf Dauer dort zu subventionieren. Es ist von Anfang an klar gewesen, dass die Stipendien nicht durchgängig gezahlt werden, sondern eine Anschubfinanzierung sind. Zu Beginn, 1994, sind 90 % der Studierenden mit Stipendien versorgt worden. Die Zahl sank dann und es wurde beschlossen, dass diese Stipendien ab 1997 sukzessive abgesenkt werden. Zu Beginn meiner Amtszeit - 2001 - wurde ich damit konfrontiert, dass die Haushaltsmittel für die Stipendien total gestrichen werden sollten.

Es ist damals gelungen, bei Frau Bulmahn zu erreichen, dass für die Jahre 2002, 2003, 2004 Stipendienmittel in Höhe von 750 000 Euro zur Verfügung gestellt wurden. Die entsprechenden Landesmittel sind weiter geflossen. Im letzten und auch in diesem Jahr stehen ungefähr 700 000 Euro für Stipendien zur Verfügung. Die Viadrina war, als 1997 beschlossen wurde, die Mittel sukzessive zurückzuführen, gehalten, sich um andere Stipendienquellen zu bemühen. Das hat sie mit Erfolg getan. 300 000 Euro kommen allein vom Deutschen Akademischen Austauschdienst für Stipendien. Das ist auch die richtige Stelle, nämlich die Stelle, bei der sich alle bewerben und bemühen können.

Die wichtigste Maßnahme, um ausländische Studierende, insbesondere polnische, an die Viadrina zu ziehen, ist die Ausstattung der Viadrina, das heißt die Bereitstellung von Studienplätzen. Deshalb haben wir in den letzten Jahren zusätzlich neue Studienplätze finanziert. Zum Beispiel ist der Studiengang Deutsches und Polnisches Recht neu aufgebaut und vom Land finanziert worden.

Wir sind der Meinung, dass die Viadrina Sondermittel dadurch verdient, dass sie einen hohen Ausländeranteil hat. Das heißt, bei unserem Mittelverteilungsmodell gibt es einen Leistungsindikator, das ist der Anteil der ausländischen Studierenden. Hier gewinnt die Viadrina natürlich im Gegensatz zu Fachhochschulen und anderen, das ist ganz normal. Neben diesem Leistungsindikator gibt es völlig unabhängig davon, wie erfolgreich die Universität ist, sozusagen als Sondertatbestand, Geld, nämlich einmal über 60 000 Euro, weil erhöhte Verwaltungskosten entstehen, wenn man das ganze Prozedere, Immatrikulation und anderes, mit fremdsprachigen Studenten abwickeln muss, und noch einmal 85 000 Euro, die jährlich gezahlt werden - das wird in Form von Stellen umgesetzt - für die Betreuung dieser Studierenden, insbesondere für die Sprachausbildung.

In dem Zusammenhang darf ich die Äußerung erwähnen, die auch gestern fiel, dass immer mehr Sprachkurse an der Viadrina kostenpflichtig werden. Wir haben vor einiger Zeit an dieser Stelle schon darüber geredet. Es ist so, dass die Sprachausbildung an den Universitäten in den neuen Bundesländern - das wird uneingeschränkt gesagt - für die Studenten günstiger ist als in den alten Bundesländern. Es ist und muss so sein, dass das, was im Curriculum vorgeschrieben wurde - wenn beispielsweise jemand Jura studiert und zwei Fremdsprachen im Curriculum vorgesehen sind -, dann von der Universität kostenlos angeboten wird. Wenn der Student darüber hinaus finnisch oder türkisch lernen will, dann - das war die Anspruchshaltung der Viadrina - muss dies vom Steuerzahler finanziert werden, muss kostenlos möglich sein. Das ist eine Haltung, die nicht zu akzeptieren ist, die kein anderes Bundesland sich leisten kann. Das war ein Streit, der auch über die Mediengetragen wurde, der damit endete, dass die Viadrina - ich halte das für eine sehr gute Lösung, die wir gefunden haben - eine Sprachen-GmbH gebildet hat, wie es sie zum Beispiel an der TU Dresden schon lange gibt.

Jeder Student bekommt das, was im Curriculum steht, z. B. Sprachenausbildung kostenlos. Sprachkenntnisse, die er zusätzlich erwerben möchte, kann er an der Volkshochschule oder woanders erwerben. In der Sprachen-GmbH hat er den großen Vorzug: Es ist vor Ort, es ist an der Universität, es ist qualifiziertes Personal. Aber für zusätzliche Wünsche sind die Kosten zu begleichen. Ich denke, das ist völlig in Ordnung.

Sie hatten gestern in der Aktuellen Stunde den Punkt angesprochen, dass die Stipendien wahrscheinlich nicht so weiter gezahlt werden können, und gesagt, der Viadrina werde damit ein Standbein weggehauen, und gefragt, ob ich denn wisse, was wir da tun. Sie sind also der Meinung, der Viadrina gelinge es nicht, wie den anderen deutschen Hochschulen, Studenten - darunter mehr als 9 000 polnische - durch attraktive Studienangebote, durch entsprechende Qualität der Betreuung, durch das, was die Professoren können, anzuziehen, sondern Sie sind der Meinung, die Viadrina brauche als Standbein eine Zuschussung der Lebenshaltungskosten, sie müsse also die Möglichkeit haben, zusätzliche Anreize für die Studenten zu setzen, damit sie nach Frankfurt (Oder) kommen. Ich denke, diese schlechte Meinung über die Leistungsfähigkeit der Viadrina ist nicht gerechtfertigt, und würde Sie bitten, dies nicht weiter zu verbreiten, denn das schadet der Universität.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Wir beginnen mit Herrn Trunschke.

Dr. Trunschke (PDS):*

Frau Ministerin, die erste Frage ist, da Sie das Alleinstellungsmerkmal Brandenburgs bei der Zahlung der Stipendien mit einem leichten negativen Unterton erwähnt haben: Wäre dies nicht eigentlich ein Grund, einmal stolz darauf zu sein, dass wir etwas mehr tun als andere Länder?

Zweitens: Wie verändert sich die soziale Zusammensetzung der ausländischen Studierenden, die nicht nur wegen der zugebenermaßen attraktiven Angebote der Viadrina dort studieren wollen, sondern auch eine soziale Basis dafür brauchen, die anders nicht geschaffen werden kann?

Drittens: Wie beurteilen Sie die Gefahr, dass die Curricula so verändert werden, dass in zunehmendem Maße darin ursprünglich geforderte Sprachanteile ausgegliedert und damit plötzlich kostenpflichtig werden?

Ministerin Prof. Dr. Wanka:*

Diese Gefahr ist überhaupt nicht gegeben, überhaupt nicht! Im Übrigen gilt das, was ich bereits gesagt habe: Wir können die sozialen Probleme in Polen nicht lösen. Das Land Brandenburg kann nicht ein Stipendiensystem für all diejenigen, die fachlich sehr gut sind und aus sozial schwächeren Schichten stammen, ermöglichen. Auch das bundesdeutsche Stipendiensystem ist nicht in Ordnung. Das muss zunächst einmal geändert werden.

Das ist also einfach eine falsche Erwartungshaltung, die hier geweckt worden ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass Brandenburg in diesem Bereich viel mehr gemacht hat als alle anderen neuen Bundesländer. Natürlich ist es für einen Studenten attraktiv, nach Berlin, Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern zu kommen und dafür auch noch zusätzlich Geld zu bekommen. Das ist finanziell aber nicht möglich und wird auf Dauer auch in Brandenburg nicht möglich sein.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte, Herr Hammer.

Hammer (PDS):

Frau Ministerin, ist - erstens - die Internationalität nicht gerade das Markenzeichen der Europa-Universität und hebt diese Universität besonders hervor?

Zweitens: Muss vor dem 1. Mai als Datum der EU-Erweiterung nicht der Eindruck entstehen, dass die Landesregierung glaubt, dass in Zukunft alles von selbst läuft?

Ministerin Prof. Dr. Wanka:*

Herr Hammer, über die Internationalität und die Bedeutung der Viadrina im Übrigen brauchen wir hier nicht zu sprechen. Ich habe gestern schon gesagt, dass Brandenburg sehr gut ist, wenn es um die Attraktivität für Studenten aus dem Ausland geht. Hier nehmen wir den zweiten Platz unter den neuen Bundesländern ein. Daran hat die Viadrina einen Anteil, es ist aber nicht nur die Viadrina.

Die Landesregierung glaubt nicht, dass mit der EU-Osterweiterung alles von selbst läuft, aber sie stellt schon fest, dass sich seit 1994 die Einkommen und die sozialen Verhältnisse in Polen verändert haben, dass die Viadrina, bei der die zur Diskussion stehende Starthilfe zunächst erforderlich war, inzwischen etabliert ist und mit ihren Leistungen überzeugen kann. Meine Strategie ist es, das Geld in die Universität zu stecken, damit sie attraktiv ist, damit sie auch speziell für ausländische Studierende attraktiv ist, statt das Geld in Form von Essengeld und Subventionierung der Mieten der Studenten zu gewähren. Wenn man es sich leisten kann, dann kann man auch das machen. Es gibt viele gute Zwecke, für die man Geld ausgeben kann. Aber das alles ist eben nicht ohne weiteres machbar.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Damit sind wir bei der **Frage 1999** (Arbeitslose Ärzte), die von der Abgeordneten Fechner gestellt wird. Bitte sehr.

Frau Fechner (DVU):

In einigen Regionen unseres Landes herrscht regelrechter Ärztemangel. Gleichzeitig sind viele Ärzte im Raum Berlin-Brandenburg als arbeitslos registriert. Mittlerweile hat auch der brandenburgische Gesundheitsminister Baaske erkannt, dass für Ärzte, die als arbeitslos registriert sind, dasselbe gelten sollte wie für andere Arbeitslose. Diese müssen sich, um ihren Leistungsanspruch zu erhalten, unter bestimmten Voraussetzungen sogar bundesweit vermitteln lassen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten hat sie gegenüber der Bundesagentur für Arbeit, diese berechnete Forderung durchzusetzen, und hat sie diese Möglichkeit eventuell sogar schon genutzt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Baaske, zum Gruß und zur Beantwortung der Frage geht das Wort an Sie.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schönen guten Morgen! Frau Fechner, dieses „schon“ weise ich zurück, weil ich derjenige bin, der darauf aufmerksam gemacht hat, dass eine Gleichbehandlung zwischen den Facharbeitern und den Ärzten, die in Berlin arbeitslos sind, erforderlich ist.

Ich weise darauf hin, dass das, was dazu gesetzlich zu regeln war, bereits geregelt ist. Zwischenzeitlich gab es ein paar Irritationen bei der Bundesagentur für Arbeit in der Frage, ob es gerechtfertigt wäre, Ärzte aus Berlin zum Beispiel in die Uckermark zu vermitteln, weil sie dann womöglich nicht motiviert wären. Dazu habe ich bemerkt, dass das für Facharbeiter, Ingenieure und andere ebenso zutreffen und deshalb erwartet werden könne, dass Ärzte zum Beispiel in die Uckermark oder in die Lausitz vermittelt würden, wenn sie dort gebraucht würden.

Ganz so einfach ist es nun aber auch wieder nicht, die Probleme mit Hausärzten oder Fachärzten, die es im Bereich der niedergelassenen Ärzte gibt, zu lösen; denn hier geht es um eine freie Niederlassung. Die Betroffenen müssen sich selbstständig machen. Das geht natürlich nicht auf dem Wege über die Zuweisung der Arbeitsämter an bestimmte Stellen im Lande. Das hat etwas mit Lohnangleichung im Verhältnis Ost/West zu tun, das hat etwas damit zu tun, dass die Ärzte hier viel mehr arbeiten müssen als im Westen usw.

Wir können gegenüber der Bundesagentur nur darauf hinweisen, dass es hier noch freie Stellen in Krankenhäusern oder in Polikliniken bzw. medizinischen Versorgungszentren gibt. Auf diese Stellen könnten auch die Arbeitsämter verweisen und könnten auch mit Sanktionen drohen, wenn diese Stellen nicht angenommen werden. Man kann über die Kriterien der Bundesagentur für Arbeit aber keinen Arzt dazu zwingen, sich niederzulassen.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke. - Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte, Herr Schippel.

Schippel (SPD):

Herr Minister, wie bewerten Sie - erstens - Annoncen der Bundesagentur für Arbeit in Fachblättern, mit denen die Bundesagentur Ärzte für einen Einsatz im Ausland, also nicht für Hilfsdienste, sondern regelrecht für das Ausland, wirbt?

Zweitens: Könnten Sie sich vorstellen, dass Ärzte, die mit einem Aussiedlerstatus nach Deutschland kommen, durch eine gezielte Führung der Aussiedlerstelle in Peitz den Zeitraum wesentlich verkürzen, in dem sie in Deutschland noch nicht praktisch tätig werden dürfen und der zurzeit bei bis zu sieben Jahren liegt?

Minister Baaske:

Herr Schippel, diese Annonce - das war übrigens in der „Ärzte Zeitung“ - wurde mir in der vergangenen Woche bekannt. Ich habe daraufhin sofort einen Brief an den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Weise, geschrieben und erklärt, aus meiner Sicht sei es überhaupt nicht gerechtfertigt, dass die Bundesagentur in dieser Weise Werbung betreibt, Ärzte nach Schweden abwerbe, und zwar offensichtlich die Tatsache ignorierend, dass wir im Osten händeringend Ärzte suchen. Ich halte das, was da abgelaufen ist, für extrem unglücklich. Das betrifft sowohl denjenigen, der ein solches Inserat in die Zeitung gebracht hat, als auch denjenigen, der die Zeitung herausgibt. Das waren übrigens das „Ärzteblatt“, oder die „Ärzte Zeitung“, die das so veröffentlicht haben.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, in beiden Fällen muss klargelegt werden, welche großen Probleme wir hier haben. Ich kann nur noch einmal sagen, ich habe Herrn Weise mit drastischen Worten meine Erwartung geschildert, dass das, was seitens der BA bisher an Vermittlungsaktivitäten in Richtung Skandinavien geschehen ist, auch in Richtung Ostdeutschland gemacht wird.

Damit komme ich zu der Frage nach Ärzten mit Aussiedlerstatus. Wir haben vor - wir prüfen gerade, wie das rechtlich und organisatorisch möglich ist -, solche Ärzte, die in Peitz ankommen, sozusagen direkt anzusprechen, sie mit ihren Familien herauszupicken, weil wir wissen, dass anderenfalls jeder von ihnen eine große Tortur bestehen muss, sehr viele Behördengänge erledigen, einen Deutschkurs absolvieren muss usw., ehe er hier praktisch arbeiten kann. Wir wollen also mit diesen Ärzten ganz gezielt eine verstärkte Integration betreiben, indem wir sie dorthin lenken, wo wir ein großes Ärzteproblem haben. Zu diesem Zweck werden wir sie zum Beispiel bei den Behördengängen unterstützen und den Deutschkurs zügig anbieten. Damit verfolgen wir das Ziel, dass alles, was sonst sozusagen sehr verstreut erledigt wird, für die betreffenden Ärzte hier in Brandenburg in konzentrierter Form erledigt werden kann.

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Die Frage 2000 ist zurückgezogen worden. Die Frage 2001 wird schriftlich beantwortet. Damit sind wir

bei der **Frage 2002** (Schließung von Niederlassungen der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen), die von der Abgeordneten Kaiser-Nicht gestellt wird. Bitte sehr.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Mit der Strukturreform der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen - RAA - im Land Brandenburg zu Büros für Integration und Toleranz - BIT - arbeiten nunmehr sechs solcher Büros verteilt auf die sechs brandenburgischen Schulamtsregionen unter einem Dach mit den Mobilien Beratungsteams. Auch in der kürzlich erteilten Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende PDS-Anfrage konnten keine nachvollziehbaren inhaltlichen Entwicklungen, Gründe oder Kriterien genannt werden, aufgrund derer diese Entscheidung getroffen wurde. Mit dieser Entscheidung verbunden ist offensichtlich auch die Reduzierung der Zahl bisheriger RAA-Niederlassungen. Die RAA in Forst musste bereits geschlossen werden und die Existenz der Niederlassung in Strausberg steht infrage. Dies ist besonders fragwürdig, weil gerade die Strausberger RAA zum Beispiel mit dem Zeitzugprogramm und Projekten der Integration von Aussiedlern über Jahre Schrittmacher war und ihre Arbeit überwiegend aus Bundes- und Stiftungsmitteln finanzieren konnte, welche jetzt allerdings auslaufen. Die finanziellen Probleme der RAA gehen bereits auf die Kürzung von 90 Millionen Euro bei den Personalmitteln im Haushalt 2003 der Ausländerbeauftragten zurück. Mit der kürzlich veröffentlichten Statistik zur Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität im Lande Brandenburg war regierungsseitig die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen besonders unterstrichen worden.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie beabsichtigt sie, die bewährten Niederlassungen der RAA zukünftig zu sichern?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Staatssekretär Gorholt, Sie haben das Wort.

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Gorholt:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht, da Sie behaupten, die Landesregierung habe bisher keine Gründe für die Bildung der sechs Büros für Integration und Toleranz genannt, will ich hier die beiden wichtigsten Gründe noch einmal nennen. Wir führen in diesen sechs Büros, nämlich in Cottbus, Frankfurt, Angermünde, Neuruppin, Potsdam und Trebbin, drei Aufgabenbereiche zusammen: Zum einen die Arbeit der Sozialpädagogen - finanziert von der Ausländerbeauftragten bzw. vom MASGF -, die die Integration von Zuwanderern unterstützen und interkulturelle Arbeit leisten, zweitens die Mobilien Beratungsteams, die gemeinsam mit Partnern vor Ort die Entwicklung kommunaler Konzepte gegen Rechtsextremismus entwickeln, und drittens die abgeordneten Lehrkräfte, die schulbegleitende Maßnahmen koordinieren. Durch diese Teambildung machen wir die Arbeit effizienter und schlagkräftiger.

Wir haben die regionale Zuständigkeit der Büros den Schulamtsbezirken angepasst, weil insbesondere schulbegleitende Maßnahmen aufs Engste mit den Schulämtern abzustimmen sind und das Unterstützungssystem Schule so am besten funktioniert.

Man muss sich die schwierige Situation der Vergangenheit noch einmal vor Augen halten. Wir hatten vor wenigen Jahren noch 16 Beratungssysteme Schule, zehn RAA-Niederlassungen und fünf mobile Beratungsteams. Wir haben diese Strukturen jetzt sinnvoll zusammengeführt. Die Zusammenführung in sechs Büros steht nicht im Zusammenhang mit finanziellen Kürzungen. Wir haben zwar auch im Bereich Tolerantes Brandenburg in einem geringen Maße zur Erbringung unserer globalen Minderausgabe eine Beteiligung durchführen müssen, die Gründung der sechs Büros hat jedoch sogar zu einer Stärkung der Strukturen geführt, weil wir ein zusätzliches Mobiles Beratungsteam gebildet haben. Die zentralen Aufgabengebiete der bisherigen RAA-Außenstellen werden auf die Büros übertragen, beispielsweise das von Ihnen genannte Zeitzeugenprogramm. Inwieweit der freie Träger RAA die bisherigen Niederlassungen, unter anderem die in Strausberg, weiterhin aufrechterhält, wird davon abhängen, ob er Gelder von Dritten, zum Beispiel von Stiftungen, für konkrete Projekte einwerben kann.

Für das Land sind die sechs Büros für Integration und Toleranz das Netzwerk zur Unterstützung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kommunen, Schulen, Initiativen und Vereinen und wir haben damit für das Tolerante Brandenburg eine klare und transparente Struktur geschaffen. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte sehr.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Ich habe zwei Nachfragen. Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, dass es keinerlei inhaltliche Bewertung der Arbeit gab, die jedoch vor einer Schließungsentscheidung vonseiten der Landesregierung stehen sollte?

Zweitens: Warum wird ausgerechnet die Niederlassung der RAA zur Disposition gestellt - und warum tut die Landesregierung offensichtlich nichts dagegen -, die verkehrstechnisch im engen, dicht besiedelten Verflechtungsraum angebunden und für Schüler und Lehrer günstig zu erreichen ist, die von dort aus sehr weit, bis in zwei große Landkreise hinein, handelt und die inhaltlich Schrittmacher in der RAA im Land Brandenburg war?

Staatssekretär Gorholt:

Ich habe schon ausgeführt, dass es nicht darum geht, Aufgaben zu beseitigen oder abzuschaffen, sondern dass diese Aufgaben auf die zentralen BITs übertragen werden.

(Zuruf von der PDS)

Dabei geht es auch nicht um die Mitarbeiter, sondern diese werden in die BITs überführt. Die Abgeordnete Lehrkraft, die zurzeit in Strausberg arbeitet, wird Ende des Schuljahres pensioniert. Insofern kann sie nicht mit nach Frankfurt überführt werden.

Zum Zweiten: Ich glaube, dass die Orte, die ich vorhin genannt habe - Cottbus, Frankfurt, Angermünde, Neuruppin, Potsdam und Trebbin -, auch zentrale Orte sind, die gut ...

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Frankfurt ist sehr zentral, das ist wahr!)

Ich denke, dass auch der Oderraum berücksichtigt werden muss und dass dies auch für die Schülerinnen und Schüler verkehrstechnisch gut erreichbare Orte sind.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Das Wort geht an die Abgeordnete Dr. Schröder, die Gelegenheit hat, die **Frage 2003** (Umgehung arbeitsrechtlicher Vorschriften durch die Firma Hesco in Luckenwalde) zu formulieren.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Das Arbeitsgericht Potsdam hat in seiner Entscheidung vom 18. Februar 2002 klargestellt, dass die Konstruktion der Insolvenz der Firma Hesco Kunststoffzeugnisse Helmut Schulze & Co. GmbH alias HC Kunststoffzeugnisse GmbH Luckenwalde sowie die Übertragung von Arbeitsverhältnissen und geförderten Wirtschaftsgütern auf zwei weitere Firmen in Luckenwalde dem Ziel der Umgehung arbeitsrechtlicher Vorschriften dienen. Daneben haben die Gesellschafter der Firma Hesco bis zum Sommer 2003 gegen Mitteilungspflichten nach dem Subventionsgesetz verstoßen, indem sie den bereits 2001 eingeleiteten Arbeitsplatzabbau ihrer Firma der Bewilligungsstelle Investitionsbank des Landes Brandenburg - ILB - nicht anzeigten. Der Verstoß gegen Meldepflichten führt bei Arbeitslosen in der Regel sofort zum Widerruf von Bewilligungs- und Leistungsbescheiden oder zu Sperrzeiten. In der Wirtschaftsförderung Brandenburgs führt ein solcher Verstoß dagegen offenbar zu einer positiven Änderung des Zuwendungsbescheides. Der Unterschied liegt nicht nur auf rechtlicher, sondern auch auf finanzieller Ebene. Geht es bei Arbeitslosen in der Regel um Beträge in der Höhe von Monatseinkommen, so geht es im vorliegenden Brandenburger Hesco-Fall um knapp 1 Million Euro staatliche Fördergelder.

Ich frage daher die Landesregierung: Was unternimmt der Minister für Wirtschaft, um die von der Investitionsbank des Landes Brandenburg praktizierte stillschweigende Duldung der Umgehung arbeitsrechtlicher Vorschriften und des Verstoßes gegen Meldepflichten nach dem Subventionsgesetz durch die Firma Hesco in Luckenwalde endlich aufzuheben?

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bitte noch einmal nachdrücklich, sich bei der Formulierung der Fragen, insbesondere bei der Formulierung des Vorspanns, an das zu halten, was die Geschäftsordnung vorgibt.

(Beifall bei CDU und DVU)

Das heißt, direkt und kurz zu fragen und von Bewertungen abzusehen. Dies gilt im Übrigen für alle Fragen, die in der Vergangenheit auch schon zu solchen Anmerkungen meinerseits geführt haben.

Das Wort geht an den Wirtschaftsminister. Bitte sehr.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Dr. Schröder, zur Thematik der Firma Hesco in Luckenwalde habe ich mittlerweile schon drei mündliche Anfragen von Ihnen und vier Kleine Anfragen mit 35 Fragen

beantwortet sowie zweimal dazu im Wirtschaftsausschuss Stellung genommen.

(Zurufe)

Deshalb kann ich sagen, dass das Schwergewicht offenbar gar nicht auf der Frage liegt, sondern auf der Darstellung bzw. an der Stelle auf Behauptungen. Das ist legitim in den Grenzen, wie sie gerade vom Präsidenten gesetzt worden sind.

Ich betone noch einmal: Wie bei allen anderen Fällen mit mehr oder weniger medialem Interesse, bei denen eine völlige Betriebsstilllegung droht oder eine teilweise Fortführung ermöglicht werden kann, werden wir im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume immer konstruktiv an Lösungen mitwirken, bei denen möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Ob und inwiefern das von Ihnen angeführte Urteil des Arbeitsgerichtes Potsdam unseren Ermessensspielraum in dem konkreten Fall einschränkt oder neu bewerten lässt, prüft zurzeit die Investitionsbank in meinem Auftrag. Dieser Einschätzung werde ich nicht vorgreifen. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte sehr.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Herr Minister, es ist richtig, dass ich viele Anfragen gestellt habe. Aber ich habe von Ihnen bis heute nicht die Antwort auf eine mir sehr wichtige Frage erhalten. Deswegen stelle ich sie jetzt noch einmal: Mit welcher tatsächlichen und rechtlichen Begründung bestreiten Sie die offenkundige Tatsache, dass durch die Firma Hesco im Zeitraum August 2001 bis Juli 2003 ohne jeden Zweifel gegen die Einhaltung der Mitteilungspflicht nach den Subventionsauflagen verstoßen wurde?

Minister Junghanns:

Frau Dr. Schröder, diese Frage bekommen Sie natürlich auch rechtzeitig beantwortet. Aber das im vergangenen Jahr schon von dieser Stelle aus mehrere Male angeführte Anhörungsverfahren hat eine exakte Gewichtung der gegensätzlichen Darstellung zur Nachweisführung über die Anzeigepflicht von Veränderungen oder zuwendungsbescheidsrelevanten Informationen eröffnet. In der Tat ist es so, dass es gegensätzliche Auffassungen, was den Zeitpunkt der tatsächlichen Information anbelangt, gibt. Dies wurde in einem langen Anhörungsverfahren unter Abwägung aller Umstände gewichtet und im Ergebnis dessen ist festgestellt worden, dass unter Nutzung des im Rahmenplan zur Verfügung stehenden Ermessensspielraums eine Rechtfertigung dafür gegeben ist, völlig transparent, durch die vorgenommene Veränderung des Zuwendungsbescheides auf die geschaffene oder vorgefundene Situation zu reagieren. Das ist ein völlig transparenter Prozess. Es gibt eine gegensätzliche Position. Das Unternehmen hat gesagt, es habe die Veränderungen erklärt. Es konnte von der anderen Seite nicht schlüssig ausgewiesen werden, ob sie tatsächlich angezeigt worden sind.

(Zuruf von der PDS: Das lässt sich doch klären!)

- Ja. Das lässt sich insofern klären, als man sich die Leute an

den Tisch holt und sich diese Erklärung geben lässt. Wenn es zu einer gegensätzlichen Auffassung kommt,

(Zurufe von der PDS)

dann bleibt übrig, mit diesem Umstand umzugehen. Das ist in einem Anhörungsverfahren geschehen.

(Zurufe von der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 2004** (Rüstungsaltpostenfinanzierungsgesetz), gestellt vom Abgeordneten Petke.

Petke (CDU):

Der Deutsche Bundestag wird heute abschließend den Entwurf des Bundesrates für ein Rüstungsaltpostenfinanzierungsgesetz beraten. Diese Gesetzesinitiative hatte das Land Brandenburg im vergangenen Jahr in einer überarbeiteten Fassung erneut in den Bundesrat mit dem Ziel eingebracht, dass der Bund künftig auch die Kosten für die Bergung alliierter Munition aus dem Zweiten Weltkrieg übernehmen soll.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hätte eine Ablehnung des Gesetzentwurfs durch den Deutschen Bundestag insbesondere für das Land Brandenburg und für die betroffenen Kommunen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben erneut das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Petke, lassen Sie mich kurz noch einmal in Erinnerung rufen, dass Brandenburg in besonderer Weise durch Altlasten belastet ist. Insgesamt befinden sich rund 400 000 ha Munitionsverdachtsflächen in unserem Land. Wir sind das Bundesland mit der stärksten Munitionsbelastung. Daher haben wir ein besonderes Interesse daran, in diesem Fall die Unterstützung des Bundes zu bekommen. Der Bund ist jedoch nur bereit, die Beseitigung ehemals reichsdeutscher Munition sowie die Kampfmittelbeseitigung auf bundeseigenen Liegenschaften vorzunehmen. Unglücklicherweise haben wir aber nicht reichsdeutsche Munition zu räumen, sondern die Bombenabwürfe der Alliierten auf Brandenburger Betriebe oder Städte.

Wir haben in der Vergangenheit mehrfach Vorstöße im Bundesrat unternommen, um die für uns unbefriedigende Praxis des Bundes zu ändern. Im vergangenen Jahr haben wir erneut einen Gesetzentwurf eingebracht, der heute - nunmehr abschließend - im Deutschen Bundestag beraten wird. Wir haben im Bundesrat die Mehrheit der Länder, einschließlich der westdeutschen Länder, davon überzeugt, dass wir diese Hilfe brauchen.

Nach den Beratungsergebnissen der beteiligten Ausschüsse des Bundestages muss man befürchten, dass der Bundestag die auf Antrag Brandenburgs eingebrachte Gesetzesinitiative in seiner Sitzung am heutigen Tag ablehnen wird. Der federführende Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner

Sitzung am 28. Januar mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen von Union und FDP empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Dies bedauere ich. Die Kostenfrage, die in der Vergangenheit immer eine große Rolle gespielt hat, kann diesmal nicht ausschlaggebend gewesen sein; denn bei den Ausschussberatungen hat dieses Thema praktisch keine Rolle gespielt. Darum ist die Ablehnung des Haushaltsausschusses umso unverständlicher.

Ich bedauere in diesem Zusammenhang auch, dass die abschließende Beratung im Deutschen Bundestag zu diesem Gesetzentwurf ohne Aussprache erfolgt und somit nicht einmal die Bereitschaft zu erkennen ist, sich in einer öffentlichen Debatte mit dieser für unser Land, aber auch für andere Länder wichtigen Frage zu befassen. Im Falle der Ablehnung des Gesetzentwurfs wäre erneut der Versuch gescheitert, den Bund an den Kosten zu beteiligen. Es geht hier um Kriegsmunition der Alliierten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Für Brandenburg bedeutet die Ablehnung des Rüstungsaltslastenfinanzierungsgesetzes, dass auch weiterhin der allergrößte Teil der Kosten der Kampfmittelbeseitigung durch das Land zu erbringen ist. Im vergangenen Jahr haben wir 10 Millionen Euro für die Beseitigung gefährlicher Kriegshinterlassenschaften aufgebracht. Diese Summen reichen nicht, um in einem kurzfristigen oder überschaubaren Zeitraum die Altlasten zu beseitigen. Die Auswirkungen auf die Kommunen brauche ich nicht zu beschreiben. Neben den finanziellen Belastungen wäre auch deren weitere Entwicklung behindert. Man kann dies besonders in Oranienburg und Neuruppin sehen.

Negative Auswirkungen hätte die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf die Gefahrenbeseitigung in den besonders stark betroffenen Städten des Landes wie Oranienburg. Mit fortschreitender Zeit wird in diesen Städten die Gefahr von Selbstdetonationen immer größer, da die Zünder mit zunehmendem Alter stärker verrotten. Damit verbunden ist auch eine zunehmende Gefahr für die Bevölkerung. In Oranienburg sind in den vergangenen Jahren schon Menschen durch Selbstdetonation von Munition zu Schaden gekommen. Die Munitionsbergung müsste beschleunigt werden. Nach jetzigem Überlegungsstand und Verfahrensablauf müssen wir damit rechnen, dass wir uns noch 40 bis 50 Jahre mit der Kampfmittelräumung befassen müssen.

Lehnt der Deutsche Bundestag den Entwurf ab, werden wir diese Aufgabe allein stemmen müssen. Dann liegt es am Landtag, die Mittel zu bewilligen, die notwendig sind, um diesen Prozess möglicherweise zu beschleunigen, oder einen Ablauf von 40 bis 50 Jahren in Kauf zu nehmen.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Wir beginnen mit Herrn Domres.

Domres (PDS):

Herr Minister, ich habe zwei kurze Nachfragen.

Erste Frage: Wie haben Sie mit den Brandenburger Bundestagsabgeordneten gearbeitet, um sie für dieses Problem noch einmal zu sensibilisieren?

Zweite Frage: Parallel zum Rüstungsaltslastenfinanzierungsgesetz wurde immer auch über ein Bundeskonversionsprogramm

gestritten. Können Sie uns sagen, welchen Stand die Verhandlungen erreicht haben?

Minister Schönbohm:

Herr Kollege Domres, zum Konversionsgesetz kann ich Ihnen nichts sagen, weil ich in diesem Bereich keine Federführung habe. Wir haben mit den Abgeordneten der Union gesprochen. Ich gehe davon aus, dass die Kollegen der SPD mit denen der SPD gesprochen haben. Denn für alle Abgeordneten ist klar, dass dies für Brandenburg ein besonderes Problem ist. Ich glaube, daran hat es nicht gelegen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Freese, bitte.

Freese (SPD):

Herr Minister, gehe ich recht in der Annahme, dass dies nicht der erste Versuch ist, den Bund an den Kosten zu beteiligen? Darf ich daher fragen, wie denn die vorherigen Regierungen, bei denen Sie in verantwortlicher Position im Bundesverteidigungsministerium waren, mit dieser Frage umgegangen sind?

Minister Schönbohm:

Herr Abgeordneter Freese, ich war bis zum 25. Januar 1996, also bis vor acht Jahren, im Verteidigungsministerium. In dieser Zeit hat sich diese Frage für uns nicht gestellt. Sie ist an uns auch nicht herangetragen worden.

(Freese [SPD]: Stimmt nicht!)

Ich weiß nicht, inwieweit sich in der Zwischenzeit die Tätigkeit von Bundesminister Stolpe auswirkt. Mit ihm habe ich darüber gesprochen. Er sieht das Problem genau wie wir. Aber Mehrheiten zu wollen ist das eine, Mehrheiten zu bekommen das andere. Inwieweit die Vorgängerregierungen unter Bundeskanzler Kohl entsprechende Anträge im Bundestag gestellt haben, vermag ich nicht zu sagen, da ich nicht das Vergnügen hatte, hier der Alleinregierung der SPD anzugehören.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Zur Formulierung der **Frage 2005** (Konsequenzen aus Hartz IV) hat Frau Dr. Enkelmann das Wort.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt - zumindest heißt es so - wurde im Dezember vom Bundesgesetzgeber verabschiedet. Von Sozialverbänden und kommunalen Spitzenverbänden wird vor den erheblichen Auswirkungen für Betroffene, aber auch für die kommunalen Haushalte gewarnt. So wird die Zahl derer, denen nur ein Einkommen auf Sozialhilfeniveau zur Verfügung steht, um ca. 60 % zunehmen. Die Zahl der betroffenen Minderjährigen wird bundesweit von etwa 1 Million auf 1,5 Millionen ansteigen. Die Wirkungen seien in Anbetracht der hohen Langzeitarbeitslosigkeit im Osten besonders verheerend. Auf die Kommunen kommen Mehrbelastungen von mehreren Millionen Euro zu.

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen zieht sie

angesichts der nun bekannt gewordenen gravierenden Folgen für Betroffene und Kommunen im Umgang mit Hartz IV?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Baaske, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Enkelmann, ich habe im vergangenen Jahr schon recht deutlich auf die sozialpolitischen Verwerfungen aufmerksam gemacht, die die angedachten Reformen mit sich bringen werden. Ich habe auch sehr schnell konstatiert, dass das auch volkswirtschaftlich nicht gerade von Vorteil sein wird. Wir haben damals 150 Millionen Euro errechnet, die an Kaufkraft hier im Osten fehlen werden. Wir haben auch sehr deutlich gemacht, dass wir im Osten besonders stark betroffen sind; denn in Brandenburg sind 150 000 Menschen im Arbeitslosenhilfebezug und werden dadurch extrem gebeutelt. Man nimmt es also denen weg, die schon bisher kaum zum Konsum beitragen konnten.

Das war unbestritten eine sehr, sehr schwierige Entscheidung. Man konnte sie eigentlich nur unter der Voraussetzung mittragen, dass wenigstens ein Ausgleich dadurch stattfindet, dass die Personen, die bisher keinen Anteil an den Integrationsleistungen des SGB III haben konnten, diese nun bekommen können. Das heißt, dass sie jetzt in den Genuss von Leistungen, die bisher nur Arbeitslosen und Arbeitslosenhilfeempfängern zur Verfügung standen, kommen, zum Beispiel Weiterbildung, Fortbildung, Qualifizierung, aber auch von Leistungen auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Ich meine, das, was wir machen können, ist, Druck bei der Bundesagentur für Arbeit und bei den Agenturen für Arbeit vor Ort auszuüben, so schnell wie möglich in die Strukturen der JobCenter zu kommen, sodass sie sich intensiver um die betroffenen Menschen kümmern können, dass es mehr Fallmanagement gibt, dass man stark in die Vermittlung einsteigt und man auch die angedachten Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes für diesen Personenkreis erschließt.

Das andere, was Sie ansprachen, betrifft die Situation der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen. Die Zahlen, die im letzten Dezember im Vermittlungsausschuss diskutiert wurden - das heißt Einsparungen der Kommunen bei der Sozialhilfe, spätere Unterkunftskosten für die Kommunen, ebenso die angedachten Einsparungen beim Sonderwohngeld der Länder -, waren eigentlich bis zum Schluss strittig. Aber ich meine, es ist ein Kompromiss gefunden worden, den wir gründlich abwägen konnten. Es ist jetzt eine halbwegs ausgeglichene Situation vorhanden. Es war völlig klar, dass es gerade bei den Stadtstaaten zu erheblichen Einsparungen kommen wird. Das ist der Tatsache geschuldet, dass diese sehr viele Sozialhilfeempfänger haben, die sie sozusagen ausbuchen konnten. Auf der anderen Seite bekommen sie aber Langzeitarbeitslose hinzu.

Wir haben festgestellt, dass es dann bei den Stadtstaaten sowie bei einigen anderen westlichen Ländern zu einer Entlastung von bis ca. 236 Euro pro Einwohner käme, während es zum Beispiel in Brandenburg eine Belastung von 36 Euro pro Einwohner ausmachte. Das wollten wir wenigstens auf null bringen

oder dicht darüber. Darum haben wir für den Osten zusätzlich 1 Milliarde Euro Sonderbedarfsergänzungszuweisungen bekommen. Das heißt aber nicht, dass wir dadurch mehr Geld haben, sondern wir werden etwa auf null kommen. Im Moment allerdings rechnen sich alle auf unter null. Herr Eichel sagt, er werde mit dem Geld keineswegs klarkommen, er werde bei dieser Reform Geld verlieren. Die Länderfinanzminister werfen uns vor, wir hätten falsch gerechnet, weil sie so viel Wohngeld nie ausgegeben hätten. Die Kommunen sagen ebenfalls, sie bekämen keine Entlastung, sondern eher eine Belastung.

Irgendwo ist also ein großes schwarzes Loch, in welches das gesamte Geld hineingefallen ist. Ich weiß es nicht. Ich denke, diesbezüglich müssen wir abwarten.

Ich kann nur noch einmal daran erinnern, dass wir eine ähnliche Diskussion beim In-Kraft-Treten des Grundsicherungsgesetzes hatten. Überall, auch in Brandenburg, wurde laut getönt: Wir werden mit so und so viel belastet. - Es gibt konkrete Zahlen von damals, die bekannt sind. Darüber gibt es auch entsprechende Schriftstücke. Wir haben heute einmal nachvollzogen, wo wir im Vergleich zu 2002 liegen. Dabei gibt es durchweg die Erkenntnis, dass beispielsweise der Landkreis, der gesagt hat, er werde mit 5 Millionen Euro belastet, heute mit 1,5 Millionen Euro belastet wird. Es beläuft sich auf ungefähr ein Drittel bis ein Viertel der damals errechneten Belastung.

Hinsichtlich der Entlastung des Landes, die damals bei 25 Millionen Euro seitens der Kommunen gelegen hatte, kommen wir heute bei etwa 17 Millionen Euro an.

Ich denke, diesbezüglich sollten wir erst einmal abwarten und sehen, was das nächste Jahr bringt. Von uns aus sowie seitens der Kommunen ist es fast nicht möglich, zu ermitteln, wie groß das Einkommen sein wird, das man heranzieht, und wie groß sonstiges Vermögen sein wird, wie groß das Vermögen der Ehepartner usw. ist, um das jetzt schon ausrechnen zu können.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Wir beginnen mit Frau Dr. Enkelmann. Bitte.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Minister, Abwarten ist keine Politik.

Meine erste Frage: Warum haben Sie im Bundesrat einem Gesetz zugestimmt, in dem das Arbeitslosengeld II für Bezieher in den neuen Ländern auf 331 Euro im Monat festgesetzt wurde, was für viele deutliche Einkommensverluste bedeutet?

Zweite Frage: Wie bewertet die Landesregierung die Lage derer, die künftig deutlich weniger Einkommen haben werden?

Dritte Frage: Sie haben vom Verlust der Kaufkraft gesprochen. Welche Auswirkungen wird das auf die Wirtschaftsentwicklung im Land Brandenburg haben?

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Minister Baaske:

Frau Enkelmann, die zweite und dritte Frage hatten Sie sich

schon vorher aufgeschrieben und ich habe sie bereits beantwortet.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Aber nicht ausreichend!)

- Doch, ich denke schon. - Zum ersten Teil will ich Ihnen noch einmal deutlich sagen, dass das Ergebnis der Beratungen im Bundesrat ein Kompromiss gewesen ist. Es gab auch Bestrebungen dahin gehend - nicht aus dem Lager der Regierungskoalition und der sozialdemokratisch regierten Länder -, die Zumutbarkeitsgrenzen drastisch zu erweitern. Das ging durchaus dahin, dass gesagt wurde, wir sollten die Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfeempfänger ohne zusätzliche Vergütung arbeiten lassen. Das war der Punkt. Es ging darum, einen großflächigen Niedriglohnbereich insbesondere für Ostdeutschland - da würde es genau treffen - einzurichten. Dagegen haben wir uns gewehrt, das konnten wir abwenden.

Andererseits habe ich eingeräumt, dass die Probleme, die sich bezüglich des Lebens auf Sozialhilfeniveau ergeben, sehr schwierig sind. Das kenne ich und weiß auch, dass es volkswirtschaftlich sehr zum Nachteil des Ostens gereichen wird. Auch darauf wies ich bereits hin. Es geht darum, dass nicht mehr genügend Kaufkraft vorhanden ist. Es werden auch Investitionen ausbleiben, wodurch natürlich mit Sicherheit damit zu rechnen ist, dass auf dem Arbeitsmarkt nicht so sehr viel passiert.

(Zurufe von der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Kaiser-Nicht, bitte.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, das sage ich auch: Sie haben aber zugestimmt.

Erste Frage: Wie wird die Landesregierung die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung der Hartz-IV-Reform beraten?

Eine zweite Frage: Der Landrat von Märkisch-Oderland erwartet erhebliche Mehrkosten. In der Prignitz geht man von 4 bis 5 Millionen Euro Mehrkosten und in Potsdam von 10 Millionen Euro aus. Welche konkreten Mehrbelastungen erwartet die Landesregierung durch die Umsetzung von Hartz IV für die Kommunen? Gibt es dazu eine Übersicht?

Minister Baaske:

Meine Bitte ist, hier keine Fragen zu stellen, die ich bereits beantwortet habe. Das Thema hatten wir wirklich schon.

Ich will hinsichtlich der ersten Frage noch Folgendes sagen: Nach meiner Kenntnis sind die Landkreise inzwischen - auch aufgrund der Erkenntnis, dass sie womöglich bei dem ganzen Geschäft zuzahlen - in gewissem Sinne „auf Krawall gebürstet“. Das heißt, sie werden von dem Optionsmodell, falls es für sie halbwegs erträglich ist, Gebrauch machen. Sie würden also im nächsten Jahr einsteigen, die Vermittlung und Betreuung Langzeitarbeitsloser selbst in die Hand nehmen und nicht nur in die Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitsämtern eintreten. Dies kann ich jetzt nicht in Zahlen ausdrücken.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir eine Reihe von Landkreisen angeschrieben haben, die sich bereit erklärten, an einer Umfrage teilzunehmen. Wir haben von diesen Landkreisen Zahlen hinsichtlich ihrer Belastung im nächsten Jahr abgefragt. Ich weiß nicht, ob wir das Ergebnis bereits kennen. Die Zahlen, die uns aus diesen Landkreisen dazu vorlagen, waren uns zu ungenau. Das hat man nun hinsichtlich der einzelnen Kostenstellen detailliert abgefragt.

Was die Prignitz angeht, so kann ich mich zum Beispiel bei der Grundsicherung an die Zahl 800 000 Euro erinnern. Herr Domres weiß es sicherlich auch noch. Wir sind heute bei einer tatsächlichen Belastung in Höhe von 250 000 Euro.

Ich will noch einmal deutlich mahnen: Vorsicht mit solchen Zahlen! Was an Abfrage machbar war, haben wir getan. Wir wollen keinesfalls nur abwarten, sondern werden das, was machbar ist, jetzt eruieren, um es für entsprechende Verhandlungen hinsichtlich des Optionsgesetzes, wenn wir mit dem Bund über die näheren Auswirkungen verhandeln werden müssen, in der Hand zu haben.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Domres, bitte.

Domres (PDS):

Herr Minister, Zielstellung war die Entlastung der Kommunen bei der Gemeindefinanzreform. Aber ich habe eine Nachfrage. Das Land Brandenburg wird 190 Millionen Euro zum Ausgleich von Sonderlasten bekommen. Wie werden diese 190 Millionen Euro an die Kommunen verteilt - 1 : 1 oder gibt es einen Abzug? Das Land spart 90 Millionen Euro beim Wohngeld. Werden diese 90 Millionen Euro den Kommunen als Belastungsausgleich zur Verfügung gestellt?

Minister Baaske:

Die zweite Frage kann ich noch nicht beantworten. Bezüglich der ersten Frage kann ich aber mit Sicherheit sagen, dass das Land keine klebrigen Finger haben wird. Das heißt, die 190 Millionen Euro werden an die Kommunen durchgereicht. Darüber sind wir uns im Kabinett einig. Der Schlüssel wird sich an der Quote der Sozialhilfeempfänger sowie der Quote der Langzeitarbeitslosen orientieren. Die 150 000 Arbeitslosenhilfeempfänger müssen wir natürlich mit hineinnehmen. Wir müssen einen Berechnungsschlüssel finden.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir sind damit am Ende der Fragestunde. Ich schließe Tagesordnungspunkt 1.

Begrüßen Sie mit mir Azubis der Sparkasse Barnim. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde

Thema:

Sicherer Verbraucherschutz im Land Brandenburg

Antrag
der Fraktion der SPD

Das Wort geht an den Vertreter der beantragenden Fraktion.
Herr Abgeordneter Gemmel, bitte.

Gemmel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Aktuellen Stunden im Landtag sollen in der Regel aktuelle, akute Themen aufgegriffen werden. Das von der SPD-Fraktion heute vorgeschlagene Thema „Sicherer Verbraucherschutz im Land Brandenburg“ brennt sicherlich nicht akut auf den Nägeln, wenn man von den durch die Medien gehenden aktuellen Machenschaften beim In-Verkehr-Bringen von überlagerten Lebensmitteln absieht. Dennoch sollten wir uns in diesem Hause darüber einig sein, dass es richtig und gut ist, die Situation des Verbraucherschutzes heute hier zu beleuchten - wir haben das noch nicht sehr oft in dieser Legislaturperiode getan -, und zwar in seiner ganzen Breite.

Es geht bei dem zu behandelnden Thema nicht nur um gesundheitlichen Verbraucherschutz. Ich werde in meinem Beitrag auf den Verbraucherschutz als eine der klassischen politischen Querschnittsaufgaben insgesamt eingehen.

Seit der Umbenennung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wird der Slogan proklamiert: Vorbeugender Schutz des Verbrauchers hat Priorität vor wirtschaftlichen Interessen.

Diese von Frau Künast definierte politische Zielstellung war und ist aus Sicht vieler Lobbyisten und auch der Wirtschaft außerordentlich problematisch, hat aber im Problembewusstsein vieler Politiker eine Menge bewegt.

Auch Brandenburg ist im Verbraucherschutz ein gutes Stück vorangekommen, dennoch gibt es einige aktuelle Probleme. Ich will diese kurz grob benennen. Es sind erstens Finanzierungsschwierigkeiten bei der Sicherung einer unabhängigen Verbraucherinformation und Verbraucherberatung, die in Brandenburg bekanntermaßen im Wesentlichen über die Verbraucherzentrale Brandenburg organisiert ist.

Zweitens ist es der immer währende Konflikt zwischen Verbraucherschutz und Wirtschaftsinteressen. In diesem Zusammenhang nenne ich nur die Diskussion über Normen und Standards.

Drittens ist es die Ausgestaltung einer auf die Belange der Verbraucher abgestimmten Modernisierung der Gesellschaft. Die ist nun mit Sicherheit ziemlich aktuell, weil sie mit sehr schmerzlichen Auswirkungen auf die Menschen verbunden ist.

Viertens nenne ich die Herausforderungen der Globalisierung der Wirtschaft und des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie Nachhaltigkeit und den Ressourcenschutz als große Zukunftsaufgaben.

Bevor ich zu den genannten Problemfeldern im Einzelnen komme, möchte ich etwas Grundsätzliches sagen. Ein wesentlicher Schlüssel für gesellschaftlichen Wohlstand und für soziale Gerechtigkeit ist eine erfolgreiche Wirtschaft. Dabei hat ei-

ne umfassende Verbraucherinformation besonderen Einfluss auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Ich gehe noch weiter und sage, aktiver Verbraucherschutz ist gleichzeitig auch aktive Wirtschaftsförderung. Dabei kommt der Politik die Aufgabe zu, den Rahmen für Transparenz und Verbrauchervertrauen zu setzen und dies zu organisieren.

Der Politik wird aber oft unterstellt, dass sie die Interessen der Verbraucher über die der Wirtschaft stellt. Das ist absolut unsinnig und völlig überzogen. Im Wesentlichen geht es doch darum, die Bürger und die ehrlich arbeitenden Betriebe vor Betrügereien zu schützen. Deshalb muss scharf kontrolliert werden. Nach meiner festen Überzeugung sollte dann, wenn es notwendig ist, auch sehr hart bestraft werden. Unrecht darf sich nicht lohnen.

Positiv sollte aber auch zur Kenntnis genommen werden, dass man dank intensiver Kontrollen heute offensichtlich zunehmend auch die schwarzen Schafe entdeckt.

Wir brauchen aber nicht nur scharfe Kontrollen, sondern auch aufgeklärte, gut informierte Bürger. Nur so können die Mechanismen des Marktes auch tatsächlich wirken. Dennoch: Nach dem Motto „Geiz ist geil“ waren sicherlich auch wir hier alle schon auf Schnäppchenjagd.

(Zuruf von der PDS)

Der Ramsch liegt dann zu Hause. - Sie vielleicht nicht, aber ich habe das auf alle Fälle schon getan. Ich oute mich in diesem Punkt gern. Ich bekomme dann in der Regel auch Ärger zu Hause.

Aber was viel schlimmer ist: Geiz ist nicht nur geil, sondern ist mitunter auch ziemlich teuer, und zwar immer dann, wenn es um langlebige Wirtschaftsgüter geht. Gerade bei Haushaltsgeräten merkt man das dann später, wenn sie nicht mehr repariert werden können.

Wie gesagt, der aufgeklärte Verbraucher tut so etwas nicht.

Fakt ist: Eine Beratung der Verbraucher auf hohem Niveau - möglichst auch im persönlichen Gespräch - hilft der Wirtschaft; sie sorgt dafür, dass qualitativ gute Produkte ihren Absatz finden, und sichert somit hochwertige Arbeitsplätze auch in Brandenburg. Eines ist nämlich auch klar: Mit billigem Ramsch werden unsere Betriebe auf dem Weltmarkt auf Dauer nicht bestehen können.

Eine finanzielle Unterstützung für eine unabhängige Verbraucherberatung ist deshalb gut angelegtes Geld; sie ist oft auch präventive Schuldnerberatung.

Der politisch proklamierte Schutz des Verbrauchers, den sich alle Parteien auf die Fahnen geschrieben haben, darf nicht nur in Zeiten von Skandalen thematisiert werden. Verbraucherpolitik ist Politik für die Menschen und stärkt die Wirtschaft. Verbraucherpolitik ist demzufolge eine erstrangige politische Aufgabe.

Ein kurzer Blick zurück. So ziemlich genau mit der Konstituierung dieses Landtages im Jahre 2000 hat eine breite Debatte über dieses Thema begonnen. Angesichts einer Reihe von Lebensmittelskandalen und insbesondere der BSE-Krise kam es

zu einem starken Vertrauensverlust bei den Verbrauchern gegenüber den Lebensmittelproduzenten. Der Politik wurde damals Versagen vorgeworfen. Auf diesen damaligen massiven Vertrauensverlust hat die EU, hat die Bundesregierung und hat auch Brandenburg mit strukturellen Veränderungen reagiert und Schwerpunkte der Verbraucherpolitik neu definiert. Neu entstanden sind danach ein europäisches Lebensmittelamt als Antwort auf den grenzenlosen Lebensmittelverkehr, ein neues Bundesinstitut für Verbraucherschutz, ein Bundesinstitut für Risikobewertung, Ministerien des Bundes und der Länder wurden umbenannt und zusammengelegt - auch bei uns -, aber auch zahlreiche Rechtsvorschriften wurden erlassen und durchgesetzt. Dies ist sicherlich noch nicht der notwendige Paradigmenwechsel, aber mit Sicherheit der richtige Weg, nämlich der Weg vom reinen Verbraucherschutz hin zu einer umfassenden Verbraucherpolitik.

Ich möchte jetzt kurz auf die von mir am Anfang genannten aktuellen Probleme eingehen und diese näher beleuchten. Das ist zunächst die Sicherung der unabhängigen Verbraucherberatung. Wie gesagt: Bekanntermaßen wird das bei uns seit der Wende durch die Verbraucherzentrale Brandenburg erfolgreich wahrgenommen. Die Finanzierung des flächendeckenden Beratungssystems konnte bisher immer durch eine gemeinsame Kraftanstrengung gesichert werden. Dabei haben sich der Bund, das Land und die Kommunen die Beiträge zunächst geteilt. Nachdem der Bund seine institutionelle Förderung, die aber auch von Anfang an nur als Ansubfinanzierung gedacht war, beendet hatte, teilen sich heute das Land und die Kommunen die Finanzierung.

Durch die enormen Sparzwänge - insbesondere bei den Kommunen - ist eine Schließung von Beratungsstellen zurzeit aber nicht mehr ausgeschlossen. Dort wird es richtig eng. Daher stellt sich die Frage, wie diese Finanzierungslücke geschlossen werden kann. Eine schon oft vorgeschlagene Finanzierung durch Sponsoring verbietet sich wegen des Erfordernisses der Wahrung der Unabhängigkeit von selbst. Den Berater mit der Aral-Mütze kann ich persönlich mir nicht vorstellen.

Auch eine deutliche Steigerung der Einnahmen aus Beratung ist bei der Einkommenssituation der Beratungsuchenden absolut unrealistisch. So bleibt die von der Verbraucherzentrale vorgeschlagene Abschöpfung von Unrechtsgewinnen, die dann in einem Stiftungsmodell zusammengefasst werden könnten. Dies ist ein interessanter Vorschlag, aber er ist nicht von heute auf morgen umsetzbar. Ich bin auch der Meinung, dass diese Diskussion in der Politik noch gar nicht angekommen ist, dass sie auch noch gar nicht stattgefunden hat; sie hilft uns also momentan nicht weiter.

Was wir als Land tun sollten, ist die Unterstützung der Verbraucherzentralen bei der Finanzierung von Einzelprojekten. Ich will nur drei Themen nennen, bei denen ich Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten sehe. - Aber zuvor vielleicht noch folgender Hinweis: Ein Projekt - das Einzige, was wir noch haben - läuft zurzeit, und zwar die Ernährungsberatung, die Minister Birthler unterstützt. Das ist ein ganz wichtiges Thema und das hilft sehr. In vielen anderen Bereichen, in vielen anderen Ministerien wird diese Problematik jedoch ignoriert und hier gibt es offensichtlich keine Unterstützung mehr.

Möglich wären Bauherrenberatung, Energieberatung, Finanz-

beratung. Hier liegen Projekte vor. Wenn man wollte, könnte man hier also wirklich unterstützend helfen.

(Zuruf von der PDS: Ihr wollt aber nicht!)

Wir haben ein Problem, das ich - so muss ich sagen - überhaupt nicht verstehe. Die Verbraucherzentrale hat mehrere Vorschläge - und das über einen langen Zeitraum - für grenzüberschreitende Verbraucherarbeit mit Polen gemacht. Es kommt einfach nichts zustande. Ich kann es nicht verstehen. Die Grenzöffnung mit den auf uns zukommenden Problemen steht vor der Tür. Wir dürfen die Verbraucherschützer und auch die Bürger hier nicht allein lassen.

Wie gesagt, die EU hat die Mittel bereitgestellt und wir sollten uns hier zusammenraufen und eine Lösung finden, um dies schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

Es reicht also nicht, der Verbraucherzentrale bei jeder Gelegenheit öffentlich zu danken - wenn ich das an dieser Stelle im Auftrag meiner Fraktion auch gern tue -, sondern wir müssen handeln, wir müssen kreative Finanzierungsmöglichkeiten finden.

Ein weiteres zentrales Problem ist - wie ich noch einmal betone - ein scheinbarer Konflikt zwischen Wirtschaftsinteressen und Verbraucherschutz. Um es deutlich zu sagen: Wir sind nicht nur deshalb gegen überzogene Regulierungen, weil sie in der Regel viel Geld kosten und unnötige Bürokratie hervorbringen, sondern vor allem deshalb, weil Brandenburg und Deutschland dabei im globalen Wettbewerb auf Dauer nur verlieren würden. Hohe Standards sind wichtig, aber sie müssen im internationalen Wettbewerb auch für alle gelten.

Was für die Politik aber heute schon machbar ist, ist die Realisierung der seit langem aus den Reihen der Verbraucherschützer vorgetragene Forderung, bei Gesetzesnovellierungen und bei Verordnungen die Auswirkungen auf den Verbraucherschutz zu ermitteln und zu berücksichtigen. Zum Beispiel bei der kürzlich verabschiedeten Brandenburgischen Bauordnung ist dies in vielen Punkten durch Vereinfachungen und mehr Bürgerfreundlichkeit gelungen.

Aber es wäre auch aktive Verbraucherschutzpolitik, wenn es uns gelänge, durch eine klare Gesetzessprache Verwaltungs- willkür einzudämmen.

(Zuruf von der PDS: Meine Güte!)

Hier liegt ein großes Handlungsfeld vor uns. Als Beispiel möchte ich nur die Wasser- und Abwasserpolitik nennen, bei der wir zwar weit vorangekommen sind, aber bei der noch weitere rechtliche Klarstellungen nötig sind, die dafür sorgen, dass sich der Bürger nicht übervorteilt fühlt oder ohnmächtig vor Gericht landet.

Das zuletzt Gesagte macht deutlich, dass die Menschen im Lande auch Verbraucher von Politik sind. Im Umkehrschluss heißt das: Politiker sind durch eine gute Politik automatisch auch gute Verbraucherschützer. Darüber lohnt es sich nachzudenken.

Ich bin damit am Ende meiner Rede angelangt und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Gemmel und gebe das Wort der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Wehlan.

(Unruhe)

- Ich gebe das Wort der PDS. Ich bitte um Entschuldigung.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die Buchstaben verdreht. Sie werden es überleben.

Frau Wehlan (PDS):

Danke, Herr Präsident, für die Aufwertung meiner Person.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

So habe ich das aber nicht gemeint.

(Zuruf von der PDS)

Frau Wehlan (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Dass so kurz vor Ende der Legislaturperiode der Verbraucherschutz bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, die höhere Weihe einer Aktuellen Stunde erfährt, ist gut und angesichts des bevorstehenden Weltverbrauchertages durchaus angebracht. Ihr Redebeitrag, Herr Gemmel, hat aber meinen Eindruck verstärkt, dass Sie im Landtagswahljahr mit dem Thema Verbraucherschutz das kleinere Übel gewählt haben. Ihr Bildungsminister und auch Ihr Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen werden es Ihnen ob der vielen Probleme im Land danken. Wer setzt auch schon gerne seine eigenen Minister öffentlicher Kritik aus? Stellenweise hatte ich auch den Eindruck, Sie, Herr Gemmel, haben zum Thema „Aus dem Leben eines Abgeordneten“ gesprochen.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Nieschke [CDU])

Ich meine, dass die Fragen des Verbraucherschutzes durchaus eine öffentliche parlamentarische Präsenz erfahren sollten. Letztlich sind wir alle im Land mit Verbraucherschutzfragen und auch mit Skandalen sowie mit kriminellen Etikettenschwindel konfrontiert.

Ich stelle mich auch gerne Ihrem Anspruch und nehme Ihr Angebot an, zukünftige Ziele und Schwerpunkte der Verbraucherpolitik für Brandenburg hier und heute zu diskutieren. Entscheidend wird aber sein, welche Schlussfolgerungen Sie, verehrte Damen und Herren der Koalition, zu ziehen bereit sind. Immerhin hat es zwei Jahre gedauert, bis Sie nach der Ablehnung unserer Anträge zur Neuausrichtung des vorsorgenden Verbraucherschutzes, zur Tierseuchenbekämpfung in Brandenburg sowie zur Garantie gesunder Lebensmittel und Futtermittel bereit sind, sich diesen Fragen wieder stärker zuzuwenden.

(Beifall bei der PDS)

Das erkennen wir an, wenngleich in Ihrer Begründung zu dem Thema für die Aktuelle Stunde schon ein Dilemma deutlich wird. Vielleicht wird dies durch den Redebeitrag von Herrn Woidke revidiert werden. Mit dem ausschließlichen Bezug auf aktuelle Ereignisse im Lebensmittelbereich verstärkt sich der Eindruck, dass der Verbraucherschutz in Brandenburg auch zukünftig nur auf die Lebensmittelsicherheit und damit auf das Ministerium von Herrn Birthler reduziert werden soll.

Das ist eine Kritik, die wir schon im Zusammenhang mit dem Brandenburger Verbraucherschutzbericht 2002 deutlich ausgesprochen haben. Sie erinnern sich: Die Trinkwasserüberwachung fehlte gleich gänzlich im Verbraucherschutzbericht, geschuldet der Tatsache, dass der technische Verbraucherschutz und der Vollzug der Trinkwasserordnung der Zuständigkeit des Ministeriums von Herrn Baaske unterliegen. Im Rahmen der institutionellen Förderung ist die Verbraucherzentrale Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft angebunden. Hinzu kommen Förderungen aus den Ministerien für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr sowie Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und inhaltliche Anknüpfungspunkte an das Ministerium von Herrn Baaske.

Diese Anbindung des Verbraucherschutzes an die einzelnen Fachpolitiken ohne eine ressortübergreifende Verantwortungsbündelung und -wahrnehmung ist, so meinen wir, nicht die richtige Antwort, um Vertrauen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu entwickeln und zu befördern. Wir erwarten von der Landesregierung eine Positionierung in der Frage, ob eine eigenständige Behörde für Verbraucherschutz mit Kontrollfunktion und Weisungsrecht in Anbetracht oftmals konträrer Interessen zwischen Wirtschaft und Verbrauchern längerfristig nicht die bessere Lösung wäre. Dabei erkennen wir durchaus an, dass mit dem Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft Ihr Ministerium, Herr Birthler, neue Strukturen geschaffen hat und auch neue Wege gegangen ist, beispielsweise mit dem Controlling und mit zusammengefassten Untersuchungsaufgaben mittels eines zentralen Labormanagements. Das unterstützen wir wie auch Ihre Position, die Labore nicht zu privatisieren. Dafür bedarf es aber einer ausreichenden Finanzierung, wie die Diskussionen zu fehlenden Laborstellen in den letzten Wochen zeigten.

Sie selbst, Herr Birthler, haben vor zwei Jahren die Elle für den vorsorgenden Verbraucherschutz ziemlich hoch gelegt, als Sie ihn als wesentlichen Bestandteil nachhaltiger Politik beschrieben, der mehr sein muss als das Reagieren auf Lebensmittel-skandale oder Absatzkrisen. Wie wahr. Lassen Sie mich noch einen Satz hinzufügen: Verbraucherschutz ist als durchgängiges Leitprinzip anzuerkennen und muss bei allen Entscheidungen zur politischen Richtschnur werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich frage mich schon, wie es um das Leitprinzip bestellt ist, wenn es um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor wirtschaftlichen und sozialen Nachteilen geht. Wo war dieses Prinzip, als der Diskurs zur grünen Gentechnik wieder eröffnet wurde, sich die Bundesregierung bei der Kennzeichnungspflicht aber bereits im Vorfeld auf einen Schwellenwert von 1 % geeinigt hatte, und wo war es beim Verbraucherinformationsgesetz? Nach diesem besteht Auskunftspflicht nur gegenüber Behörden und nur noch für Lebensmittel. Die Wirtschaft, die mit ihren riesigen Werbeetat die Trends setzt, wird

geschont. Über 30 Milliarden Euro werden hierzulande für Werbung ausgegeben. Wenn man dann noch bedenkt, dass diese Werbekosten von der Steuerschuld abgesetzt werden können, aber für eine unabhängige Verbraucherschutzarbeit gerade einmal 75 Cent je Bürger - das sind 60 Millionen Euro - an öffentlichen Mitteln zur Verfügung stehen, werden eigentliche Handlungsfelder durchaus deutlich, und es wird auch deutlich, wo Geld für notwendige Verbraucherschutzarbeit wirklich liegt.

Zu einem weiteren Problemkreis. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir alle hier im Raum sind uns einig: Gesunde Nahrung darf keine Veranstaltung für Besserverdienende sein. Dazu gehört auch, ehrlich mit dem Berufsstand des Landwirts umzugehen. Seine wirtschaftliche Existenz wäre nicht gefährdet, wenn für alle Erzeuger rechtsverbindlich und EU-weit einheitlich durchgesetzte, hohe Standards bestehen würden, die den Verbraucherschutz umfassend garantieren, ganz gleich, ob das Kilo Rindfleisch 7,50 Euro, 9 Euro oder 10 Euro kostet. Durch ungleiche Regelungen, die die Politik zu verantworten hat, werden Möglichkeiten geschaffen, Preisvorteile durch unvertretbare Wirtschaftsweisen zu erzielen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Von einem gerechten Verhältnis zwischen Aufkaufpreisen, die der Landwirt erhält, und den Verkaufspreisen, die der Verbraucher zu entrichten hat, kann schon lange keine Rede mehr sein. Dazwischen liegen die eigentlichen Verdienere.

Auch die ersten Veröffentlichungen zum Agrarbericht 2004, den wir ja noch im Landtag behandeln werden, verdeutlichen, dass die Nettowertschöpfung in der Landwirtschaft im mehrjährigen Durchschnitt weiterhin auf niedrigem Niveau stagniert. Wollen wir uns ernst nehmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, so muss auch darüber debattiert werden, dass die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte zum einen von Institutionen der EU, zum anderen von hoch monopolisierten, international verflochtenen Handelsketten bestimmt werden. Das treibt die Landwirte Europas in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf mit allen damit verbundenen Nachteilen. So werden Verbraucherpreise für Nahrungsmittel niedrig gehalten, obwohl Verarbeitungs-, Lagerhaltungs-, vor allem aber Handelsmonopole steigende Profite realisieren.

Vorbeugender Verbraucherschutz heißt also auch, einem weiteren Preisverfall für Agrarprodukte Einhalt zu gebieten, und ist zugleich eine Antwort, um Ausgleichszahlungen der EU zu begrenzen bzw. schrittweise abzubauen, ohne damit die Existenz Brandenburger Landwirte aufs Spiel zu setzen. Oder anders gesagt: In der Kombination von marktorientierten, begründeten Erzeugerpreisen, Leistungspreisen für ökologische und landeskulturelle Dienste und direkten Subventionen in ungünstigen, also benachteiligten Gebieten liegt der Schlüssel zum Erfolg.

In Anbetracht immer wieder geführter Diskussionen gegen Strukturen im Osten wie jüngst zur Einführung einer Obergrenze bei der Agrardieselbesteuerung ist ausdrücklich zu betonen, dass eine artgerechte Tierhaltung und die Produktion hochwertiger Lebensmittel keine Frage von Betriebsgrößen ist. Mehr noch: Brandenburg mit seinem durchschnittlichen Viehbesatz von 0,5 Großvieheinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt damit noch unter der Forderung für den ökologischen Landbau. An dieser Stelle sollte nicht vergessen werden, dass sich Brandenburger Landwirte den höchsten Standards stellen.

Verbraucherschutz in Europa kennt keine nationalen Grenzen mehr. BSE-Krise, Dioxin- und Nitrofenskandal, Verfütterung von Veterinärpharmaka als Leistungsförderer und Etikettenschwindel rufen den Verbraucherschutz auf die Tagesordnung der Politik, und das nicht nur in Deutschland. Auch deshalb muss sich unsere heutige Diskussion an folgenden Prämissen messen lassen.

Erstens: Ein vorsorgender und unabhängiger Verbraucherschutz ist im Landeshaushalt finanziell sicherzustellen. Um die Rechte der Verbraucher zu stärken, bedarf es effizienter personeller und sachlicher Rahmenbedingungen. Für den Verbraucherschutz ist ein Kernhaushalt notwendig. Die Bauherrenberatung gehört dort wieder hinein.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens: Grundsätzlicher Vorrang gilt dem Vorsorgeprinzip. Politik muss vorausschauend sein und aktiv werden, wenn das mögliche Ausmaß bestimmter Gesundheitsgefahren aus wissenschaftlicher Sicht noch unklar ist.

Drittens sind Kontroll- und Mitwirkungsrechte von Verbraucher- und Erzeugerorganisationen auszubauen.

Viertens geht es um eine für den Verbraucher offene Deklaration und um Prozesstransparenz.

Fünftens: Die Verhandlungsbasis der Landwirte gegenüber der Nahrungsgüterindustrie ist durch die gezielte - auch steuerliche - Förderung von Absatzorganisationen zu stärken.

Sechstens ist ein verstärktes Marketing für regionale Produkte notwendig.

Siebtens: Die Umweltauflagen sind zu erhöhen. Die Standards und die Wettbewerbsbedingungen in der EU sind zu harmonisieren - einschließlich ihrer Kontrolle. Überzogener Verbraucherschutz ist hier fehl am Platz, zumal auf der anderen Seite der Verbraucher steht, dessen überwiegend schwächere Position zuallererst zu schützen ist. Eben das heißt Verbraucherschutz.

(Beifall bei der PDS sowie des Abgeordneten Dr. Wiebke [SPD])

Vizepräsident Habermann:

Schönen Dank, Frau Abgeordnete Wehlan. - Auch mein Vertrauen ist wahrscheinlich immer überzogen. Kein Redner reagiert, wenn die Lampe brennt. Das ist eigenartig.

(Frau Wehlan [PDS]: Sie geht vielleicht eine Minute vor!)

Ich gebe das Wort der Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Helm.

Helm (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Ich habe lange überlegt, was mit diesem Thema bezweckt wird und wo der aktuelle Bezug liegt. Was ist die Zielrichtung? Herr Gemmel, ich bin auch jetzt noch nicht schlauer.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn Sie der Meinung sind, es bestünden Probleme mit der Finanzierung des Verbraucherschutzes, dann hätte das in die Haushaltsberatungen gehört, aber nicht in eine Aktuelle Stunde.

Der Verbraucherschutzbericht 2002 ist überschrieben: „Lebensmittel sind heute sicherer als je zuvor. Die Verunsicherung der Verbraucher ist so groß wie nie zuvor.“

Daran ist festzustellen, dass Verbraucherschutz schon immer aktuell war und aktuell bleiben wird. Daran gibt es keinen Zweifel.

(Schippel [SPD]: Sehen Sie!)

- Herr Schippel, aber den aktuellen Bezug, der die Aufnahme des Themas in eine Aktuelle Stunde rechtfertigen würde, kann ich beim besten Willen nicht ableiten.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Das Thema steht auch deshalb im Mittelpunkt, weil jeder Bürger jeden Tag beim Kauf von Lebensmitteln direkt damit konfrontiert wird. Somit eignet es sich hervorragend für Populismus. Deshalb ist es auch ein dankbares Thema für die Medien. Es wird vergessen, dass unser Lebensmittelrecht sowie die damit verbundenen Standards und Kontrollen zu den konsequentesten der Welt gehören und dem Verbraucher die notwendige Sicherheit geben, die nicht dauernd in Zweifel gezogen werden sollte.

Einige grundsätzliche Aussagen seien vorangestellt. In Deutschland gab es nie zuvor strengere gesetzliche Regelungen für die Gewinnung, Herstellung, Verarbeitung und das In-Verkehr-Bringen von Lebensmitteln. Gleiches gilt für die Eigenverantwortung der Gewerbetreibenden, die durch umfangreiche betriebseigene Maßnahmen und Kontrollen sicherstellen müssen, dass von ihren Produkten keine Gefährdung für den Verbraucher ausgehen kann.

Des Weiteren ist zu beachten, dass man sich heute beim Nachweis von Schadstoffkonzentrationen in oder auf Lebensmitteln in Messbereichen bewegt, die noch vor 20 Jahren wegen fehlender technischer Voraussetzungen unvorstellbar klein erschienen. Häufig wird ein Schadstoffnachweis unabhängig von seiner Konzentration sehr schnell zum Skandal.

Bei der Futtermittel- bzw. Lebensmittelüberwachung gibt es leider Einzelfälle, die zu Recht das Prädikat „Skandalös“ verdienen - ob durch Fahrlässigkeit oder kriminelle Energie begründet, sei dahingestellt. Einzelne Vorfälle, verursacht durch schwarze Schafe, verderben dem Verbraucher den Appetit und vergrößern seine Verunsicherung. Andererseits beträgt die Beanstandungsquote bei gesundheitlich relevanten Befunden nur ca. 1 %. Mehrere Hunderttausend amtliche Lebensmitteluntersuchungen, die über viele Jahre liefen, bringen dieses Ergebnis.

Das schließt nicht aus, dass Unternehmen bzw. Einzelpersonen mit krimineller Energie versuchen, die betreffenden Standards zu unterlaufen. Gegen kriminelle Energie ist leider noch kein Kraut gewachsen. Hier hilft nur konsequente Strafverfolgung. Dass die Vergehen aufgedeckt wurden, ist doch gerade ein Beweis dafür, dass unsere Kontrollmechanismen funktionieren.

Ich möchte auf einen anderen Aspekt des Themas aufmerksam machen, der beim Anspruchsdenken unserer satten Wohlstandsgesellschaft leider zu oft ausgeblendet wird. In den zehn Minuten meiner Rede verhungern auf dieser Welt 380 Menschen, darunter 266 Kinder, wenn ich der Statistik vertrauen darf; die Zahl der Menschen, die nicht satt werden, möchte ich gar nicht nennen. Für diese Menschen hätte Verbraucherschutz, wenn es ihn in den dortigen Regionen überhaupt gäbe, nur eine Vorgabe: endlich wieder satt werden. Diese Menschen können sicherlich beurteilen, dass altes Brot zwar hart ist, aber kein Brot zu haben umso mehr. Dass das Wort „Hunger“ bei uns nur noch aus der Historie bekannt ist, ist die größte Errungenschaft der Landwirtschaft bzw. der Nahrungsgüterwirtschaft in den Staaten der Europäischen Union. Uns stehen Lebensmittel in nie gekannter Quantität und Qualität zur Verfügung. Dafür sollte man den Berufsständen, die dafür verantwortlich zeichnen, uneingeschränkt Danke sagen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir sollten deshalb nicht auf den Gedanken verfallen, diesbezüglich immer neue Forderungen, die aus dem Anspruchsdenken resultieren, zu stellen. Denken wir immer daran: Wenn wir Brandenburger uns von der Brandenburger Scholle ernähren müssten, würde bei vielen nur noch sonntags Fleisch auf dem Tisch stehen; denn wir können uns bei der gegenwärtigen Intensität der Landwirtschaft in Brandenburg nicht selbst ernähren.

Es ist auch das Verdienst der europäischen Agrarpolitik, dass das Angebot in den Supermärkten von Spanien über Griechenland bis nach England in Quantität und Qualität gleich bleibt, unabhängig von regionalen Ernteausfällen.

Es gibt keinen Zweifel an der Notwendigkeit des Nachweises der Lebensgeschichte eines Nahrungsproduktes vom Feld bis zur Ladentheke, vom einzelnen Korn in der Ähre bis zum Brot. Dieser Aufgabe stellen sich alle Produzenten; denn Verbrauchersicherheit ist unverzichtbar für die Marktakzeptanz und damit für die Lebensfähigkeit der damit befassten Unternehmen. Eine gläserne Nahrungsmittelkette ist Grundlage für gegenseitiges Vertrauen, darf aber keine Einbahnstraße sein, auf der den Unternehmen immer neue Auflagen erteilt werden, unabhängig davon, ob diese sich im Preis widerspiegeln oder nicht. Das Anspruchsdenken ist für die Unternehmen der Landwirtschaft leider nicht mehr finanziell untersetzt. Wer 365 Tage im Jahr arbeitet und dafür noch Geld mitbringen muss, zum Beispiel in der Milchproduktion, ist nicht motiviert, diese weiterzuführen. Da wird die erstbeste Gelegenheit zur Aufgabe genutzt. Es besteht die große Gefahr, dass aufgrund eines enormen Strukturwandels in einigen Nahrungsmittelbereichen mit der Basis Milch, Rind und Eier weitere Produktionspotenziale abwandern. Wahrscheinlich werden wir dann aus dem Land Irgendwo ernährt. Wenn der letzte Bauer nur noch Landschaftspflege betreibt - die neuen EU-Regelungen leisten dem Vorschub -, ist es zu spät, umzusteuern.

Gesundheitsexperten sind sich einig: Nicht Pestizide und Dioxine sind die größte Gefahr, sondern krank machende Keime, die meist aus einem fehlerhaften Umgang mit Nahrungsmitteln resultieren. In den Industrieländern ernähren sich mehr Menschen als je zuvor von Lebensmitteln, die andere für sie zubereitet haben. Deshalb ist Kontrolle unverzichtbar.

Unser nationales Recht wird zunehmend durch EU-Recht ab-

gelöst. Die Verordnung Verbraucherschutzpolitik 178/2002 der EU ist ab 01.01.2005 geltendes Recht.

Die Auswirkungen auf uns Landwirte sind in Zukunft überhaupt noch nicht abzusehen. Für menschlichen Verzehr bestimmte Pflanzen gelten danach bereits nach der Ernte als Lebensmittel. Damit verbunden ist die Dokumentation und Rückverfolgbarkeit auf allen Produktionsstufen, also auch in der Landwirtschaft. Die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen nach deutschem Recht kommen noch obendrauf. Diesen kann die Landwirtschaft in Gänze nicht mehr gerecht werden.

Fragen seien erlaubt, zum Beispiel: Ist das Nahrungsgetreide vom Feld in Zukunft in Edelstahlbehältern zu transportieren? Braucht der Bauer zukünftig für seine Arbeit eine Bescheinigung vom Gesundheitsamt?

Die gesamten Lagertechnologien sind umzustellen. Der Zeitaufwand für Nachweisführung und Kontrolle steigt in ungeahnte Höhen. Die zusätzlichen Kosten für damit verbundene Maßnahmen in der Praxis belaufen sich summa summarum auf über 25 % des gegenwärtigen Marktpreises von Getreide. Damit wird die gesamte Getreideproduktion nicht nur für Nutzungszwecke in Brandenburg unrentabel.

Für Lebensmittel ungeeignetes Getreide ist aus gleichen Gründen kein Futtermittel mehr. Hier stellt sich die Frage: Was wird damit? Landet es vielleicht auf der Mülldeponie? Um welche Mengen es sich handeln kann, wenn allein die Mykotoxin-Höchstmengeverordnung und die Diätverordnung umgesetzt werden, wird an der Tatsache deutlich, dass 10 bis 20 % der gesamten deutschen Getreideernte vernichtet werden müsste. Das ist ein Beispiel, wie nationale Regelungen die Situation zusätzlich belasten. Das ist kein europäischer Standard. Wir wollen nicht die Augen vor dieser Entwicklung verschließen. Das Produkthaftungsgesetz zwingt uns zum Teil sowieso dazu. Es ist aber dringlich zu klären, welche lebensmittelrechtlich relevanten Maßnahmen in welchem Umfang greifen sollen. Nach international vergleichbaren anerkannten und umsetzbaren Standards ist zu suchen. Das steht auf der Tagesordnung.

Agrarpolitik ist Verbraucherpolitik und Verbraucherpolitik ist Agrarpolitik. Daran gibt es keinen Zweifel. Es gäbe sicherlich viel zu sagen. Dass wir keinen Zweifel daran lassen, dass der Vollzug und die gläserne Produktion an der Tagesordnung und theoretisch auch zu gewährleisten sind, ist klar und deutlich. Es kommt aber darauf an, die Koordinierung der Aufgaben und Kontrollmechanismen sowie Standards zwischen den Ländern, zwischen Land und Bund, zwischen Bund und EU klar zu regeln.

Die Zuständigkeit ist in Brandenburg klar. Wir sind hier eigentlich auf der Höhe der Aufgaben. Vertrauen wir deshalb weiterhin auf das verantwortungsbewusste Handeln aller Beteiligten und ermöglichen wir deren Handeln und Lebensfähigkeit. Wir in der Politik sollten dazu ein klares Bekenntnis abgeben und weniger als Bedenkenträger agieren. Dafür wünsche ich uns in Zukunft viel Erfolg. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Helm und gebe das Wort der Fraktion der DVU, Herrn Abgeordneten Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Die Aktuelle Stunde reicht eigentlich nicht aus, um über das Thema Verbraucherschutz zu debattieren. Vielleicht ging es einigen von Ihnen auch wie unserer Fraktion. Die ganze Zeit über haben wir uns gefragt: Was hat die SPD eigentlich dazu bewogen, gerade den „Sicheren Verbraucherschutz im Land Brandenburg“ für die Aktuelle Stunde auszuwählen? Sie schreiben in Ihrer Begründung: aktuelle Ereignisse im Lebensmittelbereich.

Informationsmangel kann es eigentlich nicht gewesen sein. Oder geht es darum, wo das Fleisch von weit über 100 Rindern aus dem Oderbruch geblieben ist? Wir alle wissen: Im Oderbruch wurden 118 Rinder illegal geschlachtet. Das Landeskriminalamt ist eingeschaltet und ermittelt. Bislang kann offenbar niemand ausschließen, dass dieses Fleisch von Menschen verzehrt worden ist. Oder ist es vielleicht nur zu Tierfutter verarbeitet worden? - Diese illegal geschlachteten Rinder waren weder auf die Seuche BSE noch auf andere Krankheiten und Parasiten untersucht worden. Das sind die Tatsachen, meine Damen und Herren, und das belegen auch die Zahlen.

Der Skandal um die illegalen Schlachtungen breitet sich im Land Brandenburg auch aus. Unsere Fraktion fordert ohne Wenn und Aber eine lückenlose Aufklärung dieser illegalen Schlachtungen und eine harte Bestrafung der Verantwortlichen. Illegale Schlachtungen sind kein Kavaliersdelikt.

Aber das ist nicht alles. Wir haben noch den allerneuesten Fleischskandal, und zwar aus Stahnsdorf. Hier geht es, wie Sie wissen, um einen eindeutigen Verstoß gegen das Lebensmittelgesetz. Gegen die erwähnte Firma aus Stahnsdorf laufen Ermittlungen, weil sie falsch etikettierte Lebensmittel, vor allem Fleischprodukte, an Kindergärten, Krankenhäuser, Seniorenheime und andere ausgeliefert hat. Das Ergebnis des Landeslabors in Frankfurt (Oder) zeigt, dass lediglich vier der dort untersuchten 28 Proben einwandfrei waren. Das ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs.

Nach solch erschreckenden Nachrichten für die Verbraucher in unserem Land folgt dann noch die Meldung, dass die BSE-Untersuchungen im Land Brandenburg gefährdet sind. Nach Aussagen des Personalrates des für die Tests allein zuständigen Frankfurter Landesamtes für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Andreas Engelhardt, kann seine Behörde die Untersuchungen wegen Personalmangel ab Frühjahr 2004 nicht mehr gewährleisten. Bisher deckten elf Medizinisch-Technische Assistenten und Laboranten, die nur befristet eingestellt sind, diese BSE-Untersuchungen ab. Ihre Stellen sollten ursprünglich schon im Dezember 2003 auslaufen.

Nach der BSE-Verordnung sind Untersuchungen auf Rinderseuche Pflichtaufgabe des Landes. Circa 60 000 Schnelltests hat es im Jahre 2003 im Frankfurter Labor gegeben. Diese Zahl, meine Damen und Herren, werde Kollegen, wird auch im Jahr 2004 erreicht werden.

Das Damoklesschwert der Finanzmisere des Landes Brandenburg schwebt über allen Institutionen. Aber auf keinen Fall dürfen Kernpunkte des gesundheitlichen Verbraucherschutzes hier in Brandenburg infrage gestellt werden.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass nicht mehr länger an den Symptomen falscher Entwicklungen im Verbraucherschutz, in der Landwirtschaft und in der Agrarpolitik herumgedoktert werden darf. Für eine kosmetische Retusche haben die Verbraucherinnen und Verbraucher unseres Landes schon lange kein Verständnis mehr.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie müssen wieder an die Grundprobleme herangehen. An unbequemen Entscheidungen kommen auch Sie nicht vorbei.

Die Landesregierung begründete einst die Neuregelung der Zuständigkeit für Verbraucherschutz unter anderem als Folge der BSE-Krise. Es sollte durch die Bündelung der Kompetenzen im Verbraucherschutz der umfassende Schutz der Verbraucher insbesondere im gesundheitlichen Verbraucherschutz und der Tierseuchenbekämpfung, sichergestellt werden. Das Ergebnis kennen wir alle.

Meine Damen und Herren, meine Zeit reicht leider nicht aus. - Große Reden in Sachen Verbraucherschutz sind nicht mehr gefragt. Da helfen uns auch keine populistischen Anträge der SPD-Fraktion zur Aktuellen Stunde, sehr wohl aber unser verantwortungsvolles Handeln und unsere Verantwortung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Claus. Ich gebe das Wort der Landesregierung. Herr Minister Birthler, bitte sehr.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung dafür bewusst. Sie sorgt für ein dichtes und effizientes Netz der Lebensmittelkontrolle, ohne die Produzenten und Händler aus ihrer Pflicht zu entlassen; denn erst einmal obliegt ihnen die Einhaltung und Kontrolle lebensmittelrechtlicher Bestimmungen. Unabhängig davon überprüft die amtliche Lebensmittelüberwachung des Landes Brandenburg stichprobenartig die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Produkte. Durch das duale System von Eigenkontrolle und staatlicher Überwachung im Sinne einer Kontrolle der Kontrolle wird seit Jahren sichergestellt, dass der Verbraucher beim Verzehr von Lebensmitteln keine Bedenken zu haben braucht.

Die Politik steht dabei oftmals vor dem Dilemma, dass einerseits die Lebensmittel noch nie so gründlich untersucht wurden wie derzeit, aber gleichzeitig die Verunsicherung der Verbraucher durch die in den Medien inflationär als Skandal bezeichneten Ereignisse zunimmt.

(von Arnim [CDU]: Sehr richtig!)

Hier möchte ich klarstellen: Die in Brandenburg verkauften Lebensmittel sind grundsätzlich sicher. Die Aufregung um festgestellte Verstöße gegen das Lebensmittelrecht steht in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Risiko.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Darum kann ich an die Medien nur appellieren: Recherchieren Sie gründlich und wahren Sie die Maßstäbe!

Mein Haus verfolgt in der Verbraucherschutzpolitik einen Kontrollanspruch, der den gesamten Prozess der Lebensmittelherstellung umfasst. Das bedeutet Transparenz und Kontrolle vom Erzeuger bis zum Verbraucher, also Sicherheit vom Feld oder Stall bis zur Ladentheke.

Ständig wachsen aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz und insbesondere in der Lebensmittelüberwachung an. Aber nicht nur um diesen Erfordernissen, sondern auch um Anforderungen nach Bündelung der knapper werdenden Ressourcen gerecht zu werden, haben wir dafür neue, effiziente Verwaltungsstrukturen geschaffen.

Bereits im März 2001 wurde in meinem Haus die Abteilung Verbraucherschutz eingerichtet, in der die wesentlichen Aufgaben und Zuständigkeiten in den Bereichen der Verbraucherinformation und -beratung, der Lebensmittel- und Futterüberwachung, des Veterinärwesens, der Gentechnik sowie des Strahlenschutzes gebündelt sind.

Einen weiteren Schritt zu einer effektiven Organisation des Verbraucherschutzes im Land stellt die Gründung des Landesamtes für Verbraucherschutz und Landwirtschaft mit Sitz in Frankfurt (Oder) am 1. Januar 2002 dar. Beide Maßnahmen haben sich bewährt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich nicht nur am Mitteilungsblatt seines Heimatvereines orientiert, sondern die Tagespresse gründlich studiert, der wird die Aktualität dieses Themas heute durchaus erkennen können.

(Beifall bei der SPD)

Die im Land Brandenburg für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörden sind die 18 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte, in denen größtenteils Lebensmittelkontrolleure, aber auch Tierärzte, Lebensmittelchemiker und Technologen beschäftigt werden.

Im vergangenen Jahr wurden durch die 135 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Ämter nahezu 27 000 Betriebe und Einrichtungen der Lebensmittelwirtschaft, vom Imbissstand über die verschiedenen Lebensmittelmärkte bis zu großen, für den EU-weiten Handelsverkehr zugelassenen Betrieben, sehr gewissenhaft kontrolliert. Das sind im Durchschnitt pro Tag etwa zwei bis fünf Kontrollen. Es ist mir an dieser Stelle nicht nur eine Pflicht, sondern ein Bedürfnis, diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte, oftmals unter schwierigen Begleitumständen ablaufende Arbeit zu danken.

Im Rahmen der Kontrollen sind fast 15 000 Proben entnommen worden. Bei weniger als 1 % dieser Proben wurden Verstöße festgestellt. Die Entscheidung, welche Betriebe bzw. Einrichtungen aufgesucht werden und worauf kontrolliert wird, leitet sich aus bundeseinheitlichen Vorgaben, aber auch aus bisherigen Kontrollergebnissen im Land Brandenburg ab. Auf besondere Vorkommnisse wie Bürgerbeschwerden wird unmittelbar reagiert.

Im Land Brandenburg werden alle Proben von Lebensmitteln,

Tabakwaren, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Futtermitteln in dem zum 1. Januar dieses Jahres neu gegründeten Landeslabor Brandenburg untersucht. Hier werden neben rein klassischen analytischen Aufgaben auch risikoorientierte Beurteilungen vorgenommen.

Mit der Einrichtung dieses Landeslabors verfolgen wir eine klare Zielstellung, nämlich die, eine Absenkung des Zuschussbetrages und damit eine Entlastung des Landeshaushaltes zu erreichen. Dafür wurden sämtliche Untersuchungsaufgaben im Bereich des Verbraucherschutzes gebündelt, um diese möglichst effizient und effektiv durchzuführen. Für diese Bündelung bedurfte es weder zusätzlicher personeller Ressourcen noch sächlicher Kapazitäten. Mit dem vorhandenen Personal und der existierenden labortechnischen Infrastruktur werden gegenwärtig alle Untersuchungsaufgaben auf bestem fachlichen Niveau erfüllt.

Die Umweltorganisation Greenpeace hat in einer im vergangenen Jahre veröffentlichten Studie mit dem Titel „Pestizide außer Kontrolle“ die Lebensmittelüberwachung in allen Bundesländern sehr kritisch, aber auch unterschiedlich bewertet. Bei einem Vergleich der Bundesländer liegt die Effizienz der Lebensmittelüberwachung im Land Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt. Dennoch haben wir die Studie zum Anlass genommen, eventuelle Schwachstellen aufzudecken und notwendige Änderungen einzuleiten. Durch die Greenpeace-Studie wird beispielsweise zu Recht als Mangel aufgezeigt, dass die Untersuchungen oft zu viel Zeit beanspruchen, was ein Reagieren in den Überwachungsämtern erschwert. Die aus meiner Sicht auch für Brandenburg notwendige Verkürzung der Untersuchungszeiten ist eine Herausforderung, der sich das Landeslabor selbstverständlich stellt.

Schwerpunkte in der vielfältigen Überwachungsaufgabe waren im Jahr 2003 die Aufklärung von nicht durchgeführten BSE-Tests bei geschlachteten Rindern sowie die Ursachenermittlung für die Belastung von Futtermitteln mit Dioxinen. Im Rahmen der BSE-Diagnostik wurden in Brandenburg im vergangenen Jahr ca. 39 000 Rinder untersucht; alle mit negativem Ergebnis.

Im Rahmen eines bundesweiten Datenabgleichs zwischen geschlachteten und getesteten Tieren haben sich Unstimmigkeiten ergeben. Aufgrund einer eigenen Schwachstellenanalyse kann auch für das Land Brandenburg nicht ausgeschlossen werden, dass ca. 100 Rinder ohne BSE-Test geblieben sind. Zwar muss man das Risiko, dass eines der nicht getesteten Rinder an BSE erkrankt war, im Verhältnis zu fast 40 000 negativ getesteten Tieren als sehr gering beurteilen. Trotzdem hat sich damit eine empfindliche Lücke im Rahmen der Überwachung gezeigt, der mein Ministerium im Rahmen der Fachaufsicht gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten offensiv begegnet ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eindeutig feststellen: Gegen kriminelle Energie gibt es kein Erfolg versprechendes Mittel. Es ist in einem Flächenland wie Brandenburg unmöglich, Schwarzschlachtungen, die hinter dem Rücken der Überwachungsbehörde stattfinden, völlig auszuschließen. Aber wir werden, wo immer so etwas auftritt, entschieden dagegen vorgehen.

Die Vorgänge um Dioxinbelastungen von Lebens- und Futtermitteln, aber auch Meldungen von Nitrofen-Rückständen im

Getreide, nicht durchgeführten BSE-Tests, Schwarzschlachtungen sowie Rückstandsbelastungen von Obst und Gemüse verunsichern den Verbraucher und stellen leider auch oft die Wirksamkeit der Überwachung infrage. Ich bin aber davon überzeugt, dass gerade die Aufdeckung von einzelnen Missständen ein Beweis dafür ist, dass die unabhängige staatliche Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung gut funktioniert und unverzichtbar ist.

Neben der Eigenkontrolle ist eine gut funktionierende staatliche Kontrolle auch ein Standortvorteil für die Lebensmittelindustrie des Landes Brandenburg. Ich will mit zwei Zahlen verdeutlichen, welche Rolle dieser Industriezweig, der nicht immer im Mittelpunkt steht, für unser Land hat. In der Lebensmittelindustrie arbeiteten im Jahr 2002 knapp 11 000 Beschäftigte, die zu 16 % am Umsatz des gesamten verarbeitenden Gewerbes des Landes beteiligt sind. Dass die Lebensmittelverarbeitung eine Wachstumsbranche ist, steht für mich dabei außer Frage.

Neben den Kontrollen mit dem Ziel gesundheitlich unbedenklicher Nahrungsmittel nehmen wir auch die Verbraucherinformation und -beratung sehr ernst. Diese Aufgaben werden vornehmlich durch die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. wahrgenommen. Der Verein wird sowohl durch die Bundes- als auch durch die Landesregierung bezuschusst. Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes werden durch mein Ressort jährlich Schwerpunkte im Bereich der Ernährungsberatung vorgegeben. Diese werden in Projekte festgeschrieben und von der gemeinnützigen und unabhängigen Verbraucherzentrale umgesetzt. Durch diese präventiven Maßnahmen sollen die Verbraucher dahin gehend sensibilisiert werden, auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu achten. Letztlich ist dies auch ein wichtiger Beitrag, um die Kosten im Gesundheitswesen zu senken.

Lassen Sie mich noch einmal betonen: Der gesundheitliche Verbraucherschutz besitzt für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Es ist und bleibt unser Ziel, eine den Markterfordernissen und Verbraucherinteressen entsprechende Lebensmittelüberwachung und Verbraucherinformation zu garantieren. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs einen Anspruch.

Ich wünsche mir, dass der Landtag mit seinen Entscheidungen dazu beiträgt, dass wir bei der Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelkontrolle das erreichte Niveau halten können. Produkte aus Brandenburg sollen weiterhin nicht nur schmackhaft, sondern auch gesundheitlich unbedenklich sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Birthler, und gebe das Wort noch einmal der Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Woidke.

Dr. Woidke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Claus! Sehr geehrter Herr Helm, es stellen sich die Fragen: Ist das Thema aktuell? Was ist

passiert? Sind dem Land Brandenburg die Skandale und Krisen ausgegangen?

(Zurufe von der PDS: Nein!)

Vielleicht kann ich auch anders fragen: Ist es gerechtfertigt, über das Thema Verbraucherschutz immer nur im Zusammenhang mit desaströsen Vorgängen im Lande Brandenburg zu reden?

Wir alle wissen, dass es dann, wenn solche Dinge passiert sind, vor allem für eine Gruppe zu spät ist, und zwar für die Gruppe der Landwirte. Die Landwirte bezahlen den Preis für die Krisen und dieser Preis ist sehr hoch.

(Beifall bei der CDU)

BSE, Nitrofen und Dioxin sind hierbei nur einige Stichworte. Die Skandale haben in Brandenburg einen hohen Preis gefordert, sie haben Geld gekostet, sie haben das Vertrauen der Verbraucher gekostet, und sie haben - das ist vielleicht am schlimmsten - Existenzen im ländlichen Raum Brandenburgs gekostet.

Kaum jemand hat wahrgenommen, dass in Brandenburg nicht eines der im vergangenen Jahr ca. 40 000 untersuchten Rinder BSE-positiv war. Auch kaum jemand hat bemerkt, dass ausgerechnet in Bayern in den vergangenen Jahren mit großem Abstand die meisten BSE-Fälle aufgetreten sind.

Wann und wie reagiert die Politik auf Krisen oder sollte sie sich mit permanenten Problemstellungen auch permanent beschäftigen? Es ist eine alte Weisheit: Was wir heute säen, werden wir morgen ernten. Dieser Spruch trifft auch auf Lebensmittel zu. Die Situation unserer Landwirte wird wesentlich davon bestimmt, wie viel Geld wir für ihre Produkte auszugeben bereit sind, oder andersherum gesagt: Ein Landwirt kann nur dann angemessen produzieren, wenn wir bereit sind, für seine qualitativ hochwertigen Produkte einen angemessenen Preis zu zahlen. Es geht einzig und allein darum, gute Arbeit auch in der Landwirtschaft entsprechend zu honorieren. Hohe Qualitätsstandards in der Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln sind nun einmal mit höheren Kosten für den Produzenten verbunden. Aber die so erzeugten Produkte sind ihren Preis im wahrsten Sinne des Wortes auch wert. Diese Produkte sind eben preiswert.

Es geht nicht darum, Sonderangebote oder Schnäppchen zu verbieten oder gar nur die teuersten Produkte zu kaufen. Aber die Deutschen geben im europäischen Maßstab am wenigsten für Lebensmittel aus, obwohl sie merkwürdigerweise europaweit mit Abstand die teuersten Küchen besitzen.

Das Land Brandenburg hat sehr viel Mühe und Geld in die Entwicklung von Direktvermarktungsstrukturen und auch in die Vermarktung Brandenburger Agrarprodukte investiert. Davon konnte sich auf der Grünen Woche in Berlin auch in diesem Jahr wieder jeder überzeugen. In großen Teilen Brandenburgs sind durch viele Investitionen bereits Voraussetzungen für regionale Kreisläufe geschaffen worden. Diese haben den großen Vorteil eines kurzen Weges vom Stall bis zur Ladentheke und einer sehr hohen Transparenz für den Endverbraucher. Um Erfolg zu haben, bedarf es aber auch einer sehr starken Kooperation der Erzeuger in der jeweiligen Region untereinander. Das

häufig noch anzutreffende reine Konkurrenzdenken schadet hier.

Regionale Marken und Produkte müssen entwickelt und dann auch konsequent vermarktet werden. Die 13 im Lande bestätigten LEADER+-Regionen bieten hierfür weiterhin beste Voraussetzungen. In diesen Regionen stehen zusätzliche Mittel der EU für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Gastronomie, Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft zur Verfügung. Einige Regionen sind diesen Zielen schon sehr nahe gekommen, beispielsweise der Wirtschaftsraum Spreewald. Andere wie die Region zwischen den Städten Spremberg und Forst, die LEADER+-Region Strittmatter Land, und auch die Prignitz stehen hier noch am Anfang, können aber auch schon heute nach relativ kurzer Arbeitszeit sehr gute Ergebnisse vorweisen.

Der Verbraucherschutz ist eine aktuelle Aufgabe, die sich jeden Tag stellt, und Verbraucherschutz wird nur über eine vernünftige landwirtschaftliche Produktion in Brandenburg zu realisieren sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Woidke. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste und ich schließe den Tagesordnungspunkt 2, Aktuelle Stunde.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

1. Lesung des Stiftungsgesetzes für das Land Brandenburg (StiftGBbg)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/7024

Es ist vereinbart worden, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann.

Ich lasse abstimmen über die Empfehlung des Präsidiums, den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/7024 - an den Ausschuss für Inneres zu überweisen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben Sie einstimmig so beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Wahl eines Mitgliedes des Medienrates gemäß § 11 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/7068

Ich möchte Ihnen einige Hinweise zum Wahlverfahren geben:

Die Wahl erfolgt geheim. Die Ausgabe der Wahlunterlagen - Sie kennen das Verfahren von anderen geheimen Wahlen - erfolgt nach dem jeweiligen Namensaufruf durch die Schriftführer am Stenografentisch und die Stimmabgabe rechts und links von mir an den Regierungsbänken.

Sie erhalten einen Stimmzettel mit dem Namen des Kandidaten, auf dem Sie Ihre Wahl kenntlich machen können. Dabei bitte ich Sie - achten Sie bitte darauf -, nur die am Wahlpult ausliegenden Kopierstifte und keine anderen Schreibgeräte zu benutzen. Anderweitig gekennzeichnete Stimmzettel werden als ungültige Stimmen gezählt. - So viel zum Wahlverfahren.

Gibt es Ihrerseits dazu noch eine Frage? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, ob sich die Schriftführer eingerichtet haben. - Vorn fehlt noch jemand zur Ausgabe der Wahlzettel. - Gut.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Schriftführer, mit dem Verlesen der Namen zu beginnen.

(Wahlhandlung)

Der Wahlgang ist zwar noch nicht geschlossen, weil noch einige Abgeordnete ihre Stimmzettel abgeben müssen, aber ich möchte schon eine Mitteilung machen: Ich bitte die Mitglieder des Präsidiums, nachdem wir die Sitzung unterbrochen haben - unterbrochen wird die Sitzung aber erst, nachdem das Wahlergebnis feststeht -, zu einer kurzen Sondersitzung in den Präsidiumsraum.

Der Wahlgang ist jetzt offiziell geschlossen; denn es hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimmzettel abzugeben. Ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon nicht Platz nehmen wollen, dann stellen Sie bitte zumindest Ihre Unterhaltungen ein, damit ich Ihnen das Ergebnis der geheimen Wahl bekannt geben kann.

An der Wahl haben sich 82 Abgeordnete beteiligt. Es sind 81 gültige Stimmen und eine ungültige Stimme abgegeben worden. Das ist für mich immer unverständlich bei Abgeordneten, die das zum wiederholten Male machen, aber das sei nur nebenbei bemerkt. Für Dr. Wolfram Weimer wurden 64 Stimmen abgegeben. Er hat also die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 59 deutlich überschritten und ist damit als Mitglied des Medienrates gewählt worden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und unterbreche die Sitzung des Landtages bis 13.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.24 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.31 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir beginnen mit dem Nachmittagsteil der 92. Plenarsitzung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

1. Lesung des Gesetzes zur Umsetzung des Elften Buches Sozialgesetzbuch (Landespflegegesetz - LPflegeG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/7052

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Landesregierung eröffnet. Herr Minister, bitte sehr.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf eines neuen Landespflegegesetzes soll das derzeitige Gesetz ablösen. Ich will einen kurzen Rückblick auf seine Entstehung und seine Wirkung in der Vergangenheit geben.

Die Vorschriften des derzeitigen Gesetzes beziehen sich auf die Planung der pflegerischen Versorgungsstruktur in Form von Landespflegeplänen und die Investitionsförderung der Pflegeeinrichtungen. Dies war, meine ich, in der Vergangenheit unverzichtbar. Wir hatten beim Neustart 1990 einen Bestand von 258 Einrichtungen. Nur drei von diesen 258 Einrichtungen entsprachen seinerzeit der Heimmindestbauverordnung. Vor diesem Hintergrund entstand schließlich auch das so genannte Investitionsprogramm Pflege (IVP), das vornehmlich dazu diente, die Altenhilfeeinrichtungen und Altenheime umzubauen, zu sanieren bzw. auch neu zu bauen.

Wir werden in diesem Jahr das IVP beenden. Mit Abschluss dieses IVP wird insgesamt mehr als 1 Milliarde Euro in die Pflegeeinrichtungen investiert worden sein, davon 514 Millionen Euro Bundesmittel und 528 Millionen Euro Landesmittel. In diesen 528 Millionen Euro Landesmitteln sind aber auch Mittel enthalten, die für den Aufbau, den Ausbau und den Neubau von Behinderteneinrichtungen vorgesehen waren. Bis zum Jahresende kommen mit Beendigung der aktuellen Baumaßnahmen an 73 Einrichtungen nochmals 4 370 Plätze dazu. Damit gibt es in Brandenburg knapp 14 000 IVP-finanzierte Plätze. Das ist quantitativ wie qualitativ ein Versorgungsgrad, auf den wir zu Recht stolz sein können.

Nach dieser wichtigen Etappe müssen wir das Pflegegesetz nun aber neu fassen. Die pflegerische Versorgungsstruktur wurde flächendeckend saniert und damit auch der große Nachholbedarf auf diesem Gebiet befriedigt. Eine abgestimmte Planung ist darum in Zukunft ebenso wenig notwendig wie eine langfristige gesetzlich fixierte Förderung.

Auch der Beschluss des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 2001 zwingt uns zu Änderungen. Danach darf die Investitionskostenförderung für Pflegeeinrichtungen nicht von der Aufnahme in den Landespflegeplan abhängig gemacht werden. Genau damit soll verhindert werden, dass Planung und Bedarfsermittlung als indirekte Steuerungsinstrumente des Marktzugangs von Einrichtungsträgern missbraucht werden. Dies entspricht auch einem Hauptziel des Pflegeversicherungsgesetzes, durch freien Marktzugang einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Vielleicht fragt nun mancher: Ja, wenn es aber so ist, dass wir kein IVP-Geld mehr geben, wenn wir keine Planung mehr vorgeben, wie kann dann gesichert werden, dass auch in Zukunft genügend stationäre Pflegeplätze zur Verfügung stehen? - Wir haben in den vergangenen Jahren gesehen, dass, auch als das IVP noch im vollen Gange war, reichlich Pflegeeinrichtungen entstanden sind, und zwar frei finanziert. Das wird auch in Zukunft noch so sein. Hinzu kommt, dass schon das laute Nachdenken über Änderungen im Pflegeversicherungsgesetz bzw. im SGB XI, also mehr Steuerung in Richtung ambulanter Leistungen, gleiches Geld für stationäre wie ambulante Leistungen, jetzt schon stationäre Träger dazu veranlasst, ihrerseits darüber nachzudenken, wie sie ihre Häuser belegen, wenn tatsächlich einmal die Hebel umgelegt werden und nach dem Prinzip „ambulant gleich stationär“ finanziert wird. Insofern sind wir jetzt schon an einer Grenze, an der darüber nachgedacht werden muss, und zwar sowohl bei uns als auch bei denen, die privat investieren wollen, ob sich das unter den jetzt gegebenen Bedingungen tatsächlich noch lohnt.

Wir müssen uns vor allem um den ambulanten Bereich kümmern und dafür sorgen, dass es im Lande Strukturen gibt, um die älteren Menschen tatsächlich zu Hause pflegen zu können. Wir haben zurzeit einen Versorgungsgrad von 75 %. Das heißt, 75 % der Pflege in Brandenburg wird im ambulanten Bereich angeboten. Das ist zweifellos ein Spitzenwert in Deutschland, aber auch nur deswegen, weil bei uns viele Frauen arbeitslos sind, sich um ihre Eltern oder Schwiegereltern kümmern und sie zu Hause pflegen, also nicht etwa deswegen, weil wir so tolle ambulante Versorgungsstrukturen hätten, die das absichern könnten. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern wird, meine ich, sehr vielfältig und differenziert sein. Ich gehe davon aus, dass die Pflegeeinrichtungen dann auch die gesetzlichen Qualitätsanforderungen erfüllen werden.

Was regeln wir jetzt neu im Gesetz? Das Land gibt nicht mehr die Planung vor, sondern beobachtet und analysiert den Pflegemarkt, um zum Beispiel bei Defiziten angemessen und entsprechend reagieren zu können. Da die Träger die Investitionskosten für Neubauten und neue Plätze dem Pflegebedürftigen gesondert in Rechnung stellen können, entsteht eine Kostenstruktur, bei der der eine Heimplatz, der geförderte, relativ preiswert ist und der andere, der ungeforderte, relativ teuer angeboten wird. Aus diesem Grunde und nach dem Grundsatz, dass die Menschen nicht aufgrund von Pflegebedürftigkeit zu Sozialfällen werden sollen, fixiert das Gesetz als ein wichtiges Ziel, finanziell schwächere Pflegebedürftige vorrangig mit den kostengünstigen, also geförderten Plätzen zu versorgen.

Des Weiteren legt das Gesetz das Recht, aber aufgrund der Konnexität nicht die Pflicht der Landkreise und kreisfreien Städte fest, Näheres zum Verfahren des neu verankerten Belegungsrechts zu regeln. Auf diese Weise sollen die regionalen Besonderheiten und die Interessenlagen in den Kommunen größere Beachtung finden sowie die bestehenden Vereinbarungen, die es zwischen den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den Einrichtungen oder Einrichtungsträgern gibt, weiter verfolgt werden können.

Ich meine, das Gesetz trägt den Gegebenheiten der Zeit Rechnung. Wir werden damit vielleicht nicht das letzte Landespflegegesetz beschlossen haben, sondern es wird wahrscheinlich weitergehen. Wir werden uns dem Pflegemarkt anpassen müssen. Bundesgesetzliche Regelungen werden uns vielleicht auch

dazu zwingen. Aber ich bitte zunächst um Überweisung dieses Gesetzentwurfs. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die PDS-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Bednarsky.

Bevor Frau Bednarsky ihre Rede beginnt, begrüße ich die erste Welle von Schülern vom Gerberstadt-Gymnasium in Doberlug-Kirchhain. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Frau Bednarsky (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Schaffung von Pflegeeinrichtungen wird es künftig keine öffentliche Förderung mehr geben. Dies ist die zentrale Botschaft des vorliegenden Gesetzentwurfs. Der Bedarf an Plätzen, insbesondere im stationären Bereich, der in vielen Regionen Brandenburgs durchaus noch besteht, soll künftig allein durch private Investitionen abgedeckt werden. Der Markt soll es richten. Dementsprechend geht die Landesregierung davon aus, „dass sich auch ohne Investitionskostenzuschüsse Pflegeeinrichtungen zukünftig auf dem Markt positionieren“.

Daran habe ich keinen Zweifel. Allerdings war die Investitionsförderung auch nicht dazu gedacht, privaten Investoren den Marktzugang zu versüßen. Sie sollte vielmehr das verhindern, was nun eintreten wird: eine erhebliche zusätzliche Kostenbelastung der Pflegebedürftigen. Die Investitionskosten werden nämlich auf die Heimbewohner umgelegt. Das sind weder Pflegekosten, für welche die Pflegekassen aufkommen, noch Kosten für Unterkunft und Verpflegung oder Kosten für die Ausbildung von Altenpflegern, die der Pflegebedürftige ohnehin schon zu tragen hat, sondern es ist ein weiterer erheblicher Kostenblock.

Ich möchte dazu einige Zahlen nennen, die aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der PDS-Fraktion vom November 2002 stammen. Von den 267 Altenpflegeheimen in Brandenburg sind bis Ende 2001 109 mit öffentlichen Mitteln aus dem Investitionsprogramm Pflege gefördert worden. Mit den noch geplanten Fertigstellungen wird sich diese Zahl auf etwa 150 erhöhen. Fast die Hälfte der jetzt betriebenen Einrichtungen ist also nicht gefördert worden. Die Investitionskostenumlage in diesen nicht geförderten Heimen erreicht Spitzenwerte von 25 Euro - nicht etwa im Monat, sondern pro Platz und Tag, meine Damen und Herren. Dies können die wenigsten der Bewohner aus der eigenen Tasche finanzieren und es belastet die Sozialhilfeträger.

Nach diesen Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen nun zu einigen Regelungen des vorliegenden Gesetzentwurfs. Er verfolgt den Zweck, die beschriebene Entwicklung der Kosten für die Sozialhilfeträger dadurch aufzuhalten, dass geförderte Plätze mit Pflegebedürftigen belegt werden, bei denen der Sozialhilfeträger den Investitionsanteil finanzieren muss. Das Instrument dazu soll ein Belegungsrecht der Landkreise und kreisfreien Städte sein.

Ich habe einige Zweifel daran, ob diese planwirtschaftlichen Instrumente das erreichen können, was bisher durch öffentliche Förderung nicht im erwünschtesten Maße erreicht worden ist und was vor allem auch deshalb nicht erreicht worden ist, weil ambulante Strukturen vor allem im pflegeergänzenden Bereich nicht ausreichend entwickelt sind.

Der vernünftige Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird auch im vorliegenden Gesetzentwurf als hehres Ziel benannt. Gestaltungsmöglichkeiten zu dessen Durchsetzung sind aber nicht vorhanden oder sind von der Landesregierung - wie im Fall der Förderung ambulanter sozialer Dienste - aufgegeben worden. Die daraus entstehenden Defizite und Probleme werden mit einem Belegungsrecht der Kreise nicht gelöst.

Alles in allem: Auch wenn die von der Landesregierung vorgeschlagene Regelung wenig bewirken kann, muss man angesichts der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte jede Sparüberlegung sachlich diskutieren. Selbstverständlich sind auch die von den Trägern vorgebrachten Einwände und Alternativvorschläge, auf die ich jetzt nicht eingehen kann, einzu beziehen. Aus diesem Grund wird unsere Fraktion im Fachausschuss eine Anhörung beantragen. Die PDS-Fraktion stimmt einer Überweisung in den Ausschuss zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Konzack.

Frau Konzack (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die geltende Fassung des Landespflegegesetzes hat ihren Regelungsschwerpunkt in den Vorschriften zur bedarfsorientierten Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen. Der Minister hat es einleitend auch so gesagt. Das Gesetz bildet die rechtliche Grundlage für das Pflegeinvestitionsprogramm, das für mich eine der größten sozialpolitischen Leistungen unseres Landes ist. Diese Anerkennung hat sich das IVP redlich verdient; denn die Bedingungen zur Pflege älterer, behinderter und psychisch kranker Menschen waren bei der Gründung Brandenburgs vor fast 14 Jahren katastrophal. Die bestehenden Alten- und Pflegeheime wiesen gravierende bauliche Mängel auf. Dem Standard der so genannten Heimmindestbauverordnung entsprach fast keines von ihnen.

Ich habe nichts anderes erwartet, Frau Bednarsky, als das, was Sie jetzt wieder dargestellt haben. Sie werden nicht einmal achten, was hier in diesem Land auf diesem Gebiet getan worden ist. Wenn etwas gemacht worden ist, dann kommen Sie und auch die Kollegen Ihrer Fraktion ständig noch mit Bedenken, mit neuen Wünschen usw. Sie sind nicht in der Lage anzuerkennen, dass bis Ende des Jahres ca. 14 000 IVP-finanzierte Plätze in unserem Land vorhanden sein werden. Sie vergessen auch immer, dass wir das in der kurzen Zeit seit 1990 geschafft haben. Wer zu DDR-Zeiten in einem Pflege- oder Altenheim gewesen ist, wird wohl nicht die Augen davor verschließen können, dass jetzt eine 1 000-%ige Steigerung der Qualität erreicht worden ist. Jeder von Ihnen, verehrte Kolleginnen und

Kollegen, konnte sich in seinem Wahlkreis sicherlich schon von diesen Tatsachen überzeugen.

Durch das IVP wurde gewährleistet, dass im gesamten Land ausreichend geförderte Plätze zur Verfügung stehen. Somit ist eine gute Pflegeinfrastruktur entstanden, wie sie uns das SGB XI vorgibt. Jetzt bedarf es einer Neuausrichtung des Sicherstellungsauftrags. Nicht mehr Planung und Förderung, sondern Beobachtung und Analyse sollen ihn charakterisieren. Aufgabe des Landes wird es nunmehr sein, Defizite in der Versorgungsstruktur rechtzeitig zu erkennen, drohende Ungleichgewichte zu verhindern bzw. zu beseitigen, falls diese schon eingetreten sind.

Die SPD-Fraktion unterstützt diesen Systemwechsel und die damit verbundene komplette Neuformulierung des Landespflegegesetzes. Vor allem die Zielsetzung, Pflegebedürftigen mit geringer finanzieller Leistungsfähigkeit öffentlich geförderte Pflegeplätze zur Verfügung zu stellen, ist für uns Sozialdemokraten von großer Bedeutung.

Im Zusammenhang mit dieser Zielvorgabe steht das Belegungsrecht der Landkreise und kreisfreien Städte. Ich weiß nicht, weshalb da wieder das Horrorszenario in die Welt gesetzt wird, das werde nicht klappen. Das werden die Vertreter der Kommunen bei der Anhörung, die Sie beantragen wollen, sicherlich genauer darstellen. Die Ausgestaltung des Belegungsrechts als Kannbestimmung ist der Beachtung des Konnexitätsprinzips geschuldet und wird deshalb von uns so mitgetragen.

Ich weiß, dass viele kommunale Gebietskörperschaften bei der Belegung geförderter Plätze schon jetzt eng mit den Einrichtungsträgern zusammenarbeiten. Ich möchte von dieser Stelle aus appellieren: Tun Sie es weiterhin, auch und gerade unter den veränderten Bedingungen!

Von verschiedener Seite sind vor allem gegen das Belegungsrecht und gegen die so genannte Landeskindeinrichtung Einwände vorgebracht worden. Aber diese Vorschriften verstoßen wahrscheinlich nicht gegen Bundesrecht. Stellen sie gar unzulässige Grundrechtseingriffe dar? Sind sie praktisch durchführbar? - Diese Fragen habe ich jetzt auch, haben auch meine Kollegen. Darüber können wir in den Ausschusssitzungen gründlich beraten.

Allein das Land Brandenburg hat über 600 Millionen Euro in den Bau von Alten- und Pflegeheimen investiert, und zwar auch dort, wohin ein privater Träger mit einer frei finanzierten Einrichtung vielleicht nie gegangen wäre. Die Investition dieser hohen Summe wurde ja gerade mit der sozialpolitischen Zielsetzung verbunden, qualitativ hochwertige Einrichtungen auch für Brandenburginnen und Brandenburger mit geringem Einkommen wohnortnah zur Verfügung zu stellen.

Wir werden den Gesetzentwurf im weiteren parlamentarischen Verfahren sorgfältig zu beraten haben. Alle Einwände können dann ausgeräumt und alle Unklarheiten angesprochen werden. - Heute bedanke ich mich erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Frau Fechner, bitte.

Frau Fehner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat uns einen Entwurf für ein Landespflegegesetz vorgelegt, dessen vollständiger Name lautet: Gesetz zur Umsetzung des Elften Buches Sozialgesetzbuch. Ein Gesetz mit nur zwölf Paragraphen - da lacht das Bürgerherz. Das ist klar, eindeutig und verständlich. Bei so wenigen Paragraphen kann man eigentlich keine Fehler machen.

Doch es gibt tatsächlich Leute, die das anders sehen - das mit den Fehlern, meine ich. So wird beispielsweise kritisiert, dass im § 8 Abs. 1 dieses Gesetzes als Zielgruppe Personen benannt werden, die ihren Wohnsitz vor Heimaufnahme im Land Brandenburg haben. In begründeten Fällen, so heißt es etwas später in diesem Absatz, können auch Personen aus anderen Bundesländern aufgenommen werden. Das lässt sich nach Meinung mancher Kritiker nicht so ganz mit dem Artikel 11 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbaren, in dem es heißt:

„Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet.“

Natürlich stimme ich mit Sozialminister Baaske darin überein, dass es sinnvoll und gerecht erscheint, wenn in Pflegeheimen, die mit brandenburgischen Steuergeldern errichtet wurden, vorrangig pflege- und unterstützungsbedürftige Brandenburger untergebracht werden.

Genauso sinnvoll und gerecht erschiene es mir aber auch, wenn das aus deutschen Steuergeldern aufgebrauchte Kindergeld nur für deutsche Kinder gezahlt würde. Doch das Grundgesetz sieht es nun einmal anders. Damit muss ich leben und daran sollte sich auch das brandenburgische Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bei seinem Gesetzentwurf orientieren.

Übrigens: Böse Zungen würden an dieser Stelle einflechten, dass der Anteil Brandenburgs an den Steuergeldern, mit denen der Neu- oder Umbau der fraglichen Pflegeheime gefördert wurde, nicht gerade überwältigend groß ist.

Es gibt noch weitere Kritik an den knapp zwölf Paragraphen. In § 11 Abs. 2 des XI. Sozialgesetzbuches heißt es unter der Überschrift „Rechte und Pflichten der Pflegeeinrichtungen“:

„Bei der Durchführung dieses Buches sind die Vielfalt der Träger von Pflegeeinrichtungen zu wahren sowie deren Selbstständigkeit, Selbstverständnis und Unabhängigkeit zu achten. Dem Auftrag kirchlicher und sonstiger Träger der Freien Wohlfahrtspflege, kranke, gebrechliche und pflegebedürftige Menschen zu pflegen, zu betreuen, zu trösten und sie im Sterben zu begleiten, ist Rechnung zu tragen. Freigemeinnützige und private Träger haben Vorrang gegenüber öffentlichen Trägern.“

Lässt es sich mit diesen übergeordneten Bestimmungen tatsächlich vereinbaren, wenn in § 9 des Gesetzentwurfs der Landesregierung die Landkreise und kreisfreien Städte ein Belegungsrecht erhalten? Wird damit wirklich die Unabhängigkeit der Träger der Pflegeeinrichtungen gewahrt?

Trotz der nur zwölf Paragraphen birgt dieser Gesetzentwurf allerlei Stoff für Rechtsstreitigkeiten. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich die Landesregierung vor Gericht durchsetzen wird, wenn dieser Entwurf nicht noch erhebliche Änderungen erfährt.

Hingegen habe ich den Eindruck, dass in der Landesregierung an Gesetzentwürfen immer noch Menschen beteiligt sind, die sich die kleine DDR des ehemaligen Ministerpräsidenten Stolpe zum Vorbild genommen haben.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Sozialismus, Planwirtschaft und Zentralismus sollte es auch in Brandenburg nicht mehr geben, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Es wäre begrüßenswert, wenn diese Erkenntnis auch in das Landespflegegesetz einfließen würde.

Einer Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfes stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Marquardt.

Frau Marquardt (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder einmal wenden wir uns dem Problem der Alten, Kranken und Behinderten zu. Aber ich möchte dieses Thema unter einem anderen Gesichtspunkt beleuchten. Frau Konzack hat dazu das Sachlich-Fachliche beigetragen.

Erst wenn man sich die Ausgangslage von 1990 anguckt, unter der alte, behinderte, chronisch kranke und suchtmittelabhängige Menschen leben mussten, kann man verstehen, was in den letzten 14 Jahren gewachsen und umgesetzt worden ist. Das war ein unvergleichlicher Kraftakt, um für all diese Betroffenen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Durch materiell-technische Änderungen, durch die personellen Verstärkungen durch qualifiziertes Personal, aber auch durch strukturelle Änderungen in der Betreuung haben wir viel erreicht. Sicherlich kann man mit dem Erreichten nie zufrieden sein, aber ich meine, nach 14 Jahren ist angesagt, dass auch in den Häusern selbst Positionen neu bestimmt werden, dass sie nach qualitativ neuen Wegen suchen, ohne in jedem Fall noch die materielle und auch personelle Zuführung zu bekommen, die sie bis zum heutigen Zeitpunkt erfahren haben.

Da das Elfte Buch Sozialgesetzbuch den Wettbewerb regelt und auch europarechtliche Vorgaben bestehen, ist es notwendig, eine entsprechende Anpassung des Landespflegegesetzes vorzunehmen. Ich meine, es ist auch an der Zeit zu sagen, dass die Förderung durch die öffentliche Hand eingeschränkt wird. Das wird uns aber nicht daran hindern, weiter nach Wegen zu suchen, den Leitsatz - darin gehen wir sicherlich konform - „ambulant vor stationär“ weiter zu verfolgen. Darüber hinaus sehe ich auch einen Riesendiskussionsbedarf, der uns vor dem Hintergrund der Studie, welche Folgen die demographische Entwicklung in den peripheren Räumen Brandenburgs haben wird, erwartet, um auch insofern möglicherweise nach völlig anderen Wegen zu suchen, als wir sie heute gehen. Ich meine, das ist auch ein Erarbeitungsgewinn, den wir im Fachausschuss

weiter verfolgen und begleiten werden. Ich bitte daher darum, diesen Gesetzentwurf an den Fachausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 3/7052, an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich schließe damit Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

1. Lesung des Gesetzes über die Strukturreform der Flurneuordnungsverwaltung

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/7060
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister BIRTHLER, Sie haben das Wort.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Strukturreform der Flurneuordnungsverwaltung, insbesondere mit dessen Artikel 1, dem Brandenburgischen Landesentwicklungsgesetz, legt Ihnen die Landesregierung einen weiteren Baustein zur Optimierung der Verwaltung meines Geschäftsbereichs vor. Dieser Gesetzentwurf - dies gleich vorweggenommen - ist gemessen an den Zielen des Haushaltssicherungsgesetzes beispielgebend; er erfüllt den an uns alle gerichteten Auftrag zur Verwaltungsmodernisierung ebenso vorbildlich, wie er den schwierigen finanzpolitischen Zwängen Rechnung trägt.

Durch Ausschöpfung eines glücklicherweise weiten bundesgesetzlichen Handlungsrahmens für die Flurbereinigung und der hier zur Verfügung stehenden Finanzierungsinstrumente ist es möglich, eine weitgehende Ausgliederung wesentlicher Aufgaben eines Verwaltungszweiges in eine Selbstverwaltung der Bürger unter Entlastung des Personalbudgets und Bündelung der verbleibenden Aufgaben in einer Behörde im guten Einvernehmen mit allen Betroffenen zu erreichen. In den Vorgesprächen hat sich auch hierbei schon ein großes Einvernehmen mit den Fraktionen angedeutet. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort hat jetzt zunächst die PDS-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Wehlan.

Frau Wehlan (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen des vorliegenden Gesetzentwurfs über die Strukturreform der Flurneuordnungsverwaltung wird von meiner Fraktion unterstützt. Die Flurneuordnung und die Landentwicklung umfassen wichtige Instrumente zur Gestaltung unserer ländlichen Räume. Sie wissen, dass es mit deren Gesamtsituation nicht zum Besten bestellt ist. Arbeitslosigkeit, Entleerung und Überalterung sind in diesem Zusammenhang immer wieder fallende Schlagworte.

Mit dieser Zustandsbeschreibung will sich zumindest die Fraktion der PDS nicht abfinden. Entsprechende Leitlinien zur integrierten Entwicklung des ländlichen Raums haben wir bereits vor einem Dreivierteljahr vorgelegt. Fakt ist, dass die in den vergangenen Jahren in diese Bereiche gelenkten finanziellen Mittel nicht die erhofften und erwünschten Effekte im erforderlichen Umfang gebracht haben. Dies ist umso bedauerlicher, als mit der bestehenden Agrarstruktur im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion zumindest eine gute Ausgangsposition vorhanden war und ist, um die uns andere Regionen weiter westwärts durchaus beneiden.

Aber die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ist das eine, die Akkumulation von Einnahmen, die Veredelung vor Ort und die Entwicklung von kleinen und mittelständischen Betrieben sind das andere. Letzteres ist bis auf positive Entwicklungen im Bereich des ländlichen Tourismus nicht oder nicht ausreichend gelungen.

Herr BIRTHLER hat sich sehr kurz gefasst. Ich möchte deswegen noch einmal auf ein Problem hinweisen, das uns auch im Zusammenhang mit diesem Strukturgesetz ein Stückchen mehr umtreiben wird. Mit der Flurneuordnung sind jetzt zum einen die Zielsetzungen Neuordnung der Eigentumsverhältnisse und Zusammenführung von Grund und Boden und zum anderen die sich daraus ergebenden Folgemaßnahmen zur Gestaltung der ländlichen Räume, die ja Konfliktpotenzial in sich bergen, sowie auch Schaffung von Rechtssicherheit verbunden. Letzteres gilt insbesondere auch für die Förderung aus dem EU-Haushalt, dem Bundshaushalt und natürlich aus unserem Landshaushalt. Die schmerzhaften Rückzahlungsforderungen der EU wegen mangelhafter Nachweisführung bei Abgrenzung auf der Fläche sind uns allen sicherlich noch in guter Erinnerung.

Das vorliegende Gesetz ist auch eher aus der Not geboren, um den geplanten Personalabbau im öffentlichen Dienst zu realisieren, und nicht so sehr, um die Aufgabenerfüllung zu optimieren. Aber vielleicht ist das ja gerade ein positiver Nebeneffekt. Aus unserer Sicht erscheinen die vorgesehenen Verlagerungen von Aufgaben und fachkompetentem Personal in den Bereich der Teilnehmergemeinschaften durchaus sinnvoll und zweckmäßig.

Ich möchte auch hervorheben, dass dem sozialen Aspekt der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in vorbildlicher Weise Rechnung getragen wurde. Rückkehrklausel und Dienstvereinbarung geben die Sicherheit, dass auch die Betroffenen dem Anliegen folgen werden. Ohnehin ist es nach Jahren der Strukturdebatte an der Zeit, Fakten zu schaffen, die aber natürlich auch Akzeptanz finden müssen.

Diesen positiven Eindruck werden wir uns von den Betroffenen

im Fachausschuss bestätigen lassen, um zu einer abschließenden Bewertung zu gelangen.

Abschließend noch der Hinweis auf ein Problem, mit dem sich auch schon mehrere Kleine Anfragen befasst haben. In der Vergangenheit gab es aus den Reihen der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure immer wieder Hinweise, die die ungleichmäßige öffentliche Auftragsvergabe betrafen. Insofern macht mir die Konstruktion eines Dachverbandes schon ein bisschen Kummer. Ich halte es für erforderlich, dafür Sorge zu tragen, dass sich in diesem sensiblen Bereich der mit hoheitlichen Aufgaben beladenen Stellen keine Unregelmäßigkeiten einstellen. Immerhin geht es bei diesen Verfahren auch um viel Geld.

Mit Aussagen zu Effekten der Mittelverwendung im ländlichen Raum hatte ich meinen Redebeitrag begonnen, mit genau diesem Hinweis möchte ich ihn auch beenden. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Koalitionsfraktionen. Herr Helm, bitte.

Helm (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Auch ich möchte mich kurz fassen. Diese Gesetzesvorlage ist die logische Konsequenz aus der Verwaltungsreform innerhalb des Landes und speziell des MLUR mit dem Ziel der Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen, der Straffung der Verwaltungsabläufe und der Entwicklung von Finanzierungsvarianten zugunsten des Landeshaushalts.

In der Vergangenheit wurden viele Diskussionen hinsichtlich der Struktur und des Bestands der Ämter für Flurneuordnung geführt. Auch deren Kommunalisierung stand zur Debatte. Dieses Ansinnen ist vom Tisch. Das vorliegende Gesetz regelt die Zuständigkeiten innerhalb des Bereichs der Flurneuordnung und ganz besonders die Rolle der Teilnehmergesellschaften, die im Verfahrensgebiet, sozusagen vor Ort, tätig sind und den planerischen Vollzug organisieren. Das direkte Unterstellungsverhältnis zum MLUR wird gewährleistet. Die Flurbereinigungsverwaltung orientiert sich jetzt vorrangig auf die Kernaufgaben der Bodenordnung, auf die streng hoheitlichen behördlichen Vollzugsaufgaben.

An dieser Stelle möchte ich nur darauf hinweisen, dass das eine ständige Aufgabe bleibt; denn das ganze Land Brandenburg ist wegen des noch nicht abgeschlossenen Strukturwandels und aufgrund der Eigentumsstrukturen im Prinzip neu zu ordnen. Ich kann nur hoffen, dass auf den anderen Verwaltungsebenen des Landes mit der gleichen beispielgebenden Konsequenz verfahren wird, wie sie bereits vom Minister dargestellt wurde.

Weitere Details bzw. ungeklärte Fragen können im Fachausschuss noch ausgiebig erörtert werden. Wir stimmen der Überweisung zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit sind wir bei der DVU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung hat es genau richtig erkannt: Die Finanzpolitik unseres Landes steht vor großen Herausforderungen. Die Frage aber lautet: Brauchen wir mehr oder weniger Bürokratie? Die zentrale Frage muss also lauten: Wie kann die öffentliche Verwaltung organisiert werden, damit sie auch in der Zukunft in der Lage ist, für Sicherheit auf den Straßen zu sorgen, unsere Umwelt und unsere Gesundheit zu schützen, Forschung und Entwicklung zu betreiben, eine komplexe Infrastruktur vorzuhalten, Recht zu sprechen usw.

Angesichts des schärfer werdenden Standortwettbewerbs zwischen den Regionen in Europa, der gestiegenen Ansprüche an den Staat und einer Steuer- und Abgabenlast, die für viele die Schmerzgrenze bereits überschritten hat, muss die Antwort lauten: Die öffentliche Verwaltung muss ihre Leistungen schneller, besser und kostengünstiger erbringen. Nur so kann das Ziel der Modernisierung der Landesverwaltung in Brandenburg, wie sie unsere Fraktion schon seit langem fordert, erreicht werden.

Den Wildwuchs an Bürokratie zu beschneiden und damit den Staat wieder schlagkräftiger zu machen ist keine neue Idee. Diese Idee ist auch nicht in Brandenburg entstanden. Vieles von dem, was im Gesetzentwurf der Landesregierung geschrieben steht, entspricht dem ganz normalen, schon aus technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten notwendigen Modernisierungsprozess. Jede private und jede öffentliche Verwaltung muss sich dieser Aufgabe stellen, wenn sie wettbewerbsfähig und kostengünstig sein oder bleiben will. Im Rahmen des Politikfeldes der ländlichen Entwicklung muss dies gerade auch für die Flurneuordnung gelten. Mit der Angliederung der bisherigen Flurneuordnungsbehörden, der Ämter für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung, an das bisherige Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft soll die aufgabenkritische Optimierung im Ergebnis konsequenter weiter verfolgt und es soll im Sinne der Vorgaben der EU eine weitere Verringerung der Zahl der Bewilligungsstellen erreicht werden.

Bei allen Debatten, in denen es in letzter Zeit ausschließlich um das Geld geht, sollte man aber nicht vergessen, dass es einmal ein Konzept zur integrierten ländlichen Entwicklung gab, das gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zum Ziel hatte. Mit unserem Konzept sollte einmal eine Erfolgsgeschichte für das Land Brandenburg geschrieben werden. Es gab zahlreiche Kommunen, die sich auf diesen Weg begaben und gute Erfolge vorzuweisen hatten.

Der Weg in die Zukunft ist für viele Gemeinden im ländlichen Raum unseres Landes längst Vergangenheit, bevor sie richtig angefangen hat, und das nicht nur wegen der Gemeindegebietsreform. Unsere Fraktion kann immer wieder nur betonen: Wir wollen eine Regional- und Strukturförderung, die nicht künstliche Gegensätze zwischen dem ländlichen Raum und städtischem Gebiet aufbaut. Im Land Brandenburg bestehen - Sie wissen es selbst - vielfach auch nicht auflösbare Beziehungen zwischen dem ländlichen Raum einerseits und den Städten andererseits. Die Entwicklungen beider Bereiche hängen eng zusammen und müssen daher auch parallel betrachtet werden. Deshalb kommt es überhaupt nicht darauf an, unter welcher Hausnummer sich Förderinstrumente wiederfinden, sondern es geht darum, dass sie zielgerichtet eingesetzt werden.

Was unsere Fraktion befürchtet hat, ist auch eingetreten. Das für private Vorhaben der Dorfentwicklung und der ländlichen Regionalentwicklung zur Verfügung stehende Finanzvolumen ist so gering, dass man die Pläne im Prinzip wegwerfen kann.

Mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurf soll unter anderem eine enorme Kostenentlastung der Verwaltung erreicht werden, ohne zugleich den ohnehin schon außerordentlich engen Personalbestand im Bereich der Flurneuordnung im Lande Brandenburg per saldo weiter zu verkürzen. Wenn es Ihnen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, ernst damit ist, wird unsere Fraktion einer Strukturreform der Flurneuordnungsverwaltung nicht entgegnetreten. Wir werden natürlich einer Überweisung zustimmen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung - Drucksache 3/7060 (Neudruck) - an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung. Wer diesem Überweisungsansinnen folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Bericht zur Umsetzung des Staatsvertrages über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV)
(gemäß Beschluss des Landtages vom 13. Dezember 2000 - DS 3/2163-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 3/7027

Da soeben vereinbart wurde, auf eine Debatte zu verzichten, ist der Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Anmeldung zum Teil III des 33. Rahmenplanes)
Anmeldung der Landesregierung gemäß § 10 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 3/7055

Da vereinbart wurde, auf eine Debatte zu verzichten, ist damit die Anmeldung der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Anmeldung zum 34. Rahmenplan für den Hochschulbau)
Anmeldung der Landesregierung gemäß § 10 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 3/7056

Es wurde vereinbart, auch zu diesem Tagesordnungspunkt auf eine Debatte zu verzichten. Damit ist die Anmeldung der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Bundesratsinitiative zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 27. Dezember 1993 (verkündet als Art. 5 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes; BGBl. I S. 2378, 2396; berichtigt 1994 BGBl. I S. 2349), in Kraft getreten am 1. Januar 1994, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 lit. d Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verkehrsstatistik vom 12. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2518, 2525)

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/7086

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der antragstellenden Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Schienenpersonennahverkehr ist keine staatliche Ikone, auch kein goldenes Kalb, sondern ein Dienstleistungsprodukt wie jedes andere auch. Das Oberlandesgericht Brandenburg, speziell der mit der Vergabe von Rechtssachen befasste Senat, hatte am 2. September letzten Jahres über einen Nachprüfungsantrag des Unternehmens Connex zu entscheiden. Es wurde die Zulässigkeit des im Jahr 2003 seitens der Landesregierung mit der Deutschen Bahn AG geschlossenen Vertrages über SPNV-Leistungen angefochten. Nach dem allgemeinen Vergaberegime, sprich: in Anwendung des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeordnung, wäre die Sache eindeutig zu entscheiden gewesen, und zwar die Feststellung der Zulässigkeit des Antrags und die Ungültigmachung des SPNV-Vertrages, verbunden mit der Verpflichtung für die Landesregierung, Eisenbahnleistungen öffentlich auszuschreiben.

Die Landesregierung, aber auch Herr Mehdorn konnten sich hier gelassen zurücklehnen. Schließlich konnten sie sich auf die Gestaltung spezialgesetzlicher Vergabevorschriften nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz und dem Regionalisierungsgesetz verlassen. Es gibt dem Bundesland quasi einen Freibrief für den Schutz bestimmter SPNV-Riesen. Dabei handelt es sich nach Auffassung meiner Fraktion um eine in höchstem Maße wettbewerbswidrige Rechtslage und - rechtspolitisch betrachtet - um eine bundesrechtliche Lücke im allgemeinen Vergaberegime.

Dass es sich hierbei um ein gesetzgeberisches Versehen des Bundesgesetzgebers handelt, hat folgenden Grund: Die Bahnstrukturreform Anfang der 90er Jahre wäre bereits ein bedeutender Anlass gewesen, die vergaberechtliche Situation dem allgemeinen Trend zur Öffnung des freien Wettbewerbs anzupassen. Da die Bahnstrukturreform jedoch nicht auf die Öffnung des SPNV-Bereichs für den Markt abzielte, ist das damals nicht passiert. Im Sinne der Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde mithin nach § 15 Abs. 2 AEG dem Land ein freies Ermessen hinsichtlich der Ausschreibung von SPNV-Leistungen eingeräumt.

Das Vergaberechtsänderungsgesetz 1998 wäre ein weiterer Anlass gewesen, subjektive Bieterrechte im Sinne der Beachtung des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes auch im SPNV zu verankern. Da diese Vergaberechtsnovelle allerdings nur die Umsetzung zwingender europarechtlicher Vorgaben darstellte, wurde der SPNV-Bereich ausgeklammert, weil es sich dabei nicht um nach Europarecht ausschreibungspflichtige Tatbestände handelte.

Dementsprechend hat das Oberlandesgericht Brandenburg den Nachprüfungsantrag als unzulässig verwerfen müssen. Schließlich sind - ausgehend von der von mir soeben beschriebenen vergaberechtlichen Situation - auch die §§ 1 a Nr. 2 Abs. 2 und 8 a sowie 28 a der VOL nicht als bewusste Entscheidung des Gesetzgebers für eine Ausschreibungspflicht in diesem Bereich zu werten. Ebenso konnte die Einführung des § 4 Abs. 3 der Vergabeordnung nicht als Ausweitung des allgemeinen Vergaberegimes auf SPNV-Leistungen gewertet werden.

Die Rechtslage ist derzeit eindeutig, nämlich eindeutig unbefriedigend, finden wir. Fakt ist dennoch, dass die Spruchkörper angesichts der im Verhältnis zum allgemeinen Vergaberecht völlig konträren Regelungen des Eisenbahngesetzes vor schwierige Auslegungsprobleme gestellt waren.

Dass eine zu schließende Gesetzeslücke vorliegt, zeigt auch der Wortlaut des § 4 Abs. 3 der Vergabeordnung. Offensichtlich ging auch die Bundesregierung bei Einführung dieser Vorschrift von einer Ausschreibungspflicht für SPNV-Leistungen aus. Wettbewerbspolitisch und im Sinne der Bahnkunden ist nach Auffassung meiner Fraktion dieser Schritt längst überfällig. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Bevor Herr Abgeordneter Homeyer für die Koalition spricht, möchte ich die zweite Welle der Schüler aus Doberlug-Kirchhain begrüßen. Herzlich willkommen zu unserer heutigen Plenarsitzung!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Homeyer, Sie haben das Wort.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Offensichtlich nimmt die antragstellende Fraktion einen Beschluss des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 2. Sep-

tember 2003 zum Anlass, eine Bundesratsinitiative zu fordern - eine Bundesratsinitiative zu einer Thematik, die nicht in unserem originären Zuständigkeitsbereich liegt, höchst umstritten ist und bereits einer Lösung zugeführt wird.

In Beantwortung einer Dringlichen Anfrage erläuterte Verkehrsminister Szymanski gestern den aktuellen Verfahrensstand. Hiernach wird angestrebt, die derzeit umstrittene Rechtssituation innerhalb der nächsten sechs Wochen einer Klärung zuzuführen. Diese Auskunft hätte Sie eigentlich dazu veranlassen müssen, Ihren Antrag zurückzuziehen, meine Damen und Herren von der DVU-Fraktion. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, dies nicht zu tun. Wir jedoch sehen angesichts der aktuellen Situation keinen Grund für eine solche Bundesratsinitiative.

Wir lehnen deshalb Ihren Antrag, weil - wie üblich - überflüssig, ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit erhält Frau Tack, die für die PDS-Fraktion spricht, das Wort.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die PDS-Fraktion stimmt diesem Antrag nicht zu. Ich ergreife dennoch das Wort. Hintergrund sind die gestrige Beantwortung meiner Dringlichen Anfrage durch den Verkehrsminister sowie die Tatsache, dass die PDS-Fraktion von Beginn an eines deutlich gemacht hat: Der Bahnvertrag ist nicht transparent ausgehandelt, ermöglicht zu wenig Wettbewerb und ist unter anderem deshalb zu teuer. Dem Monopol Deutsche Bahn AG kommt ohne jede Not zu viel Geld zugute.

Nachdem das Oberlandesgericht Brandenburg aufgrund der Klage von Connex sein Urteil gesprochen hatte, war allen klar, dass die Ausschreibung gesetzlich geregelt werden muss. Im EU-Recht ist es gesetzlich geregelt. Die Landesregierung wäre gut beraten gewesen, EU-Recht konsequent anzuwenden und den Bahnvertrag entsprechend auszuhandeln, um Wettbewerb zu ermöglichen und Landesmittel einzusparen.

Der Verkehrsminister sagte gestern, er sehe keine Notwendigkeit, Konsequenzen aus der Kritik der EU-Kommission zu ziehen, die eine Korrektur des gemeinschaftswidrig abgeschlossenen Verkehrsvertrages des Landes Brandenburg mit der DB Regio anmahnt. Es sind noch vier Wochen Zeit. Innerhalb dieser Frist werden die unterschiedlichen Positionen von Land und EU deutlich werden.

Wir haben uns gestern über die Finanzierung der Schülerbeförderung und die Wiederherstellung des alten Zustandes gestritten. Es ging um die Frage, ob das Geld für die Zuschüsse zur Schülerbeförderung wieder in den Landeshaushalt bzw. in das GVG eingestellt werden soll. Da kann man nur sagen: Ein besser ausgehandelter Verkehrsvertrag bringt ohne jede Mühe 30 Millionen bzw. 60 Millionen Euro pro Jahr, um hier Schülerbeförderungszuschüsse zu finanzieren,

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

wenn nämlich das Land Brandenburg wie NRW oder Schleswig-Holstein nicht 8,70 Euro pro Zugkilometer zahlt, sondern eben 7,70 Euro oder 6,70 Euro, wie diese anderen Länder es tun, oder sogar noch darunter bleibt. Deshalb hier noch einmal die Aufforderung an die Landesregierung, sehr kritisch mit sich ins Gericht zu gehen und eine Neuverhandlung des Bahnvertrages vorzusehen. Dann haben wir ohne Not das Geld für die Schülerbeförderung wieder rein und das Land kann seine Landesaufgabe zur Schülerbeförderung wahrnehmen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit sind wir wieder bei der DVU-Fraktion. Frau Hesselbarth, Ihr zweiter Beitrag.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Tack, eigentlich wollen Sie unseren Antrag ablehnen, aber eigentlich stimmen Sie ihm auch zu. Herr Homeyer, Ihre Ausführungen lassen meines Erachtens viel Spielraum für Phantasie und Mutmaßungen darüber, warum sich die Landesregierung nachhaltig an den Tropf der DB Regio AG hängen lässt.

Dass wir mit unserem Antrag direkt ins Wespennest gestoßen haben, zeigt, dass sich auch Brüssel mit der Klage der Firma Connex dieser Sache angenommen hat und die Landesregierung - unabhängig davon, ob Sie heute unserem Antrag zustimmen oder nicht - jetzt richtig Ärger bekommen wird. Sie werden noch an uns denken, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, wenn Ihr Vertrag mit der DB Regio für nichtig erklärt wird. Dann wird Ihnen, denke ich, die Ignoranz vergehen.

Tatsache ist jedenfalls: Die bisher praktizierte Vergabe von Teilnetzen an Konkurrenzunternehmen, die sich in den Angeboten von Connex zum Beispiel in Bezug auf die Verbindungen Gera - Berlin - Rostock und Zittau - Cottbus - Usedom widerspiegeln, verläuft sehr halbherzig. Diese halbherzige Marktöffnung entspricht nicht der allgemeinen Entwicklung in allen Leistungsbereichen des Eisenbahnverkehrs hin zum freien Wettbewerb. Dass das Land bereits im ersten Jahr der Regionalisierung die Ausschreibung von Teilnetzen auf den Weg gebracht hat und weitere Wettbewerbsvorgaben folgten, zum Beispiel die Vergabe von vier ostbrandenburgischen Regionalbahnstrecken an die Ostdeutsche Eisenbahn GmbH ab Dezember dieses Jahres, haben wir überhaupt nicht in Abrede gestellt.

Tatsache ist allerdings, dass die Landesregierung einerseits ihre angebliche Unterstützung für die Entwicklung von Wettbewerb auf der Schiene wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt - wie auch gestern in der Fragestunde geschehen -; andererseits aber kommentieren Sie das infrage stehende Urteil mit Genugtuung mit der floskelhaften Begründung, dass der Wettbewerb auf der Schiene im SPNV-Bereich nur schrittweise eingeführt werden soll. Deswegen wurden im Verkehrsvertrag mit der DB Regio mehr oder weniger geringfügige Abbestellquoten für den Wettbewerb aufgenommen mit dem angeblichen Ziel, langfristig etwa knapp die Hälfte der Leistungen im Regionalverkehr zur Ausschreibung zu führen.

Das alles nenne ich deswegen halbherzig, weil dadurch an der marktbeherrschenden Stellung der Deutschen Bahn AG und ihrer Tochtergesellschaften und letztlich damit auch an den bestehenden Wettbewerbsverzerrungen nicht groß gerüttelt werden soll. Dass im Land Brandenburg bis 2012 die Vergabe aller Regionalverkehrsleistungen im Wettbewerb erreicht werden soll, ist angesichts der bestehenden gegenseitigen Abhängigkeit zwischen der Landesregierung und dem Eisenbahnriesen nach Auffassung meiner Fraktion reines Wunschdenken.

Deshalb und nur deshalb muss eine bundesgesetzliche Klarstellung erfolgen, und zwar in dem Sinne, dass hier niemand aus dem allgemeinen Vergaberecht und damit von den bestehenden Wettbewerbsbeschränkungsverboten ausgenommen und besonders privilegiert werden darf. Nur nach obligatorischen Ausschreibungen lassen sich auch im SPNV-Bereich Transparenz und diskriminierungsfreier Wettbewerb zwischen mehreren Bietern herstellen und der „böse Schein“ von Mausechelen im Vergabeverfahren vermeiden. Nur durch Herstellung von fairen Bedingungen des freien Wettbewerbs lassen sich schließlich starre Preispolitik und einseitige, nicht verbrauchergerechte Angebotspolitik zulasten der SPNV-Nutzer wirksam vermeiden. Nur das kann Ziel einer sachgerechten Politik im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Das sind zugleich auch die zwingenden Voraussetzungen für die notwendigen strukturpolitischen Synergieeffekte mit der Konsequenz einer strukturpolitischen Dynamik. Deshalb lassen wir als DVU-Fraktion die eben gehörten Ausflüchte nicht gelten und bleiben bei unserem Antrag. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der DVU beantragt die Überweisung ihres Antrags, Drucksache 3/7086, an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Wer diesem Überweisungsansinnen folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache zustimmt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auch in der Sache abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Bundesratsinitiative zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/7087

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der antragstellenden Fraktion. Bitte, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir brauchen eine Steuerreform, und zwar eine, die die Bezeichnung Reform auch verdient. Was die rot-grüne Bundesregierung derzeit fabriziert, ist keine Reform, wenn man unter Reform Verbesserung versteht, sondern sogar ein steuerpolitischer Rückschritt. Die Tendenz, in der Steuergesetzgebung geistige Windstille durch blinden Aktionismus zu ersetzen, hat sich unter der Regierung Schröder in dramatischer Weise fortgesetzt. Hinzu treten handwerkliche Fehler bei der Umsetzung der politischen Vorgaben des Gesetzgebers und bei der Formulierung der Gesetzesnormen. Sie sind kombiniert mit fragwürdigen gesetzlichen Ansinnen ohne ausdrückliche Rücksprache mit Praktikern des angewandten Steuerrechts.

Als Ergebnis bleibt festzustellen, dass trotz aller Lippenbekenntnisse der politisch Verantwortlichen der Steuerpflichtige stetig hoffnungsloser und verzweifelter dort gelassen wird, wo er sich seit Jahrzehnten in dieser Republik befindet, nämlich im undurchdringlichen Steuerschunegel. Es wird höchste Zeit, diesem Zustand durch den mit unserem Antrag vorgeschlagenen Weg ein Ende zu bereiten. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann aus ihrer derzeitigen Talsohle herauskommen, wenn es gelingt, sowohl Unternehmen als auch die privaten Haushalte fiskalisch deutlich zu entlasten und deren Liquidität und Kaufkraft zu stärken. Dazu ist eine deutliche Steuersenkung insbesondere im Bereich des Einkommensteuerrechts nötig.

Dies hat inzwischen auch die Bundesregierung erkannt. Doch die von allen Fachleuten geforderte Vereinfachung des Steuerrechts durch Beseitigung von Ausnahmetatbeständen und Subventionen mit veraltetem Steuerhintergrund lässt sich nicht mit einem kühnen Wurf bewerkstelligen. Transparenz ergibt sich nicht nur durch Streichung und Ausdünnung bisheriger Subventionen und Ausnahmeregelungen, sondern auch durch die Beseitigung von strukturellen Erhebungsdefiziten, hier insbesondere im Bereich der Kapitaleinkünfte sowie der privaten Veräußerungsgewinne von Wertpapieren und Immobilien.

Diese Maßnahmen führen durch die Beseitigung lückenhafter Besteuerung über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu größerer Steuergerechtigkeit. Ist es schließlich gelungen, die Bemessungsgrundlage zu verbreitern, so ist es erforderlich und auch gerecht, die Steuersätze auf breiter Front zu senken, wie in unserem Antrag vorgeschlagen, um das Prinzip nachhaltiger Besteuerungspolitik auch im Hinblick auf angemessene Ressourcenschonung umzusetzen.

Im Gegensatz zum steuerpolitischen Flickwerk der Schröder-Regierung haben wir mit unserem Antrag auch eindeutige Deckungsmöglichkeiten in Form der Abschaffung überholter oder einfach nicht mehr bezahlbarer steuerlicher Subventionstatbestände vorgelegt. Unser Vorschlag zur Neugestaltung des Einkommensteuertarifs deckt sich im Übrigen zum Teil mit dem Steuerkonzept Ihres Parteifreundes Friedrich Merz, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

Zur Erläuterung der einzelnen Paragraphen unseres Einkommensteuerkonzepts komme ich noch im zweiten Teil meiner Rede. Ich hoffe, Herr Klein, Sie haben zumindest diesmal unseren Antrag ausnahmsweise einmal gelesen oder, was ich kaum glaube, sogar durch Ihren Referenten prüfen lassen; denn die neuerliche Behauptung, auch dieser Antrag sei deckungs-

gleich mit bereits gestellten Anträgen, wäre für Sie und Ihre Gesinnungsgenossen noch zu peinlich.

(Oh! bei der SPD)

Also verschonen Sie uns damit! Dasselbe gilt für Frau Osten.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Koalition. Für sie spricht der Abgeordnete Klein.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte in diesem Landtag lebt immer davon, dass versucht wird, hier etwas Neues zu verkünden. Das sollte man in den Sätzen, die man gebraucht, dann auch tun. Ich habe immer versucht, mich diesem Anspruch zu stellen. Auch beim gestrigen Antrag der DVU bin ich von dem, jedenfalls von Sätzen, die ich bisher gebraucht habe, abgewichen. Angesichts des heutigen Antrags, den Sie wieder stellen, fällt es mir allerdings schwer, hier etwas Neues zu erfinden und damit die Debatte zu beleben, wie es ursprünglich meine Absicht war.

Der langen Rede kurzer Sinn: Der Antrag wird, auch wenn Sie ihn drei-, viermal oder öfter wiederholen, nicht besser. Verschonen Sie uns bitte mit solchen Anträgen! Es ist eben wirklich schwierig - da ist dann auch ein bisschen meine Eitelkeit gefordert -, wenn man hier etwas Neues verkünden möchte, aber immer zu ollen Kamellen reden muss. Das macht keinen Spaß. Damit beende ich meine kurzen Ausführungen und sage: Wir lehnen Ihren Antrag selbstverständlich ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion, für die Frau Osten sprechen wird.

Frau Osten (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich bin ich für Beharrlichkeit, und dafür steht die PDS-Fraktion auch in diesem Parlament.

(Klein [SPD]: Das ist aber Penetranz!)

Trotzdem muss ich sagen: Werte Mitglieder der DVU-Fraktion, verschonen Sie uns mit diesem Quatsch! Sie müssen es uns nicht noch einmal erklären. Sie haben es schon drei- oder viermal gemacht. Es geht hier nicht um ein Steuerkonzept, sondern es geht um die Änderung eines einzigen Gesetzes, und das ist noch kein Konzept.

Außerdem widersprechen Sie sich permanent. Sie reden hier von Transparenz und Vereinfachung, stellen Herrn Merz womöglich noch als Experten dar, widersprechen ihm aber im Prinzip

(von Arnim [CDU]: Na, na!)

und dann reden Sie von größerer Steuergerechtigkeit. Dieser Antrag hat damit überhaupt nichts zu tun. Wenn Sie meinen, wir verstünden das nicht, dann sollten erst einmal Sie sich mit der Materie beschäftigen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit erhält Frau Hesselbarth ein zweites Mal das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bürger und Unternehmen müssen steuerlich entlastet werden. Das ist inzwischen politisches Allgemeingut, wenn es auch in diesem Hause nicht so zu sein scheint. Aber es ist so. Doch der Genosse der Bosse in Gestalt von Gerhard Schröder hat im Rahmen der Steuergesetzgebung seiner Regierung den Schwerpunkt ganz im Zeichen der Globalisierung zu sehr auf international operierende Konzerne und Kapitalgesellschaften gesetzt. Er hat dabei offensichtlich vergessen, dass das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft nach wie vor der Mittelstand ist, der in Brandenburg laut Statistik nicht weniger als 97 % aller Betriebe stellt.

Dabei ist eine Erhöhung der Liquidität der kleinen und mittelständischen Betriebe unseres Landes ebenso wie der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger das Gebot der Stunde, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Dazu bietet sich das von unserer Fraktion vorgeschlagene Staffelformelmodell beim Steuertarif geradezu an. Nach unserer Meinung ist ein Staffeltarif wie in § 11 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz wesentlich einfacher und darüber hinaus gerechter.

Eine Zusammenveranlagung von Ehegatten soll zur Umsetzung des Schutzgebotes für Ehe und Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes gemäß dem Halbtarifverfahren erfolgen. Jeder Ehegatte erhält dabei einen Freibetrag von 10 000 Euro. Daneben sollen pro Kind ein zusätzlicher Freibetrag von 4 800 Euro gewährt werden - im Gegensatz zu 1 824 Euro nach geltendem Recht - sowie ein Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsfreibetrag von 1 500 Euro gegenüber derzeit 1 080 Euro, falls kein Anspruch auf Kindergeld besteht.

Schließlich soll eine deutliche Spreizung der Einkommensdifferenz zwischen Geltung des Eingangssteuersatzes und den zu versteuernden Einkommen erfolgen, ab dem der maximale bzw. Grenzsteuersatz von 36 % anzuwenden ist.

Ein Beispiel, damit auch Sie, Herr Klein, und Sie, Frau Osten, es verstehen: Weist ein Steuerpflichtiger ein zu versteuerndes Einkommen von 72 356 Euro auf, so zahlt er als Verheirateter derzeit laut Splittingtabelle 17 304 Euro Einkommensteuer. Der Durchschnittssteuersatz beträgt 23,92 %. Bei Einführung des von uns vorgeschlagenen Tarifmodells zahlt der gleiche Steuerpflichtige gerade noch 14 965 Euro bei einem Durchschnittssteuersatz von 20,68 %. Sie können das gern auf Ihrem Taschenrechner nachrechnen, Herr Klein.

Dass die von uns vorgeschlagene deutliche steuerliche Entlastung durch Kürzung von Subventionstatbeständen kompensiert werden muss, um eine entsprechende Deckung zu erreichen, versteht sich von selbst. Daher planen wir, insbesondere

den Katalog der steuerfreien Einnahmen nach § 3 des Einkommensteuergesetzes mit derzeit nicht weniger als 69 Ziffern steuerpolitisch zu entrümpeln, insbesondere hinsichtlich von Tatbeständen, die sich auf Gesetze beziehen, die sich längst erledigt haben oder bei denen anzunehmen ist, dass ohnehin keine Anträge mehr gestellt werden. Für Altfälle bzw. auch noch für eventuell bis zum 31.12.2004 gestellte Anträge soll selbstverständlich weiterhin die Steuerfreiheit der Leistung gelten.

§ 3 Nr. 15 Einkommensteuergesetz hat sich durch die von uns geplante Anhebung des Kinderfreibetrages erledigt, ebenso wie § 3 Nr. 49 aufzuheben ist, wenn gleichzeitig das so genannte Realsplitting nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 entfallen soll.

Andere Leistungen wie Dotationen aus Mitteln des Bundespräsidenten, Ehrensold für Künstler oder die Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind nach unserer Ansicht als Subventionen für einzelne Personen oder Gruppen in Zukunft ebenso wenig bezahlbar wie die steuerliche Abzugsfähigkeit von Geschenken oder Bewirtungskosten als Betriebsausgaben.

Schließlich soll nach unserer Ansicht auch ein Großteil der bisher als Sonderausgaben abziehbaren Tatbestände nach § 10 Abs. 1 Einkommensteuergesetz entfallen. Die Abzugsfähigkeit von Parteispenden nach § 10 b soll im Sinne der Steuergerechtigkeit ebenso gestrichen werden wie die Möglichkeit der steuerfreien Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften, die es bei der Veräußerung von Anteilen an Personengesellschaften bekanntlich auch nicht gibt.

Schließlich sollten Gewinne aus Spekulationsgeschäften nach § 23 des Einkommensteuergesetzes, die den Freibetrag übersteigen, voll steuerpflichtig sein.

Die von uns vorgeschlagenen Änderungen werden durch eine echte Entlastung der Haushalte sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland und insbesondere in Brandenburg die Kaufkraft erhöhen, die Liquidität der Betriebe verbessern und damit die Wirtschaft ankurbeln. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Die DVU-Fraktion beantragt die Überweisung ihres Antrages - Drucksache 3/7087 - an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer diesem Überweisungsansinnen folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er auch in der Sache mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Bundratsinitiative zur Einführung einer Öffnungsklausel für die Arbeitnehmer-Freizügigkeit

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/7093

Außerdem liegt dazu der Entschließungsantrag der Fraktion der DVU, Drucksache 3/7104, vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Bitte, Herr Abgeordneter Thiel.

Thiel (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das so genannte flexible Modell der EU-Kommission aus dem Jahre 2001 hat zur Folge, dass Deutschland die Arbeitnehmerfreizügigkeit für osteuropäische Arbeitskräfte sieben Jahre lang nicht gewährt, während andere EU-Mitgliedstaaten diese nur für höchstens zwei Jahre ausschließen. Hinzu kommt, dass bereits mit der Agenda 2000 deutlich wurde, dass die EU völlig unzureichende Mittel bereitstellt, um einen umwelt- und sozialverträglichen Strukturwandel in den osteuropäischen Beitrittsländern zu befördern. Die einfache Übernahme des geltenden Gemeinschaftsrechts in die Agrar-, Wirtschafts-, Haushalts- und Wettbewerbspolitik hat deshalb in den Beitrittsländern einen Strukturwandel forciert, der mit massiven Arbeitsplatzverlusten in der Landwirtschaft, im Bereich Kohle, Stahl oder auch bei den Werften verbunden ist. Mit den negativen Folgen dieses Anpassungsprozesses sollen die Osteuropäer jedoch allein fertig werden.

Wir haben in der Vergangenheit in Kenntnis dieser Problematik auch über unsere EU-Abgeordneten rechtzeitig für den notwendigen Kurswechsel in der Erweiterungsstrategie plädiert. Danach sollte die EU ihren Haushalt mit dem Ziel erhöhen, solche Aufbaumaßnahmen auch in den östlichen Beitrittsstaaten zu ermöglichen, die insbesondere zum Neuaufbau von Arbeitsplätzen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung führen, um dort qualifizierte und vor allem junge Arbeitskräfte zu halten. Des Weiteren sollte die Umsetzung der sozialpolitischen Rahmenvereinbarungen in stärkerem Maße als bisher in den Mittelpunkt gerückt werden. Nur so lässt sich verhindern, dass die Osterweiterung zu einem umfassenden Sozialdumping führt, welches dann auch für die alten Mitgliedstaaten fatale Konsequenzen hätte und den noch vorhandenen Ängsten und Befürchtungen praktisch neue Nahrung gäbe.

Der derzeit geführte würdelose Streit um den künftigen EU-Haushalt - dieser Streit war bereits gestern Gegenstand der Diskussion hier -, in dem Deutschland eine höchst unrühmliche Rolle spielt, kann nur Kopfschütteln erzeugen, wenn man dabei die eigentlich Zielstellung europäischer Integration vor Augen hat.

Die strukturschwachen ostdeutschen Bundesländer sind zweifelsohne wegen ausgebliebener wirtschaftlicher Erfolge bisheriger sowohl schwarz-gelber als auch rosa-grüner Vereinigungspolitik von der EU-Osterweiterung in besonderem Maße betroffen. Bestehende Ängste muss man deshalb sehr ernst nehmen, ohne sie politisch zu missbrauchen, wie es zum Beispiel mit dem vorliegenden Entschließungsantrag der DVU-

Fraktion, dessen Zielrichtung offensichtlich ist, praktiziert wird. Bestehende Ängste muss man also ernst nehmen und man kann auch etwas dagegen tun.

Handlungsbedarf für Politik bestand schon seit langem. Der Druck auf die Grenzregionen wird sich speziell in den ostdeutschen Ländern in Form hoher Massenarbeitslosigkeit weiter verstärken, da sehr differenzierte Lebenshaltungskosten, ein starkes Lohngefälle sowie unterschiedliche soziale Standards und Abgaben in den beiderseitigen Grenzregionen bestehen. Längst nötig waren zum Beispiel integrative operationelle Programme der Struktur- und Regionalförderung in den betroffenen Gebieten. Für die kleinen und mittleren Unternehmen bedurfte es längst spezieller betrieblicher Anpassungshilfen unter anderem durch die Lockerung beihilferechtlicher Regelungen. Auf der Ebene der Mitgliedsstaaten hätte die Bundesregierung des Weiteren längst Sonderabschreibungen bei Investitionen einführen oder bundesweit die Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen absenken müssen, damit kleine und mittlere Betriebe in den Grenzregionen mit billigeren Konkurrenten besser mithalten können.

Nach wie vor gibt es im Übrigen eine hohe Verantwortung der Bundes-, aber auch der Landesregierung, zum Beispiel den interkulturellen Austausch viel stärker zu fördern als bisher.

Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist eine der wichtigsten Grundfreiheiten, denen sich die EU seit Jahrzehnten verpflichtet hat. Auch auf dem Gipfeltreffen in Nizza im Jahre 2001 haben die EU-Staats- und -Regierungschefs mit der feierlichen Proklamation der Grundrechtecharta der Europäischen Union auch das in Artikel 15 Abs. 2 der Charta fixierte individuelle Freiheitsrecht jeder Unionsbürgerin und jedes Unionsbürgers anerkannt, „in jedem Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen“. Bemerkenswert ist, dass der deutsche Erweiterungskommissar Verheugen damals für Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit plädierte, obwohl seiner Meinung nach „ernsthafte Störungen des Arbeitsmarkts durch Zuwanderung nach einer Erweiterung der EU eher unwahrscheinlich sind“.

Letzteres war auch das Fazit der meisten bisherigen Studien zur Zuwanderung im Rahmen der Osterweiterung. Auch die neueste Studie aus Brüssel, die in der vorigen Woche veröffentlicht worden ist, ist mit begründeten Ergebnissen Befürchtungen entgegengetreten, dass nach der EU-Erweiterung ein Massenansturm von Arbeitsuchenden aus den neuen Mitgliedsstaaten drohe. Demnach kann Deutschland mit einer Zuwanderung von jährlich rund 220 000 Personen aus den zehn osteuropäischen Beitrittsstaaten rechnen, die jedoch im Verlaufe von 15 Jahren schrittweise deutlich abnehmen wird, zum Beispiel im Jahre 2005 auf 162 000 oder im Jahre 2010 auf ganze 95 000. Nur 35 % der Zuwanderer, so die Experten, werden Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sein. Alle ernst zu nehmenden Fachleute meinen zudem unisono völlig zu Recht, dass mit jahrelangen Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit kein einziges soziales oder ökonomisches Problem gelöst, sondern im Grunde genommen nur vertagt wird.

Eine ganz aktuelle Studie der UNO kommt gar zu der Schlussfolgerung, dass die EU aufgrund negativer demographischer Entwicklungen zwischen 2005 und 2010 eine jährliche Nettomigration von mindestens 550 000 Arbeitskräften benötigt.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat eine Nettozuwanderung nach Deutschland von jährlich gar 800 000 Personen in dem Zeitraum vom 2020 bis 2040 errechnet, um die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik in etwa konstant zu halten. Mit anderen Worten: Das Zuwanderungspotenzial der bevorstehenden Osterweiterung hält sich durchaus in diesem Rahmen. Für die EU insgesamt und für Deutschland speziell gibt es somit keine triftige Begründung dafür, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen Beitrittsstaaten mit generellen Übergangsfristen zu beschränken.

Veränderungen auf den Arbeitsmärkten in den Grenzregionen durch eine mögliche Zunahme der Zahl der Grenzpendler in einem Einzugsbereich von 150 km - diesen Bereich nehmen Experten an - bilden den einzigen realen Problembereich bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier sind also differenzierte regionale Lösungen gefragt. So können die Bundesländer mit ihren jeweiligen Kooperationspartnern auf der osteuropäischen Seite zum Beispiel im Rahmen einer längst fälligen gemeinsamen Arbeitsstrategie Sicherungsklauseln mit arbeitsmarktpolitischen Schwellenwerten für bestimmte davon betroffene Branchen vereinbaren. Bis zum Erreichen der entsprechenden Schwellenwerte würden Arbeitserlaubnisse automatisch erteilt. Wenn eine Überschreitung in Sicht wäre, müssten die jeweiligen Kooperationspartner in Verhandlungen über die Frage eintreten, wie sie durch gemeinsame Anstrengungen und gegebenenfalls Restriktionen arbeitsmarktpolitische Verwerfungen verhindern können.

Die Sicherungsklauseln sollten von den Ländern zusammen mit ihren Partnern in eigener Regie gehandhabt werden können. Für eine solche differenzierte regionale Lösung wäre eine Übergangsfrist von zwei bis drei Jahren nach dem Beitritt möglich.

Übrigens kennt die osteuropäische Gemeinschaft seit 1968 dieses Instrumentarium von Sicherungsklauseln. In der Praxis brauchten diese Klauseln nie angewendet zu werden.

Leider wurden diese und andere Vorschläge unsererseits von den politisch Verantwortlichen bisher in den Wind geschlagen. Mit unserem heutigen Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zur sofortigen Einführung einer Öffnungsklausel für die Arbeitnehmerfreizügigkeit in das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Einschränkung der Freizügigkeit einzubringen. Wenn die Bürgermeister der Brandenburger Grenzstädte Schwedt, Frankfurt (Oder) und Guben kürzlich mit wichtigen Gründen forderten, über alle Parteigrenzen hinweg mit dem drängenden Thema offensiv umzugehen und zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Polens am 1. Mai dieses Jahres den Arbeitsmarkt für entsprechende polnische Arbeitskräfte branchenbezogen und natürlich unter Ausschluss von Lohndumping zu öffnen, so ist dies für landespolitisches Handeln Ermutigung wie Auftrag zugleich.

Es reicht nicht aus, Herr Minister Junghanns, sich in der Öffentlichkeit zu dieser Problematik positiv zu äußern, aber keinerlei Aktivität zum Beispiel im Kabinett zu entfalten. Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf hat bereits am 29. Januar dieses Jahres im Auftrag des Berliner Senats in den zuständigen Bundesratsausschüssen eine Erklärung zu Protokoll gegeben, nach der das Land Berlin im Gesetz zu den Übergangsfristen eine Öffnungsklausel für die grenznahen Regionen für erwägenswert hält. Wir fordern deshalb unsere Landes-

regierung auf, im Interesse Brandenburgs diese im Berliner Senat vertretene Position aktiv zu unterstützen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Thiel und gebe das Wort der Fraktion der SPD. Bitte, Herr Abgeordneter Lenz.

Lenz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat den Antrag auf eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Öffnungsklausel für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gestellt. Um darauf einzugehen, muss man schon den Begriff der Arbeitnehmerfreizügigkeit definieren. Im EU-Vertrag, der nach dem 1. Mai für alle neuen Mitgliedsländer verbindlich ist, ist in § 39 klar definiert:

„Innerhalb der Gemeinschaft ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet. Sie gibt vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen den Arbeitnehmern das Recht, sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben, sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen, sich in einem Mitgliedsstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben, nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in Durchführungsverordnungen festlegt.“

So weit zu der Begriffsbestimmung Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Waren es nicht gerade die neuen Bundesländer, also wir Brandenburger und die Grenzlandkammern von IHK und Handwerk, die im Vorfeld der EU-Osterweiterung eine Einschränkung dieser Arbeitnehmerfreizügigkeit gefordert haben? Waren Sie, meine Damen und Herren von der PDS, nicht diejenigen, die wie wir in vorübergehenden Einschränkungen auch unsere Forderungen aufgemacht haben? Wollten wir dies nicht, um unseren Arbeitsmarkt und unsere Arbeitnehmer zu schützen? Das Lohnniveau in Polen beträgt derzeit rund ein Viertel der in Deutschland gezahlten Löhne. Nun, da die Bürgermeister einiger Grenzstädte die Aufhebung der Einschränkung fordern, machen Sie, meine Damen und Herren der PDS, sich diese Meinung zu Eigen. Sie fordern hier eine punktuelle Aufhebung der geplanten Einschränkung, die aus Sicht meiner Fraktion nicht machbar ist. Sie können nicht den Arbeitsmarkt für Polen in den Grenzstädten öffnen und die Bürger der anderen sieben neuen Mitgliedsländer, da für Malta und Zypern die Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, weiter ausschließen. Deutschland hat als Mitgliedsland der EU die eingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gefordert, das heißt nicht einzelne Bundesländer, sondern der gesamte Bund. Für den punktuellen und begründeten Ausnahmefall gibt es die derzeitigen Regelungen.

Trotz der eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit haben Bürger aus dem Beitrittsgebiet, so wie es die Bürgermeister der

Grenzstädte fordern, eine Arbeitsmöglichkeit in Deutschland. Für die Zulassung der Staatsangehörigen aus den Beitrittsländern zur Ausübung von Beschäftigung in Deutschland gelten die einschlägigen nationalen Vorschriften und die mit den Beitrittsländern bestehenden bilateralen Vereinbarungen während der Übergangszeit weiterhin.

Nach dem geltenden Arbeitsgenehmigungsrecht bedürfen Staatsangehörige aus den Beitrittsländern in der Übergangszeit deshalb für die Ausübung einer Beschäftigung in Deutschland weiterhin grundsätzlich einer Arbeitsgenehmigung, die vor Aufnahme der Beschäftigung einzuholen ist. Die Notwendigkeit der Einschränkung ist nach zwei und erneut nach drei Jahren zu überprüfen. Zumindest für die beiden ersten Jahre wird Deutschland die Übergangsfrist in Anspruch nehmen. Andere Staaten, zum Beispiel Großbritannien und Dänemark, haben angekündigt, ihre Arbeitsmärkte ab dem 1. Mai zu öffnen und keine Übergangsfristen für die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Anspruch zu nehmen.

Für die Staatsangehörigen aus den Beitrittsländern, die bereits seit mindestens zwölf Monaten bei einem Arbeitgeber in Deutschland beschäftigt sind, sieht der Beitrittsvertrag vor, dass sie ein uneingeschränktes Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Das gilt auch für die Familienangehörigen dieser Arbeitnehmer, die zum Zeitpunkt des Beitritts bei ihnen wohnen oder sich bei einer späteren Einreise mindestens 18 Monate in Deutschland aufhalten. Darüber hinaus sieht der Beitrittsvertrag für die Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern vor, dass Ihnen bei der Neuzulassung zu Beschäftigung in Deutschland Vorrang vor der Zulassung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten zu gewährt ist; die so genannte Gemeinschaftspräferenz.

Im Rahmen bilateraler Absprachen und Vereinbarungen bestehen für einen Teil der Staatsangehörigen aus den Beitrittsländern außerdem Zugangsmöglichkeiten zur Beschäftigung als Saisonkräfte und zur beruflichen Weiterbildung. Studenten aus den Beitrittsländern, die während eines Studiums in Deutschland arbeiten möchten, dürfen einer Beschäftigung bis zu längstens drei Monaten im Jahr nachgehen. Eine Arbeitsgenehmigung ist hierfür nicht erforderlich.

Die Aussetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sollte nach zwei Jahren intensiv geprüft und nicht verlängert werden. Ihrem heutigen Antrag wird meine Fraktion nicht zustimmen. Auch dem Entschließungsantrag der DVU werden wir nicht zustimmen, da das Land und der Bund im Bereich der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen schon einiges tun. Ich nenne hier nur das „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“. Es wäre noch um andere Dinge zu erweitern. Darüber hinaus sollten sich Unternehmen auch auf ihre Verantwortung besinnen und die Qualifikation von benötigten Potenzialen selbst übernehmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Lenz. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner, bitte.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorweg zu

sagen: Wir werden diesen skandalösen PDS-Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei der DVU)

Er ist ein Faustschlag in das Gesicht eines jeden Arbeitslosen, insbesondere des Langzeitarbeitslosen.

Worum geht es? Die PDS-Fraktion fordert allen Ernstes - Karneval ist ja nun vorbei -, den deutschen Arbeitsmarkt ab 1. Mai dieses Jahres für polnische Arbeitnehmer zu öffnen - ohne jede Einschränkung. So steht es in der Antragsbegründung. Geschehen soll das wohl gemerkt bei über 260 000 offiziell registrierten Arbeitslosen hier im Land Brandenburg und bei über vier-einhalb Millionen statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen im gesamten Bundesgebiet. Dann heißt es allen Ernstes in der PDS-Begründung, die Qualifikation unserer deutschen Langzeitarbeitslosen entspreche den Anforderungen der verbliebenen restlichen Betriebe nicht mehr. Werte Genossen der PDS, nehmen Sie in Ihrem sozialistischen Multikulti-Wahn eigentlich die Wirklichkeit noch wahr? Einem normal Begabten sollte so etwas eigentlich nicht passieren.

(Zuruf von der PDS)

Daraus folgere ich: Ihnen geht es wieder einmal um etwas ganz anderes. Sie handeln einmal mehr nach dem alten leninschen Motto „In der Krise liegt die Chance“ bewusst gegen die Interessen unseres Landes. Zu offensichtlich hilft Ihr Antrag allenfalls der PDS-Suppenküchenideologie und Arbeitsuchenden aus Polen, jedoch weder unseren Arbeitslosen in Deutschland noch der in der Tat notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere einheimische Wirtschaft. Für Letzteres müssten Sie sich nämlich nicht von den deutschen Arbeitslosen, sondern von Ihrer sozialistischen Abgabendeologie verabschieden. Die ist nämlich mit ursächlich für die Massenarbeitslosigkeit.

(Unruhe bei der PDS)

Deshalb kann ich nur vorschlagen, werte Genossen der PDS: Geben Sie Ihre deutsche Staatsangehörigkeit ab, nehmen Sie die polnische an und kandidieren Sie dort für das Parlament!

(Zurufe von der PDS)

Für unser Land und unsere Leute wäre das nur segensreich. Es kann mir niemand erzählen, dass sich unter den vielen Arbeitslosen, die wir haben, keiner finden lässt,

(Zurufe von der PDS)

der entweder genügend qualifiziert ist oder den man für die jeweiligen Einsatzgebiete qualifizieren kann. Das gilt für alle Branchen und alle Berufsgruppen.

Zugegeben, polnische Arbeitskräfte sind zurzeit noch wesentlich billiger als deutsche und bei vielen Unternehmen werden auch finanzielle Überlegungen eine Rolle spielen. Aber das ist Folge der quasi-sozialistischen Abgabenbürokratie hier in unserem Land. Daran sind nicht die deutschen Arbeitslosen schuld, diese sind nur Opfer dieser Entwicklung. Es mag durchaus sein, dass in einigen Branchen Fachkräfte gesucht werden. Dann aber ist es die verdammte Pflicht dieses Staates,

dafür zu sorgen, dass seine eigenen Staatsbürger qualifiziert genug sind, um wieder in Lohn und Brot zu kommen.

(Beifall bei der DVU)

Wenn es nach der PDS geht, werden diese Menschen von polnischen Arbeitnehmern ersetzt. Aber nicht mit uns, meine Damen und Herren der PDS! Wir haben deshalb einen Entschließungsantrag verfasst, der die Landesregierung auffordert, alles dafür zu tun, vorrangig unsere deutschen Langzeitarbeitslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen. Erst dann, wenn alle Deutschen, die arbeiten wollen und auch können, einen Arbeitsplatz gefunden haben, sollte es Bürgern anderer Staaten gestattet werden, hier zu arbeiten. Das ist von jeher das Prinzip unserer DVU-Fraktion und dabei soll es auch bleiben.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner. - Das Wort erhält die Fraktion der CDU. Bitte, Frau Abgeordnete Schulz.

Frau Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder schwierig, nach einem solchen Beitrag überhaupt noch einen sachlichen Redebeitrag abzuliefern.

(Beifall bei SPD und PDS)

Der Kollege Lenz hat hier schon die ausgehandelten Bedingungen des EU-Beitritts Polens zum 1. Mai vorgetragen, auch bezüglich der konkreten Punkte zur Arbeitnehmerfreizügigkeit bzw. deren Einschränkung in den bekannten Zeiträumen, nämlich nach dem Prinzip „zwei plus drei plus zwei“, was heißt, dass wir die Erfahrungen, die wir mit den bestehenden Bedingungen gemacht haben, nach zwei Jahren intensiv prüfen. Da dies schon vorgetragen wurde, brauche ich auf diese Bedingungen nicht mehr im Einzelnen einzugehen, sondern mache dazu nur noch einige Bemerkungen.

Erstens muss ich meinem Erstaunen über diesen Antrag ausgerechnet von der PDS Ausdruck verleihen, und zwar gerade angesichts der heute bekannt gegebenen Arbeitsmarktzahlen. Die Brandenburger Erwerbslosenquote ist von 19,4 % auf 19,9 % gestiegen; 40,2 % der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose. Guben hat übrigens nicht, wie es in Ihrem Antrag steht, 20 %, sondern exakt 25 % Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Das sind deutliche Zahlen.

Zweitens: Es war das Interesse des Landes und das Interesse insbesondere der Regionen, die die Einschränkungen vehement gefordert haben, um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Zahlen, die ich gerade vorgetragen habe, zu verhindern.

Drittens: Den durchaus unterschiedlichen Interessen der Wirtschaft kann nach den heute gegebenen Regelungen, wie ich gebe, in eingeschränktem Rahmen durchaus bereits Rechnung getragen werden. Herr Lenz hat auch dazu einiges vorgetragen. Dabei besteht allerdings die Notwendigkeit - dafür möchte ich vehement plädieren -, dass durch die entsprechenden Institutionen im Interesse der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen

unbürokratisch und schnell gehandelt wird. Die Entscheidungsfreude der Bundesagentur für Arbeit möchte ich an dieser Stelle eher kritisch bewerten, wenn ich aus meinen Erfahrungen in der Region schöpfen darf.

Viertens glaube ich, dass Ihr Antrag in der Region sehr wenig Akzeptanz finden wird und dass er auch sehr wenig vermittelbar ist, auch eingedenk dessen, dass es eine sehr schwierige Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen insgesamt gegeben hat.

Fünftens: Nach den mir vorliegenden Informationen sind die Aussagen und Forderungen der Bürgermeister durch diesen Antrag nicht gedeckt, insbesondere nicht durch den ersten Satz der Begründung in Ihrem Antrag, in dem Sie schreiben:

„Brandenburger Grenzstädte wünschen sich ab 1. Mai volle Freizügigkeit für polnische Arbeitskräfte.“

Das dürfte so nicht zutreffend sein, jedenfalls nach den Rücksprachen, die ich geführt habe.

Meine letzte Bemerkung zum Entschließungsantrag der DVU: Meine sehr verehrten Damen und Herren von der DVU, wie lange sind Sie jetzt im Landtag? Im fünften Jahr. Wir reden nicht erst seit fünf Jahren - wir als CDU sowieso schon viel länger - über die Qualifizierung von Arbeitskräften, insbesondere der Langzeitarbeitslosen. Es gibt dazu Programme. Es gab Evaluierungen, es gab Berichte im Ausschuss. Ich weiß also nicht, ob Sie an dieser Stelle fünf Jahre lang geschlafen haben und nicht mitbekommen haben, dass wir gerade in den letzten fünf Jahren in gemeinsamer Anstrengung in der Koalition intensiv versucht haben, auf diesem Wege voranzukommen, um die Langzeitarbeitslosigkeit gemeinsam zu bekämpfen. Ich muss sagen: Das enttäuscht mich doch recht heftig.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Schulz (CDU):

Ja, natürlich.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Frau Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Frau Schulz, ist Ihnen bekannt, dass die Gelder für die Weiterbildung auch von der Bundesanstalt für Arbeit seit Jahren kontinuierlich gekürzt werden?

Frau Schulz (CDU):

Verehrte Frau Kollegin, es liegt nicht unbedingt an der Menge des Geldes. Dabei möchte ich Ihnen zugute halten, dass Sie in der Tat erst im fünften Jahr im Landtag sind. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel Geld für die Weiterbildung ausgegeben. Wir haben aber im Ergebnis nicht die Erfolge erzielt, die wir erzielen wollten. Von daher bemühen wir uns jetzt, viel zielgerichteter auf die Unternehmen, auf die Arbeitsplätze, auf die Bedingungen zugeschnittene Weiterbildung und Qualifizie-

zung anzubieten. Ich glaube, das ist ein sehr vernünftiger Weg. Im Übrigen dürften Sie die Situation des Landeshaushalts sehr gut bewerten können, wenn Sie denn in den letzten fünf Jahren hier im Landtag waren, und das waren Sie ja. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Schulz. - Das Wort erhält jetzt die Landesregierung.

Während Herr Minister Baaske zum Rednerpult geht, begrüße ich junge Besucher im Landtag. Es ist sozusagen die dritte Welle der Schüler aus Doberlug-Kirchhain. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Minister.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind zwei Anträge, einer von links und einer von rechts, aufeinander geprallt. Ich möchte darstellen, wie ich die Situation vor allem in den Grenzregionen wahrnehme und wie das auch politisch zurzeit einzuordnen ist.

Es gibt großen Streit über das Zuwanderungsgesetz. Im Vermittlungsausschuss, der in kleinen Gruppen tagt, wird insbesondere zwischen Rot und Schwarz versucht, das zu organisieren, was an Zuwanderung in diese Republik möglich ist. Zweifelsohne ist inzwischen in weiten politischen Kreisen die Erkenntnis gereift, dass wir in Deutschland, gerade auch in Ostdeutschland, ein enormes Fachkräfteproblem bekommen werden und ein solches Problem in einigen Branchen jetzt schon haben. Ich war in der vorigen Woche in der Lausitz und konnte mich davon überzeugen, dass dieses Problem offensichtlich bereits jetzt grassiert.

Insofern ist inzwischen wohl jedem klar, dass wir einen Kompromiss für eine geordnete Zuwanderung brauchen, nämlich für die Organisation der Zuwanderung von Mitarbeitern und Fachkräften, die wir brauchen, die aus Polen nach Deutschland kommen sollen oder sollten. Inhaltlich hat sich Deutschland insgesamt ebenso wie Brandenburg als Grenzland für eine Übergangsregelung stark gemacht. Wir haben gesagt: Wir brauchen diese zwei Jahre dringend. Insbesondere wenn man sich die Baubranche in Brandenburg oder überhaupt im Osten anschaut, wird deutlich, dass wir hier sehr genau auf die Zuwanderung achten und aufpassen müssen, dass wir nicht eine Konkurrenz mit Dumpinglöhnen schaffen, die dann auch andere Branchen kaputtmacht.

Die Hoffnung auf zusätzliche Investitionen, die Sie und vielleicht auch die Bürgermeister der Grenzstädte haben, kann sich letztlich nur darauf gründen, dass man annimmt, dass polnische Facharbeiter herüberkämen und für weniger Geld arbeiten würden, als wir Deutschen zahlen. Fachkräfte, die gebraucht werden, können auch heute schon kommen. Oftmals sagt man noch, man dürfe niemanden aus Polen herholen. Wenn die Ar-

beitsämter sagen, dass die betreffende Fachkraft auf dem Markt hier nicht vorhanden ist, kann der polnische Facharbeiter sehr wohl hierher kommen und hier arbeiten. Das Argument, die Fachkräfteproblematik führe dazu, dass wir das so haben wollen, dass wir das zwei Jahre oder gar sieben Jahre aussetzen wollen, kann schlichtweg nicht verfangen.

Was passiert aber, wenn wir denn doch öffnen? Zum einen werden wir eine Konkurrenz erzeugen für unsere eigenen Unternehmen, die jetzt hier am Markt sind, ganz einfach dadurch, dass sich ein Unternehmen daneben stellt und mit geringeren Lohnkosten dagegenhalten kann, also eine Konkurrenzsituation erzeugt, die unsere Leute hier nicht ertragen können. Ganz davon abgesehen: Wer sagt denn, dass dann unbedingt auf dieser Seite der Oder und nicht auf der anderen Seite der Oder investiert wird? Denn dort hätte man geringere Grundstückspreise und geringere Lohnkosten dazu.

Wir hätten in unseren Unternehmen natürlich auch erheblich mit Verdrängung zu kämpfen. Wir müssen sehen, dass der ostdeutsche Arbeitgeber an dieser Stelle sagt: Wenn ich hier einen polnischen Beschäftigten mit gleicher Qualifikation bekomme, der für die Hälfte des Lohnes, den ich meinem deutschen Arbeitnehmer zahle, arbeitet, dann hole ich mir eben den polnischen Facharbeiter und entlasse den deutschen. Das ist normales kaufmännisches Handeln, welches ich diesem Arbeitgeber unterstellen darf und auch sollte. Also muss ich dem etwas entgegenhalten und aufpassen, dass es keine Verdrängung durch Lohndumping gibt.

Wohin soll das führen? Irgendwann werden die polnischen Arbeiter hier sein und hier für wenig Geld arbeiten. Das kann durchaus sein, es sei denn, man kann sich tatsächlich deutschlandweit auf einen Mindestlohn verständigen, wodurch dieses Problem unterdrückt werden könnte. - Nach Polen würden Arbeiter aus der Ukraine oder Weißrussland kommen und so würde sich eine Spirale in Gang setzen, was wir schlichtweg nicht ertragen könnten.

Was wir in Deutschland brauchen, sind Fachkräfte aus dem eigenen Land und ein eigenes Lohngefüge. Das gilt insbesondere im Osten.

Die jetzige Fachkräfteabwanderung - es sind 5 000 bis 6 000 meist junge Menschen - ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Lohngefälle zwischen West und Ost immer noch viel zu groß ist. Viele Fachkräfte gehen deswegen weg - ich hatte dazu vor zwei Wochen eine Diskussion mit Unternehmern in Kyritz im Kreis Ostprignitz-Ruppin -, weil sie im Westen mehr verdienen als im Osten. Das heißt, wenn wir eine Angleichung brauchen, dann brauchen wir eine Ost-West-Angleichung, aber keine Angleichung des Ostens Deutschlands an die polnischen Löhne; denn das halten wir nicht durch. Diese Spirale sollten wir nicht in Gang setzen; sie kann nur schädlich sein. Wir brauchen eine systematische und überschaubare Angleichung der Löhne in Ost und West.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sternagel [SPD])

Dass Betriebe an der Grenze zu Polen Probleme damit haben, polnische Fachkräfte einzustellen, wenn bei uns am Markt welche zur Verfügung stehen, kann ich verstehen. Wenn also ein Unternehmer wie unser Bäckermeister in der Lausitz tatsächlich nach Polen expandieren und Lehrlinge hierher holen will,

damit sie mit seinen Maschinen umzugehen lernen und die Betriebsphilosophie verstehen, mitunter ein Problem damit hat, hier eine Fachkraft zu bekommen, kann ich verstehen. Für solche Fälle müssen wir Lösungen finden, die in überschaubarem Rahmen jeweils bedarfsorientierte Hilfen darstellen nach dem Motto: Aha, wir brauchen für diesen oder jenen Sonderfall eine Lösung. Da bin ich gern dabei und kann auch helfen. Aber eine generelle Öffnungsklausel würde ein Lohndumping verursachen, welches wir alle nicht haben wollen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Baaske. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung.

Ich rufe zuerst zur Abstimmung den Antrag der Fraktion der PDS auf, der Ihnen in der Drucksache 3/7093 vorliegt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der DVU, der Ihnen in der Drucksache 3/7104 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12 und rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/7094

Ich gebe der Abgeordneten Tack von der einreichenden Fraktion das Wort. Bitte schön.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eingangs will ich noch einmal unmissverständlich sagen, dass die PDS-Fraktion den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ausdrücklich befürwortet. Das sage ich deshalb, damit es nicht wieder Debatten gibt, die ein alter Hut sind.

Die bisherigen Leistungen des Verbundes sind mittlerweile für die Region unverzichtbar. Wir wollen aber, meine Damen und Herren, dass wir nicht die einzigen Streiter für die Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg sind. Deshalb will ich noch einmal auf die aktuellen Auseinandersetzungen um den Verkehrsverbund, um die Kompetenzstreitigkeiten eingehen. Die Aus- und Umgründungen des Verkehrsverbundes gefährden unseres Erachtens dessen Fortbestand.

Durch verschiedene Interessenlagen und Kompetenzstreitigkeiten der Gesellschafter ist die Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes zum Stillstand gekommen. Das relativ hohe

Konfliktpotenzial wirkt sich nachteilig auf den Bestand des Verkehrsverbundes aus.

Die PDS-Fraktion fordert mit ihrem heutigen Antrag, dass sich die Gesellschafter auf gemeinsame Ziele verständigen, die die Kernaufgaben des Verbundes optimieren, die Erfüllung dieser Kernaufgaben konsequent einfordern und eine weitere positive Entwicklung des Verkehrsverbundes sichern.

Zu den Kernaufgaben des Verkehrsverbundes zählten bisher das einheitliche Tarifsysteem im Verbund, die Einnahmeaufteilung, die Fahrplankoordinierung sowie die Ausschreibung für den Schienenpersonennahverkehr.

Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen - daran will ich erinnern -, kontrollieren weder Ihre Beschlüsse noch setzen Sie sich für deren Erfüllung ein. Denn im September 2002 haben Sie - möglicherweise wir alle zusammen, denn das ging auf unseren Antrag zurück - einen Entschließungsantrag beschlossen, in dem die Landesregierung unter 1. aufgefordert wird, gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern Ziele der Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes zu erarbeiten und dabei insbesondere die Konzentration auf Kernaufgaben, die Straffung von Entscheidungsstrukturen, vor allem beim Aufsichtsrat, eine Kostensenkung durch Strukturoptimierung und die Überarbeitung des Verbundes sicherzustellen. Sie werden sich noch daran erinnern. Unter Punkt 2 des Entschließungsantrages, den Sie eingebracht haben, wurde gefordert, dem Verkehrsausschuss bis zum 31.12.2002 über die Verhandlungsergebnisse mit den anderen Gesellschaftern zu berichten.

Das, meine Damen und Herren, hat stattgefunden, diesen Bericht gab es im Verkehrsausschuss. Nur gab es nichts zu berichten, denn es sind keine Entscheidungen getroffen worden. Es wurden auch keine Reformen angepackt und es sind keine Entscheidungen vorbereitet worden. Es ist also alles beim Alten geblieben.

Es gab im Auftrag des Verkehrsverbundes, der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates eine Arbeitsgruppe des Aufsichtsrates, die zur Aufgabenwahrnehmung und zu Einsparpotenzialen im Verkehrsverbund einen Bericht vorgelegt hat. Diesen Bericht halten die Gesellschafter und auch Sie, Herr Verkehrsminister, für unbrauchbar, sodass sich niemand darauf bezog. Das halte ich für total falsch. Denn in diesem Bericht sind - möglicherweise ist er konsequent zu überarbeiten - Vorschläge unterbreitet worden, die zum Beispiel besagen, Verkehrserhebungs- und Einnahmeaufteilungsverfahren sind eine Kernaufgabe im Verkehrsverbund. Die Verkehrsunternehmen warten seit Jahren darauf, dass die vertraglich geregelte Einnahmeaufteilung endlich stattfindet. Wenn Sie sagen, dieser Bericht sei nicht hilfreich, dann kann ich nur entgegnen, dass aus unserer Sicht - dieses Fazit können wir nach diesen zwei Jahren ziehen - die Landesregierung weitere notwendige Entscheidungen zum Verkehrsverbund verschleppt.

Ich will Sie an Ihre Fusionsdebatten erinnern. Sie reden über Termine der Fusion. Wenn Sie nicht einmal eine gemeinsame Gesellschaft mit Landesbeteiligung gestalten können - wer will dann überhaupt noch etwas über die Fusion zwischen Berlin und Brandenburg hören? Die Bürgerinnen und Bürger wollen es schon lange nicht mehr hören, weil nicht einmal die normalste Art und Weise einer Zusammenarbeit klappt.

Ein anderes Thema: Die Gesellschaft Verkehrsverbund ist auch eine Gesellschaft mit Landesbeteiligung. Und wieder muss man sagen: Auch hier klemmt die Säge. Was machen Sie falsch, wenn es um Landesgesellschaften oder um Gesellschaften mit Landesbeteiligung geht? Immer kommt es zu einer Fülle von Problemen. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum diese unentschlossene Entscheidung zum Verkehrsverbund zum Tragen kommt. Die Finanzierung ist gesichert. 26 Millionen Euro für dieses Jahr sind doch eine Menge Geld. Dazu kommen noch 3 Millionen Euro Gesellschafteranteile. Manch einer in einem anderen Land wäre froh, wenn er so viel Geld für den öffentlichen Personennahverkehr hätte. Bei uns gehen alle Alarmglocken an, wenn es wieder heißt, eine Tochter aus dem Verkehrsverbund, aus dieser Gesellschaft mit Landesbeteiligung auszugründen.

Ich erinnere an die LEG; die hatte zig Töchter. Niemand beherrschte mehr das Konstrukt. Das Ergebnis liegt jetzt vor.

Ich erinnere auch an die Flughafengesellschaft, an die Holding, die auch mit Töchtern operiert hat und die sie inzwischen - Gott sei Dank - alle wieder zurückgeholt hat, weil alles daneben ging, weil alles in die Hose ging. Deshalb sehr genau prüfen, wenn sich der Verkehrsverbund eine Tochter leisten sollte!

Meine Damen und Herren, bis heute hat die Landesregierung ihre Aufgaben nicht erfüllt, was die Reformen beim Verkehrsverbund betrifft. Die alten Probleme sind nach wie vor da. Es gibt mittlerweile einen neuen Geschäftsführer, der sicherlich sehr entschlossen ist, die notwendigen Aufgaben anzufassen. Aber ich will Ihnen an dieser Stelle nur sagen: Entscheidungen über Ziele und Kompetenzen des Verkehrsverbundes müssen die Brandenburger Landesregierung und der Senat von Berlin gemeinsam treffen. Diese Entscheidungen sind überfällig. Ich verweise in dem Zusammenhang auch auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur Situation; denn, Herr Schrey, jeder Abgeordnete hat das Recht und meines Erachtens in dieser Konfliktsituation auch die Pflicht, sich sachkundig zu machen, wo „die Säge klemmt“. In dem Bericht sind eindeutig Ursachen benannt worden, die auch schon durch die Presse gegangen sind. Wir haben auch des Öfteren gesagt, wo die Ursachen für die Konflikte im Verkehrsverbund liegen. Ich kann Sie nur ermuntern: Erinnern Sie sich an Ihren Entschließungsantrag und treffen Sie Entscheidungen!

Wir bitten: Folgen Sie unserem Antrag! Die Landesregierung, namentlich der Verkehrsminister, ist dann aufgefordert, im Mai das Brandenburger Parlament zu informieren, welche Entscheidungen zum Verkehrsverbund getroffen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Tack. - Ich gebe jetzt das Wort an die Fraktion der SPD, an Herrn Abgeordneten Dellmann.

Dellmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Tack, ich habe manchmal den Eindruck, als hätte die Opposition bei diesem Thema überhaupt keine Informatio-

nen, als wüsste sie überhaupt nicht, dass zum Verkehrsverbund ja nicht nur der Gesellschafter Brandenburg gehört, sondern dass dort Berlin mit im Boot sitzt, dass dort die Landkreise, die kreisfreien Städte des Landes Brandenburg mit im Boot sitzen, und als glaubten Sie, dass die Optimierung des VBB so ganz eigenständig nur von uns selbst gemacht werden könnte.

(Widerspruch der Abgeordneten Tack [PDS])

Frau Tack, gerade wenn wir die Diskussion über die Optimierung des VBB, über die Evaluierung, über die Neuformulierung von Aufgaben, sprich die Konzentration auf Kernaufgaben, haben, stelle ich fest, dass selbst Berlin im Moment keine einheitliche Auffassung dazu hat, wo Kernaufgaben wahrgenommen werden sollten.

(Frau Tack [PDS]: Eben, eben!)

Auch ich vermissе beispielsweise bei der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus eine klare Definition, welche Aufgaben künftig aus Berliner Sicht wahrgenommen werden sollten.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [PDS])

Hier müssen wir also einfach einmal konstatieren, dass wir uns in einem Prozess befinden.

Wichtig ist doch auch - das sind doch die wichtigen Ergebnisse der letzten Monate; dankenswerterweise, Frau Tack, waren Sie daran persönlich beteiligt -, dass es um den VBB wesentlich ruhiger geworden ist. Es gibt ja einmal diese Ebene der Aufgaben in der Gesellschafterstruktur und es gibt zum anderen natürlich auch die Ebene von Persönlichkeiten, auch von persönlichen Differenzen. Ich glaube, dass mit der Berufung des neuen Geschäftsführers, Herrn Franz, insgesamt eine Beruhigung der Situation eingetreten ist.

Natürlich könnte man jetzt formal sagen, die Landesregierung ist den Aufträgen des Landtages nicht nachgekommen. Aber, Frau Tack, ist es nicht richtig, jetzt zu warten und zu sagen, der neue Geschäftsführer muss die Chance haben, sich in diesen Diskussionsprozess mit einzubringen? Es wäre doch fatal, als Gesellschafter in dieser Übergangsphase vom alten zum neuen Geschäftsführer zu sagen, wir schlagen hier bestimmte Pflöcke ein. Ich glaube vielmehr, es wäre ehrlich - so ehrlich sollten auch Sie, Frau Tack, sein - zu sagen, okay, es muss jetzt mit dem neuen Geschäftsführer gemeinsam an diesem Evaluierungsprozess gearbeitet werden.

Ich will nicht verschweigen, dass auch innerhalb des Landes Brandenburg und innerhalb der Landesregierung in der Vergangenheit teilweise unterschiedliche Auffassungen darüber bestanden, welche Kernaufgaben direkt vom VBB wahrzunehmen sind.

(Frau Tack [PDS]: Die sind immer noch da!)

Ich erinnere an die gemeinsame Kabinettsitzung im Dezember des vergangenen Jahres, bei der es beispielsweise auch um die Frage ging, wo zukünftig die Regieebene liegen soll. Frau Tack, da waren wir beide einer Auffassung und haben gesagt, okay das sollte grundsätzlich selbstverständlich beim VBB mit stattfinden. Minister Szymanski teilt unsere Auffassung. Ich sehe also nicht einmal fachlich-inhaltlich, dass hier irgendwo ein Dissens vorhanden ist.

Frau Tack, nehmen Sie ein weiteres Thema, nämlich die Frage, wie viele Aufsichtsratsmitglieder der Verkehrsverbund künftig haben sollte. Da sind wir wahrscheinlich auch einer Auffassung, nämlich der, dass der Aufsichtsrat gestrafft werden sollte.

(Frau Tack [PDS]: Wir haben unsere Vorschläge schon vor drei Jahren vorgelegt, lieber Kollege!)

Aber, liebe Frau Tack, was nutzt es uns denn, wenn Berlin und Brandenburg und wir hier im Landtag eine gemeinsame Auffassung haben, aber die anderen Gesellschafter - sprich die Landkreise, die kreisfreien Städte - dieser nicht folgen? Da können wir hier lange eine gemeinsame Auffassung haben: Gegen den Willen der Landkreise und der kreisfreien Städte werden wir diese Auffassung nicht durchsetzen können. Da können Sie ruhig im Quadrat springen: Wir werden das nicht schaffen, selbst wenn wir es hier gemeinsam wollen!

Ich glaube weiter, dass es wichtig ist, sich intensiv mit dem Bericht des Landesrechnungshofes auseinander zu setzen. Darin sind durchaus Defizite aufgezeigt worden. Auch ich bin der Auffassung, dass die Abstimmung innerhalb der Landesregierung auch zu den operativen Aufgaben in Zukunft besser als in der Vergangenheit stattfinden muss, dass sie deutlich besser werden muss. Hier teile ich in vielen Punkten die Auffassung, die der Landesrechnungshof mit vertritt. Wir brauchen vor allen Dingen eine klarere Einhaltung der Dinge, die im Gesellschaftervertrag vereinbart worden sind. Da gab es Verletzungen auf verschiedenen Seiten. Dagegen hat zum Teil der alte Geschäftsführer verstoßen, aber manchmal gab es durchaus auch Bereiche, in denen das eine oder andere brandenburgische Ministerium versucht hat, ein wenig auszuweichen. Vertragseinhaltung ist hier sehr wichtig.

Ich habe die Hoffnung und gehe davon aus, dass das, was wir auch von Landtagsseite her gemeinsam angeschoben haben, mit dem neuen Geschäftsführer nun wirklich auf die Ebene kommt. Nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass jetzt der neue Geschäftsführer Vorschläge erarbeitet, die in den Gremien, in den Organen des VBB zu diskutieren sind, die mit den beiden Verkehrsministerien, also mit der Berliner Senatsverkehrsverwaltung und mit Minister Szymanski, zu diskutieren sind. Daran sind auch wir zu beteiligen, um dann wirklich zu sehen, wo in den Aufgaben des VBB nachgesteuert werden muss.

Aber wichtig ist, dass der VBB auf Dauer Bestand hat. Das muss das Signal sein. Wir sollten also von hier aus einen Beitrag dazu leisten, dass der VBB stabilisiert wird, und wir sollten jetzt nicht in einer unnötigen Diskussion einen Beitrag dazu leisten, dass Sorgen und Nöte in den VBB hineingebracht werden. Deshalb, Frau Tack, lassen Sie uns im Fachausschuss diskutieren! Im Frühjahr dieses Jahres laden wir dann Herrn Franz ein.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [PDS])

Ihren Antrag aber werden wir ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dellmann. Ich gebe nunmehr der

Fraktion der CDU das Wort, Herrn Abgeordneten Schrey. - Die Fraktion der DVU hat dankenswerterweise Redeverzicht angezeigt.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An dieser Stelle und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr haben wir uns in den letzten Jahren mehrmals über die Zukunft des Verkehrsverbundes ausgetauscht.

(Frau Tack [PDS]: Wir nicht!)

Der Verbund hat in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrssystems in unserer Region ist gewachsen. Richtig ist aber auch - Frau Tack hat das angesprochen -, die Koalitionsfraktionen haben bereits im Jahre 2002 einen Antrag zur Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes in den Landtag eingebracht, der auch beschlossen worden ist.

Wir sind uns sicherlich parteiübergreifend einig, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Forderungen des Parlaments von Brandenburg durch das Verkehrsministerium weitergehend umgesetzt worden wären. Der über Monate, wenn nicht sogar über Jahre andauernde Streit - erst mit dem Geschäftsführer des VBB, dann über die Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers - hat wertvolle Zeit gekostet. Diese Zeit muss nun zügig aufgeholt werden.

Auch die CDU-Fraktion erwartet konkrete Aussagen des Verkehrsministeriums zur Weiterentwicklung des VBB in einer der nächsten Ausschusssitzungen, und zwar möglichst noch in dieser Legislaturperiode.

Frau Tack, in der Begründung des Antrages haben Sie den Prüfbericht des Landesrechnungshofes erwähnt. Meiner Kenntnis nach liegt dieser offiziell noch nicht vor. Richtig ist, Details dieses noch inoffiziellen Berichtes waren der Presse zu entnehmen. Der Landtag ist nicht der richtige Ort, um sich über inoffizielle Berichte auszutauschen. Wir sollten deshalb die offizielle Fassung des Berichtes des Landesrechnungshofes abwarten.

(Frau Tack [PDS]: Sie haben die Verpflichtung, sich sachkundig zu machen! Gehen Sie hin und lesen Sie alles! Dann wissen Sie Bescheid!)

- Trotzdem ist er inoffiziell und dem Landtag noch nicht offiziell vorgelegt worden!

Das Land Brandenburg darf nicht in die Situation geraten, dass wir Kompetenzüberschneidungen zum VBB aufbauen und diese mit den übermäßig knappen Landesmitteln finanzieren. Berlin haben wir für diese Politik massiv kritisiert. Das darf Brandenburg jetzt nicht nachmachen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen war den Zeitungen zu entnehmen, dass es seit Anfang März einen grenzüberschreitenden Bus nach Polen gibt. In zwei Monaten tritt Polen der EU bei. Ich muss sagen: Eine Busverbindung ist deutlich zu wenig. Die CDU-Fraktion kann sich nicht der Argumentation aus dem Verkehrsministerium und des neuen Geschäftsführers des VBB anschließen, dass man bisher noch

nicht wisse, wie sich die Verkehre entwickeln, und deshalb konkrete Schritte nicht einleiten könne. In anderen Regionen wird auch mit Prognosen gearbeitet, die dazu führen, dass Bestellungen vorgenommen werden. Erst müssen attraktive öffentliche Verkehrsangebote unterbreitet werden, damit die Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, anstelle des eigenen Autos diese Angebote zu nutzen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch kurz unsere ablehnende Haltung zum PDS-Antrag begründen. Es gibt einen parlamentarischen Beschluss mit der Zielrichtung der Weiterentwicklung des VBB. Diesen gilt es durch das Verkehrsministerium umzusetzen. Neue Beschlüsse helfen wenig. Es ist unseriös, Forderungen mit inoffiziellen und unfertigen Berichten des Landesrechnungshofs zu begründen. Das kann nicht die zukünftige Arbeitsweise des Parlaments sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Schrey und gebe der Landesregierung das Wort. Herr Minister Szymanski, bitte.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bewertung der Arbeit des VBB muss meiner Meinung nach noch einmal aus meiner Sicht dargestellt werden.

Das Land Brandenburg, das Land Berlin und die Landkreise sind die Befürworter, sind die Stützen dieses Verbundes. Sie werden auch für diesen streiten und ihn weiter qualifizieren und entwickeln. Es ist der größte Verbund im Bundesgebiet, nach meiner Kenntnis sogar in Europa. Die Fahrgastzahlen sprechen für sich. Die Attraktivität dieses Verbundes wurde in den letzten Jahren für die Bürgerinnen und Bürger deutlich. Die Fahrgastzahlen entwickeln sich entsprechend.

Es ist bekannt, dass es den Auftrag gegeben hat, in einer Arbeitsgruppe die Fragen der Optimierung und der Weiterentwicklung des Verbundes darzustellen. Die Abstimmung zwischen den Gesellschaftern zu diesem Bericht konnte bisher nicht abgeschlossen werden. Verschiedene tatsächliche und rechtliche Fragen müssen noch geklärt werden. Mit dem neuen Geschäftsführer, der den VBB seit Anfang November anführt, ist eine vorzügliche Chance gegeben, den Prozess möglichst bald zum Abschluss zu bringen. Es gibt einen Vorschlag auch der beiden Regierungen, klar zu definieren, worin die Kernaufgaben des Verbundes bestehen, die alle Gesellschafter gemeinsam betreffen. Frau Tack, Sie wissen auch, dass es Aufgaben gibt, die nicht alle Gesellschafter betreffen. Dies muss man von Grund auf definieren.

Ich möchte auch noch einmal meine Position dazu darstellen. Es geht um Tarifmarketing, um die Frage der Einkommensaufteilung, um die Verkehrsplanung, um den Fahrplan. Das sind die Kernaufgaben. Es ist zu fragen, wie wir mit der Regieebene umgehen und in welcher Struktur diese Aufgabe dann erfüllt wird, ob in einer Tochtergesellschaft oder in einer abgegrenzten

Abteilung innerhalb des VBB. Es geht darum, dass das dann auch durch die Gesellschafter definiert und finanziert wird. Das müssen wir - da sind wir beieinander, Frau Tack - in den nächsten Monaten klären. Sie wissen, dass es einen Auftrag des Aufsichtsrats vom 19. Februar gibt. Dieser Prüfauftrag muss abgearbeitet werden und ich gehe davon aus, dass es im Mai eine weitere Aufsichtsratssitzung geben wird, in der hierüber zu berichten ist. Ich bin der Auffassung, dass dieser Weg der zielführende ist. Mitte des Jahres, Anfang Juni, sollten wir - das ist das Angebot, das ich mache - im Ausschuss über den dann vorliegenden Erkenntnisstand informieren. Wir sollten dies dann auch gemeinsam bewerten und innerhalb des Aufsichtsrats, zwischen den Gesellschaftern, zu Entscheidungen kommen, sodass diese klare Definition der Kernaufgaben dann auch vorgenommen und die entsprechende Finanzierung gewährleistet ist.

Ich bin also zuversichtlich, dass der neue Geschäftsführer des VBB gemeinsam mit den Gesellschaftern zu einer Lösung kommt. Die Zielsetzungen Ihres Antrages, Frau Tack, werden also abgearbeitet. Sie sind in ihrer Definition auch nicht neu. Abschließend noch einmal das Angebot, Anfang Juni im Ausschuss darüber zu berichten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Szymanski. Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 3/7094 vorliegt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 13 und rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Antrag
der Landesregierung

Drucksache 3/7051

Frau Dr. Enkelmann, gehe ich recht in der Annahme, dass allgemein Redeverzicht abgesprochen wurde?

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ja.)

- Das freut mich sehr. Damit brauche ich die Aussprache gar nicht zu eröffnen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Landesregierung. Wer dem Antrag in der Drucksache 3/7051 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 14 und rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

**Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung zur
Wahl des Bundespräsidenten**

Antrag mit Wahlvorschlag
des Präsidenten des Landtages

Drucksache 3/7089
(Neudruck)

Auch hier wurde vereinbart, nicht zu debattieren. Ich komme
sofort zur Abstimmung. Wer dem Antrag mit Wahlvorschlag

des Präsidenten in der Drucksache 3/7089 - Neudruck - seine
Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegen-
stimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben Sie dem An-
trag einstimmig zugestimmt und die brandenburgischen Mit-
glieder der Bundesversammlung gewählt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 15 und ich schließe die
92. Sitzung des Landtages Brandenburg. Ich wünsche Ihnen
noch einen angenehmen Spätnachmittag und Abend.

Ende der Sitzung: 15.38 Uhr

Anlagen

17. Sitz Frau Friede Springer
 18. Sitz Frau Manuela Mucke
 19. Sitz Herr Dr. Helmuth Markov, MdEP
 20. Sitz Herr Thomas Lunacek, MdL

Gefasste Beschlüsse**TOP 4:****Wahl eines Mitgliedes des Medienrates gemäß § 11 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 92. Sitzung am 4. März 2004

Herrn Dr. Wolfram Weimer

anstelle des

Herrn Dr. Friedrich-Carl Wachs

als Mitglied des Medienrates gewählt.

TOP 14:**Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 92. Sitzung am 4. März 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemäß Artikel 95 der Verfassung des Landes Brandenburg genehmigt der Landtag Brandenburg die Mitgliedschaft des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Herrn Frank Szymanski, im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg.“

TOP 15:**Wahl der Mitglieder der 12. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 92. Sitzung am 4. März 2004 gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593), die auf das Land Brandenburg entfallenden 20 Mitglieder der 12. Bundesversammlung gewählt:

1. Sitz Herr Matthias Platzek
2. Sitz Herr Jörg Schönbohm, MdL
3. Sitz Herr Prof. Dr. Lothar Bisky, MdL
4. Sitz Herr Dr. Herbert Knoblich, MdL
5. Sitz Frau Beate Blechinger, MdL
6. Sitz Herr Steffen Reiche, MdL
7. Sitz Frau Dr. Dagmar Enkelmann, MdL
8. Sitz Herr Wolfgang Klein, MdL
9. Sitz Herr Martin Habermann, MdL
10. Sitz Herr Ulrich Freese, MdL
11. Sitz Herr Udo Beyer
12. Sitz Herr Dierk Homeyer, MdL
13. Sitz Frau Dr. Esther Schröder, MdL
14. Sitz Frau Katrin Molkenin
15. Sitz Frau Katalin Gennburg
16. Sitz Frau Liane Hesselbarth, MdL

Für den Fall, dass ein Gewählter die Wahl nicht annimmt oder ein Mitglied ausscheidet, wurden für die jeweilige Fraktion als Nachfolger vorgeschlagen:

für die Fraktion der SPD

Herr Reinhold Dellmann, MdL
 Herr Dr. Dietmar Woidke, MdL
 Frau Uta-Brigitte Müller, MdL

für die Fraktion der CDU

Herr Dieter Helm, MdL
 Frau Dr. Etta Schiller

für die Fraktion der PDS

Frau Hannelore Birkholz

für die Fraktion der DVU

Herr Sigmar-Peter Schuldt, MdL

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 4. März 2004:**Frage 2001****Fraktion der CDU****Abgeordneter Thomas Lunacek****- Schädlingskatastrophe in der Schorfheide -**

Im vergangenen Jahr hat es auf rund 4 000 ha Waldfläche in der Schorfheide einen starken Befall des Kieferschädlings Nonne gegeben, der auf fast 1 000 ha zum Totalverlust der Kiefernadeln geführt hat. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung hatte sich seinerzeit gegen eine chemische Bekämpfung des Schädlings entschieden und wollte die Entwicklung im Frühjahr 2004 abwarten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Strategie hat sie, damit es in der Schorfheide bei entsprechender Witterung in diesem Jahr nicht zu einer massenhaften Schädlingsvermehrung und damit zu einem substanziellen Waldsterben kommt?

Antwort der Landesregierung**Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler**

Nach den Erhebungen des Amtes für Forstwirtschaft sowie der Landesforstanstalt Eberswalde (LFE) vom Herbst 2003 beträgt die exakte Befallsfläche der Nonne in der Schorfheide (Amt für Forstwirtschaft Eberswalde) insgesamt 3 609 ha. Davon waren 1 204 ha bis zu 30 %, 831 ha zu 30 - 50 %, 1 126 ha zu 50 - 90 % geschädigt und auf 448 ha musste Kahlfraß festgestellt werden.

Das Hauptbefallsgebiet liegt in der zentralen Schorfheide in der Oberförsterei Groß Schönebeck.

Nach Erfahrungen der Forstfachleute sterben je nach Witterungsbedingungen bei starkem Fraß, das heißt 10 - 50 % Restbenadlung, etwa 10 % der Bäume des jeweiligen Bestandes ab. Bei Kahlfraß, das heißt bei weniger als 10 % Restbenadlung, ist ein Verlust von etwa einem Viertel der Bäume zu kalkulieren.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen wird es also nicht zu einem flächigen Absterben der Kiefernbestände in der Schorfheide kommen.

Alle geschädigten Bestände haben danach eine Chance zu überleben und Kahlschläge scheinen gegenwärtig nicht erforderlich. Einzelbäume werden absterben, wodurch vereinzelt auch das Bestandsgefüge beeinträchtigt wird.

Folgeschädlinge wie Kiefernspinner und Prachtkäfer sind vorhanden und im Anstieg begriffen. Deshalb ist ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in diesem Jahr erforderlich. Die Kiefer würde einen zweimaligen starken Fraß nicht überstehen.

Die Landesforstverwaltung hat folgende Strategie für die Beseitigung der Schäden:

Erstens: Vor Entnahme der toten Bäume wird der Maitrieb der Kiefer abgewartet, da von einer gewissen Regeneration ausgegangen werden kann.

Zweitens: Um das Schadholz im Mai möglichst schnell zu ernten, werden im Augenblick die Bestände durch die Anlage von Schneisen (Rückegassen) erschlossen und das Wegenetz instand gesetzt. Es ist erforderlich, das Holz möglichst schnell zu ernten und abzufahren, damit kein Wertverlust - die so genannte Verbläuuung - eintritt. Die Abnahme des Holzes durch die verarbeitende Industrie ist gesichert. Ein Schaden für das Land kann somit abgewendet werden.

Drittens: Zur gründlichen Vorbereitung der Bekämpfung der Nonne mit Pflanzenschutzmitteln werden die Flächen nach festgesetzten Auswahlkriterien der Landesforstanstalt wie Alter der Bestände, Schädigungsgrad, kritische Falterzahlen des Vorjahres bis Anfang März exakt erfasst und festgelegt. Dabei wird die Verwaltung des Biosphärenreservates in die Abstimmung einbezogen. Es kann davon ausgegangen werden, dass zwei Drittel der Befallsfläche - ca. 2000 ha - behandelt werden müssen. Dabei soll hauptsächlich das Kontaktinsektizid Karate WG Forst zum Einsatz kommen. Da dies jedoch auch auf andere Insektenarten wirkt, soll auf für entsprechend dem Schutzzweck des Biosphärenreservates sensiblen Flächen ein Häutungshemmer zum Einsatz kommen. Der aviochemische Einsatz erfolgt im ersten Larvenstadium der Nonne je nach Witterung etwa Mitte Mai.

Viertens: Etwa 90 ha der stark geschädigten Bestände sollen nicht mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden. Hier wird die natürliche Regeneration der Bestände wissenschaftlich durch die Landesforstanstalt sowie das Landesumweltamt begleitet und untersucht werden.

So wie in der Schorfheide verfolgen wir überall im Land die Schädlingsentwicklung in den Wäldern, um rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen einleiten zu können.

Frage 2006

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Widersprüchliche Meldungen über Brandenburgs Wirtschaftskraft -

Die brandenburgische Wirtschaft schrumpfte weiter, hieß es zu Beginn des Monats in Pressemeldungen (vgl. hierzu dpa/MAZ 07.02.04). Laut Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ sei das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2003 in Brandenburg preisbereinigt insgesamt um 0,7 % gesunken. Der Wert der wirtschaftlichen Gesamtleistung liege damit bei rund 41,9 Milliarden Euro. Im Bundesdurchschnitt ging das BIP um 0,1 % zurück. Das war der erste Rückgang seit 1993. Mit 1,5 % verzeichnete Sachsen im Ländervergleich das größte Wachstum, gefolgt von Thüringen (0,9 %) und Sachsen-Anhalt (0,5 %). Schlechter als Brandenburg stünden das Saarland mit minus 1 % und Mecklenburg-Vorpommern mit minus 1,7 % da. Demgegenüber ergaben jüngste Rechenbeispiele um Fördergelder aus Brüssel, dass Brandenburg nach Sachsen die größte Wirtschaftskraft unter den neuen Ländern habe. Neben Sachsen sei vor allem der Südwesten des Landes nach EU-Statistik die wirtschaftsstärkste Region in den neuen Bundesländern. Die Berechnung basiert auf Daten von 2001. Danach komme der Südwesten Brandenburgs auf 79,3 % der durchschnittlichen EU-Wirtschaftskraft.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie beurteilt der Minister für Wirtschaft die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sowie die kurz- und mittelfristigen Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung für Südwest-Brandenburg im Vergleich zur Wirtschaftsentwicklung im Nordosten des Landes für den Zeitraum der nächsten fünf bis zehn Jahre unter Berücksichtigung gegebenenfalls unterschiedlicher Optionen für die künftige EU- und GA-Förderung in dieser Region?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren in einer Fragestunde seriös zu prognostizieren, ist nicht leistbar.

Zu viele variable Einflussfaktoren spielen hier eine Rolle und müssen gewichtet werden, seien es die bundesweite Konjunktur, die Entwicklung auf den Weltmärkten oder Innovationen.

Ferner kommt es darauf an, wie eine Region auf Veränderungen der Rahmenbedingungen reagiert und inwiefern sie in der Lage ist, Wachstumspotenziale zu nutzen und Stärken auszubauen.

Dabei ist auch wichtig, wie effizient der Strukturwandel und die Verbesserung der Standortbedingungen durch die Wirtschaftspolitik flankiert werden. Über die zukünftige Gestaltung der nationalen und der europäischen Wirtschaftsförderung findet im Moment eine lebhafte Debatte statt. Als Determinante der Wirtschaftsentwicklung haben wir es daher im Moment mit einer Unbekannten zu tun, weil zu viele Fragen noch offen sind, insbesondere, was die EU-Strukturpolitik angeht.

Die Wirtschaftspolitik und auch die wirtschaftlichen Akteure müssen sich auf jeden Fall darauf einstellen, dass die finanziellen Förderspielräume in Zukunft deutlich geringer werden.

Abgesehen von den Prognoseschwierigkeiten will ich Ihnen an dieser Stelle jedoch skizzieren, wie ich die zukünftige Entwicklung in Brandenburg sehe.

Die Wirtschaftsentwicklung ist in Brandenburg in den letzten Jahren regional sehr unterschiedlich verlaufen. Die Gliederung im südwestlichen und nordöstlichen Teil aufnehmend ist festzustellen: Das Gebiet Brandenburg Südwest hat sich durch Neuansiedlungen und Stabilisierung der angesiedelten Unternehmen positiv entwickelt. Dies spiegelt sich auch in den statistischen Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt wider. Auch die Umfragen der Cottbusser Kammern belegen das.

Leider werden die Fortschritte in dieser Region derzeit nur negativ unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Verlustes des Ziel-1-Status bei der EU-Strukturförderung diskutiert. Hierzu muss jedoch angemerkt werden, dass noch nichts entschieden ist. Ausschlaggebend wird sein, welche Datenbasis zugrunde gelegt wird.

Selbst wenn der Südwesten Brandenburgs über die 75%-Grenze beim BIP kommen sollte, bedeutet dies nicht einen abrupten Wegfall aller Fördermöglichkeiten. Für die ostdeutschen Regionen, die vom statistischen Effekt betroffen sein könnten, werden - so viel steht schon fest - Übergangsregeln gelten. Der Auftrag des Landtages an die Landesregierung in der gestern zur Thematik angenommenen Entschließung ist dafür Handlungsmaxime.

Im Nordwesten Brandenburgs sehe ich natürlich auch noch strukturbedingte Entwicklungshemmnisse, die in den nächsten Jahren abgebaut werden müssen, damit auch in dieser Region die Wirtschaftskraft erstarren kann. Die Wirtschaftsförderung wird hier gezielt an den Schwächen ansetzen. Es ist zu leisten, was im Südwesten schon mehr Kontur hat und Früchte trägt.

Zukünftig werden der Ausbau und die verbesserte Verzahnung der Infrastruktur, die Erhöhung der Standortattraktivität, der Ausbau der länderübergreifenden Zusammenarbeit und die stärkere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft in Netzwerken die Arbeitsschwerpunkte bilden. Zielgerichtete Maßnahmen werden dazu beitragen, den Strukturwandel zu beschleunigen und die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter zu verbessern.

Unternehmensansiedlungen an entwickelten Standorten in den bestehenden Branchenschwerpunkten werden gezielt unterstützt, um die Herausbildung leistungsfähiger Wirtschaftskluster zu forcieren. Durch Einbindung regionaler Unternehmen in die Wertschöpfungsketten können dadurch nachhaltige Wachstumseffekte erreicht werden.

Frage 2007

Fraktion der DVU

Abgeordnete Liane Hesselbarth

- Bevölkerungsrückgang und die Folgen für den Landeshaushalt -

Der Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg zeigt im Wesentlichen negative Folgen für die mittel- und langfristige Gestaltung des Landeshaushaltes auf.

Ich frage die Landesregierung: Welche politischen Gestal-

tungsmöglichkeiten erkennt sie, um die Rahmenbedingungen für Existenzgrundlagen von Bürgern und Unternehmen nachhaltig zu verbessern?

Antwort der Landesregierung

Ministerpräsident Platzeck

Der Bericht der Landesregierung zu den demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg - Drucksache 3/7088 - liegt dem Landtag vor. Eine Befassung des Berichts im Plenum ist für die 93./94. Sitzung des Landtages am 31. März/1. April vorgesehen. Dabei wird sicher auch die Frage zu den politischen Gestaltungsmöglichkeiten erörtert und behandelt werden.

Frage 2008

Fraktion der CDU

Abgeordneter Dieter Dombrowski

- Bismarckturm Rathenow -

Zwischen der Stadt Rathenow als Bauherrin bei der Sanierung und Rekonstruktion des Bismarckturmes in Rathenow und der unteren Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Havelland gibt es einen erbitterten Streit über die Umsetzung der von der unteren Bauaufsichtsbehörde erteilten Baugenehmigung. Der Landkreis hatte die Auffassung vertreten, dass - abweichend von der Baugenehmigung - denkmalschutzrechtliche Belange nicht beachtet worden seien. Die Stadt Rathenow hatte kürzlich in einer Eilentscheidung des zuständigen Gerichtes erfolgreich eine Schließungsverfügung für die Begehbarkeit des Bismarckturmes abwehren können, da dem Gericht nach erster Inaugenscheinnahme der gültigen Baugenehmigung und Bauzeichnungen eine Abweichung von Inhalten der Baugenehmigung nicht ersichtlich war.

Ich frage die Landesregierung: Fordert die oberste Denkmalschutzbehörde von der Stadt Rathenow einen Rückbau von Teilen des rekonstruierten Bismarckturmes?

Antwort der Landesregierung

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka**

Der Bismarckturm auf dem Weinberg in Rathenow, erbaut 1914, ist ein Denkmal von überregionalem Stellenwert und steht wegen seiner geschichtlichen, künstlerischen und städtebaulichen Bedeutung unter Denkmalschutz.

Der Antrag auf Baugenehmigung der Stadt Rathenow zur Sanierung und Nutzung des Turmes als Aussichtsturm wurde von der unteren Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Havelland im Juli 2001 positiv beschieden. Diese Baugenehmigung schloss - wie bei Baudenkmalen erforderlich - die denkmalschutzrechtliche Erlaubnis ein.

Nach Abschluss der Baumaßnahmen am Bismarckturm im Jahr 2002 wurde festgestellt, dass bei der Bauausführung unter anderem die Dächer der beiden Nebentürme aus Sicht der Zuwendungsgeber und der Denkmalbehörden nicht denkmalgerecht saniert wurden. Moniert wurde vor allem, dass die Proportionen nicht mehr stimmten und sich damit das Erscheinungsbild des Bismarckturms grundlegend verändert habe.

Zwischen der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDB) des Landkreises Havelland und der Denkmalfachbehörde (BLDAM) besteht Konsens, dass diese Bauausführung nicht genehmigungsfähig ist.

Genau aus diesem Grund war und ist die oberste Denkmalschutzbehörde nicht in das Verfahren involviert. Nach § 5 des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes wäre eine Entscheidung meines Hauses nur dann erforderlich, wenn zwischen der UDB und dem BLDAM kein Einvernehmen bestünde und der Fall hier zur Dissensentscheidung vorgelegt würde.

Frage 2009

Fraktion der PDS

Abgeordnete Gerrit Große

- Schulschließungen -

In einem Interview in der „Lausitzer Rundschau“ vom 19.02.2004 hat Minister Reiche die zahlreichen Schulschließungen aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen nicht nur als Schmerz, sondern auch als Chance bezeichnet, da nur die besten Schulen überleben würden. Mittlerweile gibt es viele Beispiele, die dieser Ansicht von Herrn Minister Reiche nicht entsprechen. Erinnert sei unter anderem an die Gesamtschule Glöwen.

Eines der jüngsten und wohl drastischsten Beispiele ist der Kampf um den Erhalt des F.-F.-Runge-Gymnasiums in Oranienburg - einer Schule, die den Titel „Schule gegen Rassismus mit Zivilcourage“ trägt, einer Schule mit langer Tradition, überaus erfolgreicher Arbeit, einem überdurchschnittlichen Engagement von Lehrern, Schülern und Eltern und dazu noch übernachgefragt. Diese Schule soll nun geschlossen werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie vereinbart sich eine solche Entwicklung mit dem von Minister Reiche geäußerten Grundsatz?

Antwort der Landesregierung

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Gorholt

Es ist zutreffend, dass ich die infolge des drastischen Rückgangs der Schülerzahlen notwendigen Schulschließungen auch als Chance bezeichnet habe. Ich betone dabei noch einmal das Wort auch, weil in der Regel die besten Schulen von den Eltern und Schülern angewählt werden, jedenfalls dann, wenn mehrere Schulen erreichbar zur Auswahl stehen.

Gleichzeitig ist es eine Binsenweisheit, dass wir nicht umhinkommen werden, auch gute Schulen dann zu schließen, wenn sie als einzige Schule am Ort nicht mehr über genügend Anmeldungen verfügen.

Das trifft voraussichtlich auch für die Gesamtschule in Glöwen zu. Ohne die hervorragende pädagogische Arbeit der Schule dabei in Zweifel zu ziehen, kann letzten Endes aber nicht die Tatsache vernachlässigt werden, dass in naher Zukunft die Schülerzahlen auch an dieser Schule so stark sinken werden, dass ein geordneter Schulbetrieb nicht mehr gewährleistet werden kann.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen der beschlossene Schulent-

wicklungsplan für den Zeitraum 2002 bis 2007 des Landkreises Prignitz bekannt ist. Darin werden für die nächsten Jahre unter Berücksichtigung der Schülerzahlenentwicklung und des Wahlverhaltens nur noch für die Städte Wittenberge, Pritzwalk und Perleberg weiterführende Schulen ausgewiesen. Es wird planerisch dargestellt, dass selbst für die Grundzentren des Landkreises unter Anwendung der Sonderkonditionen nicht davon ausgegangen werden kann, dass die betreffenden Schulen der Sekundarstufe I fortgeführt werden können.

Bei dem von Ihnen aufgeführten Beispiel des Runge-Gymnasiums in Oranienburg hat der Kreistag beschlossen, alle fünf Gymnasien in der Region fortführen zu wollen. Künftig werden auch hier die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, sodass schulstrukturelle Überlegungen sinnvoll sind. Wenn bei künftig noch zu versorgenden 11 bis 13 Zügen alle fünf Gymnasien des Südraumes des Landkreises Oberhavel im Netz bleiben sollen, können mehrere Gymnasien nur zweizügig geführt werden. Vor diesem Hintergrund halte ich Überlegungen für sinnvoll, die Gymnasialstandorte zu konzentrieren, vor allem wegen der notwendigen Qualitätssicherung in der gymnasialen Oberstufe. Für den Schulträger spielen natürlich auch Kostenfragen bei der Gebäudebewirtschaftung keine unbedeutende Rolle. Es macht doch vor dem Hintergrund der Finanzlage der Kommunen wenig Sinn, fünf halb leere Schulen zu betreiben, wenn angesichts der Dichte der Standorte auch bessere Lösungen möglich sind.

Die Festlegung des Schulnetzes erfolgt durch den Schulträger unter Berücksichtigung des Schulentwicklungsplanes. Dabei spielen neben dem Anwahlverhalten auch Aspekte wie zum Beispiel künftiger Investitionsbedarf etc. eine gewichtige Rolle. Im konkreten Fall können beide Gymnasien in Oranienburg auf eine Übernachfrage verweisen. Ich kann und will an dieser Stelle nicht entscheiden, welches Gymnasium das bessere ist.

Frage 2010

Fraktion der CDU

Abgeordneter Rainer Neumann

- Betreuungsvereine -

Aufgrund der Kostenentwicklung im Betreuungsbereich beabsichtigen die Länder eine Neuregelung des Betreuungsrechts. Wie mir die Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten in einem Schreiben mitteilte, kann jedoch auch unter den veränderten Betreuungsstrukturen auf die Betreuungsvereine nicht verzichtet werden. Aufgabe der Betreuungsvereine, die ab 2003 durch das Land nicht mehr gefördert werden, ist es, ehrenamtliche Betreuer zu gewinnen, zu beraten und fortzubilden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Initiativen hat sie entwickelt und umgesetzt, um die Fortführung der Arbeit der Betreuungsvereine zu unterstützen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske

Nach Einführung des Betreuungsrechts 1992 hatte Brandenburg Grundlagen für die Landesförderung anerkannter Betreuungsvereine geschaffen. Das Betreuungsausführungsgesetz regelte nach Maßgabe des Haushaltsplanes die umfangreichen

rechtlichen Änderungen und sorgte für arbeitsfähige Vereine, damit diese ihre Aufgaben - wie die Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer, Beratung, Fortbildung - wahrnehmen konnten. Das war nötig, weil zu Beginn der 90er Jahre der Informations- und Fortbildungsbedarf hoch waren, aber noch keine gefestigten Strukturen bestanden. Heute ist dies anders, denn diese Strukturen wurden inzwischen geschaffen.

Finanzierung und Unterstützung der Betreuungsvereine sind keine Pflichtaufgabe des Landes, sondern freiwillige Leistungen. Entsprechend bundesgesetzlicher Regelungen ist das - nach dem Betreuungsbehördengesetz - von den örtlichen Betreuungsbehörden zu sichern. Und das sind in Brandenburg die Landkreise und kreisfreien Städte. Diese sind zu entsprechenden Aktivitäten zugunsten Betreuungsbedürftiger verpflichtet, das betrifft nicht nur die finanzielle Förderung, sondern auch die Zusammenarbeit mit sowie die Unterstützung und Beratung von Betreuungs- und Fördervereinen. Darüber hinaus werden die Vereine auch durch die überörtlichen Betreuungsbehörden beraten. Diese gesetzlichen Aufgaben sichern eine angemessene Unterstützung und Begleitung der Arbeit der Betreuungsvereine.

Frage 2011
Fraktion der PDS
Abgeordnete Anita Tack
- Neues ÖPNV-Gesetz -

Die Landesregierung beabsichtigt, ein neues ÖPNV-Gesetz auf den Weg zu bringen. Der Gesetzentwurf soll voraussichtlich im März im Kabinett beschlossen werden. Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte sowie Interessenvertreter der Verbände machen darauf aufmerksam, dass die Landesregierung den ÖPNV künftig nicht mehr als pflichtige, sondern als freiwillige Aufgabe vorsieht. Die geplante Aufgabenänderung wird angesichts der Probleme im ÖPNV durch die Einführung einer Elternbeteiligung zur Schülerbeförderung und mit Blick auf die unzureichende Finanzausstattung der Landkreise und kreisfreien Städte scharf kritisiert.

Ich frage die Landesregierung: Mit welcher Begründung soll die Aufgabenänderung vorgenommen werden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Szymanski

Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs ist gegenwärtig aus mehreren Gründen nicht optimal geregelt.

Nach dem geltenden Gesetz sind die kommunalen Aufgabenträger zwar für die Gestaltung des übrigen ÖPNV zuständig; für die Aufgabenwahrnehmung steht ihnen tatsächlich aber nur ein geringer Anteil der vom Land bereitgestellten Mittel zur Verfügung. Ein erheblicher Teil der Landesmittel fließt unmittelbar an Verkehrsunternehmen oder Gemeinden. Andere Teile werden vom Land direkt für den übrigen ÖPNV eingesetzt. Aufgrund der gewachsenen Art der Mischfinanzierung sind die Spielräume der kommunalen Aufgabenträger bei der Gestaltung ihres übrigen ÖPNV derzeit erheblich eingeschränkt.

Darüber hinaus ist das gegenwärtige System wegen der Viel-

zahl der Förderinstrumente intransparent. Insgesamt gesehen erschwert die Vielschichtigkeit des Förderungssystems eine Erfolgskontrolle der eingesetzten Mittel.

Vor diesem Hintergrund soll mit der Novelle des ÖPNV-Gesetzes in erster Linie die finanzielle Förderung des Landes für den übrigen ÖPNV verbessert werden. Die Neuordnung der Finanzierung dient gleichzeitig dem Ziel der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der kommunalen Auftraggeber und der Erhöhung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten.

Diese Zielsetzung soll durch eine gebündelte Ausreichung der Landesmittel an die kommunalen Aufgabenträger erreicht werden. Statt einer Verteilung der Fördermittel auf unterschiedliche Zuwendungsempfänger sollen die kommunalen Aufgabenträger ab dem Jahr 2005 direkte Schlüsselzuweisungen des Landes aus einem pauschalen Gesamtbetrag in Höhe von 50 Millionen Euro erhalten.

Die anteilige Verteilung der Zuwendungen an die kommunalen Aufgabenträger wird nach einem Schlüssel unter Berücksichtigung von vier Erfolgs-, Aufwands- und Strukturkomponenten erfolgen. Der vorgesehene Verteilungsschlüssel wird den verkehrspolitischen Zielen, den spezifischen Verhältnissen der Aufgabenträger und den finanziellen Rahmenbedingungen angemessen Rechnung tragen.

Der Gesamtbetrag der Zuwendungen in Höhe von 50 Millionen Euro wird im Gesetz festgeschrieben. Damit erhalten die kommunalen Aufgabenträger ein hohes Maß an finanzieller Planungssicherheit für ihren übrigen ÖPNV. Die Summe wurde aus dem jährlichen Durchschnitt aller vom Land ausgereichten investiven und konsumtiven Fördermittel für den übrigen ÖPNV errechnet.

Über die künftig vom Land insgesamt zuzuweisenden Finanzmittel können die kommunalen Aufgabenträger künftig eigenverantwortlich verfügen. Sie können dadurch auch die bisherigen investiven Zuwendungen für konsumtive Zwecke einsetzen. Daneben erhalten die kommunalen Aufgabenträger, Gemeinden oder Unternehmen des ÖPNV noch zusätzlich Fördermittel für Investitionen in Großvorhaben des Neubaus, des Ausbaus oder der Grunderneuerung von Infrastrukturanlagen sowie für Investitionsprojekte von besonderer Landesbedeutung.

Die Neuordnung der finanziellen Förderung des übrigen ÖPNV durch das Land und damit die Erreichung der damit verbundenen verkehrspolitischen Ziele ist allerdings nur möglich, wenn im ÖPNV-Gesetz gleichzeitig klargestellt wird, dass es sich bei der Wahrnehmung des übrigen ÖPNV um eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe handelt. Wegen des strikten Konnexitätsprinzips steht nach einhelliger Rechtsauffassung eine andere Möglichkeit nicht offen. Demgemäß ist die Wahrnehmung des übrigen ÖPNV in vielen ÖPNV-Gesetzen anderer Bundesländer ebenfalls als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe ausgestaltet.

In Brandenburg war bei der Auslegung des bisherigen § 3 Abs. 3 umstritten, ob der übrige ÖPNV als freiwillige oder pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte ausgestaltet ist. Um diesen Auslegungstreit zu beseitigen, soll künftig der übrige ÖPNV in der Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte ausdrücklich als freiwillig

lige Selbstverwaltungsaufgabe bezeichnet werden. Dies bedeutet aber nicht, dass damit gleichzeitig die finanzielle Unterstützung der kommunalen Aufgabenträger durch das Land verringert wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die Systemumstellung in der ÖPNV-Finanzierung führt dazu, dass die Finanzausstattung der Landkreise und kreisfreien Städte für den ÖPNV mit Landesmitteln auf hohem Niveau abgesichert wird.

Gleichzeitig muss aber von den kommunalen Aufgabenträgern erwartet werden, dass sie ihren eigenen finanziellen Beitrag erbringen und den zugewachsenen Handlungsspielraum ausfüllen.

Frage 2012

Fraktion der CDU

Abgeordneter Frank Werner

- Betreuungsrecht -

Die Kosten der Länder für das Betreuungsverfahren sind in Relation zur Entwicklung der Betreuungsfälle explosionsartig gestiegen. Aus diesem Grund brachte der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Betreuungsrechts ein. Dieser setzt insbesondere auf mehr Selbstverantwortung der Menschen. Die Bundesregierung erklärte, sie begrüße die Zielrichtung des Entwurfs.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sich die vorgesehene Novelle des Betreuungsrechts auf die Brandenburger Justiz auswirken?

Antwort der Landesregierung

**Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten
Richstein**

Vorausschicken möchte ich, dass es bei der Beantwortung Ihrer Frage um rechtliche Betreuung und nicht um soziale Hilfestellung geht.

Es ist tatsächlich so, dass die Kosten im Betreuungsbereich in den letzten Jahren enorm und ungebremst angestiegen sind. In Brandenburg haben sich die Ausgaben im Zeitraum von 1995 bis 2003 fast verfünffacht (1995: 2,7 Millionen Euro; 2003: 13,3 Millionen Euro) und mittlerweile einen zweistelligen Millionenbetrag erreicht. In den anderen Ländern gibt es vergleichbare Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Beschluss der Justizministerkonferenz vom Juni 2001 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Betreuungsrecht“ eingesetzt, der der Auftrag erteilt wurde, Reformvorschläge zu erarbeiten, die dazu beitragen sollen,

- die Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen auf das Notwendige zu beschränken und damit die Zahl der Betreuungsfälle zu reduzieren,
- bisher fehlgeleitete Ressourcen im Interesse der eigentlichen Betreuungsarbeit zu bündeln und
- die Kosten wesentlich zu senken.

Auf der Grundlage der im Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegebenen Empfehlungen zur Reform des Betreuungsrechts ist am 19. Dezember 2003 vom Bundesrat ein Gesetzentwurf zur Änderung des Betreuungsrechts beschlossen und in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden.

Mit der Reform des Betreuungsrechts soll durch Stärkung des Rechtsinstituts der Vorsorgevollmacht und durch Normierung einer gesetzlichen Vertretungsmacht insbesondere für Ehegatten eine Betreuung in Zukunft stärker vermieden werden. Denn Betreuung bedeutet nicht nur Hilfe, sondern immer auch Einschränkung für die Betroffenen.

Weniger Betreuungen aufgrund von Vorsorgevollmachten ermöglichen es den im Betreuungsbereich tätigen Institutionen und insbesondere den Gerichten, sich intensiver den schwierigen und komplizierten Fällen zuzuwenden. Vor allem die vorgesehene gesetzliche Verpflichtung für Berufsbetreuer zur Erstellung eines Betreuungsplanes soll gewährleisten, dass die Vormundschaftsgerichte eine objektivierbare Grundlage zur Beurteilung der Effektivität und der Qualität des Betreuerhandels erhalten. Im Vordergrund steht dabei, dass Lebensgestaltung und Betreuungsziele dem Wohl und einer möglichen gesundheitlichen Rehabilitation des Betreuten dienen.

Ein wesentlicher Schwachpunkt der gegenwärtigen Betreuungspraxis sind die Vergütungsregelungen, die bei den Gerichten bisher einen hohen personellen und bürokratischen Aufwand erfordern und häufig auch zu Abrechnungsstreitigkeiten und damit verbundenen Beschwerdeverfahren führen. Mit verbindlichen und unabhängig vom Einzelfall zugeschnittenen Vergütungspauschalen, die einfach zu handhaben sind, sollen die Gerichte, aber auch die Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer spürbar entlastet werden.

Mit der Reform des Betreuungsrechts ist außerdem eine neue Aufgabenverteilung zwischen Richtern und Rechtspflegern im Betreuungsbereich vorgesehen. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, eine möglichst umfassende Zuständigkeit des Rechtspflegers für das Betreuungsverfahren zu schaffen und die Vorbehalte für den Richter auf die Bereiche zu beschränken, in denen einem Einsatz des Rechtspflegers verfassungsrechtliche Hindernisse entgegenstehen. Die Bearbeitung und Beurteilung des Einzelfalles liegt damit in wesentlichen Punkten in einer Hand. Wie auch in anderen Bereichen ist eine solche Zuständigkeitskonzentration für alle Beteiligten von Vorteil. Der Abbau von Richtervorbehalten im Betreuungsbereich ist dabei nicht nur eine Sachentscheidung, sie berücksichtigt auch die erheblich verbesserte und stärker wissenschaftlich ausgerichtete Rechtspflegerausbildung gerade auch im Betreuungsrecht. Schon jetzt sind den Rechtspflegerinnen und -pflegern deshalb weitreichende Kontroll- und Aufsichtsfunktionen gegenüber den Betreuern übertragen worden.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass mit der Reform des Betreuungsrechts einige Erleichterungen, aber vor allem auch eine Reihe von neuen Aufgaben auf die Gerichte zukommen werden. Die Anstrengungen meines Ressorts sind deshalb darauf gerichtet, die Reform, sobald sie vom Gesetzgeber beschlossen ist, möglichst schnell und ohne Reibungsverluste in den anhängigen Verfahren umzusetzen.

Frage 2013

Fraktion der PDS

Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann

- Vertragsverletzung wegen fehlender Umsetzung europäischen Naturschutzrechtes -

Entgegen ursprünglicher Planungen wird sich wegen Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition die Novellierung des Bran-

denburgischen Naturschutzgesetzes weiter verzögern. Brandenburg hat damit innerhalb der Bundesrepublik als einziges Bundesland die Vorgaben der Europäischen Union aus der FFH- und der Zoo-Richtlinie immer noch nicht umgesetzt. Die PDS hatte im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die europäischen Vorgaben adäquat berücksichtigt.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Situation hinsichtlich eines Vertragsverletzungsverfahrens seitens der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf Brandenburg?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler

Zunächst: Brandenburg ist nicht das letzte Bundesland bei der Umsetzung von FFH- und Zoo-Richtlinie. Bei der Zoo-Richtlinie fehlt es außer in Brandenburg in noch sieben weiteren Ländern an einer rechtlichen Umsetzung, bei der FFH-Richtlinie sind es neben Brandenburg drei weitere Länder, in denen es noch einer Transformation der Richtlinie bedarf.

Zu dem Stand der Umsetzung in Brandenburg brauche ich Ihnen, Frau Dr. Enkelmann, nicht viel zu sagen. Ich bin zuversichtlich, dass eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs schon in nächster Zeit gelingt. Darüber entscheidet aber der Landtag. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, geht einer Festsetzung von Zwangsgeldern ein recht aufwendiges Verfahren voraus: Nach Abschluss des eigentlichen Vertragsverletzungsverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof - das wird noch Zeit in Anspruch nehmen - muss ein weiteres Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof betrieben werden, das Festsetzungsverfahren selbst.

Dem haben Verhandlungen zwischen Mitgliedsstaat und EU-Kommission vorauszugehen, in denen nochmals letzte Fristen zur Schaffung von Abhilfe gesetzt werden.

Sie werden daher verstehen, dass ich derzeit nicht erkennen kann, dass dem Land Brandenburg wegen der noch nicht umgesetzten FFH- sowie Zoo-Richtlinie unmittelbar Sanktionen drohen.

Frage 2014

Fraktion der CDU

Abgeordneter Ingo Senftleben

- Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz -

In Bahnsdorf, Kreis Oberspreewald-Lausitz, ist es zu Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern und Verwaltungsangestellten gekommen. Die Asylbewerber haben statt der ihnen laut § 3 Asylbewerberleistungsgesetz zustehenden Sachleistungen Geldleistungen gefordert. Der Grund ist die unterschiedliche Leistungsgewährung im Land Brandenburg. Nach meinem Kenntnisstand hat sich auch Minister Baaske dagegen ausgesprochen, dass Leistungen abweichend von der bundesgesetzlichen Regelung gewährt werden, denn damit wird nicht nur geltendes Recht unterlaufen, es wird auch immer zu Missstimmungen unter den Anspruchsberechtigten führen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeit wird gese-

hen, eine einheitliche Regelung zu treffen, um die Leistungen für Asylbewerber entsprechend dem § 3 Asylbewerberleistungsgesetz landesweit zu gewähren?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Baaske

Eine einheitliche Regelung zur Leistungsgewährung muss nicht mehr getroffen werden, denn sie ist mit dem MASGF-Runderlass vom 10. März 2003 bereits da. Sie enthält umfassende Vorgaben dazu, wie die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu gewähren sind. Beim Runderlass handelt es sich um eine allgemeine Weisung im Rahmen der Sonderaufsicht des MASGF, die für alle Landkreise und kreisfreien Städte gilt. Des Weiteren können wir beratend eingreifen, doch über weitergehende rechtliche Möglichkeiten in diesem Zusammenhang verfügt das MASGF nicht.

Das Problem ist nicht die Regelung, sondern deren Umsetzung. Denn das Gesetz räumt den Leistungsträgern verschiedene Möglichkeiten der Leistungsgewährung ein, vorrangig Sachleistungen, aber wenn es die Umstände erfordern, eben auch Barleistungen. Das muss im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich vor Ort entschieden werden. Die unterschiedliche Verwaltungspraxis in den Kommunen ist nicht zu beanstanden, sofern sie sich an die gesetzliche Regelung und an die Vorgaben des Runderlasses hält. Wo es zu Auseinandersetzungen über die unterschiedliche Praxis der Leistungsgewährung kommt, muss dies in Zuständigkeit der örtlichen Behörden geklärt werden; die Landesregierung hat da keinerlei Eingriffsrechte.

Frage 2015

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke

- Tarifverschlechterungen -

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam hat die Tarifparteien kritisiert, weil die vereinbarten Tarifabschlüsse die Besonderheiten von Lehre und Forschung an den Hochschulen nicht berücksichtigen. Der Kern ihrer Kritik beruht auf der Tatsache, dass bei steigenden Studierendenzahlen, bei ständig anwachsendem Drittmittelaufkommen und bei Stellenbesetzungssperren eine personelle Unterausstattung zur Normalität wurde. Jetzt werden trotz geringerer Arbeitszeit und geringerer Bezahlung des wissenschaftlichen Personals die Belastungen steigen, da diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon jetzt ein größeres Zeitvolumen als tariflich vorgesehen haben, um allen Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs gerecht zu werden.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wie geht sie auf die Problemlage des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen ein, bei der es nicht wie in den meisten Ministerien um einen Personalüberhang geht, sondern um Unterbesetzung, um insbesondere Qualitätseinbußen zu vermeiden?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Vom In-Kraft-Treten des Tarifvertrages zur Vermeidung be-

triebsbedingter Kündigungen (Sozial-TV-BB) ist auch das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal nach § 33 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes betroffen. Die Tarifvertragsparteien waren sich dabei einig, dass eine Entsolidarisierung des wissenschaftlichen und künstlerischen Bereichs nicht in Betracht kommt, jedoch den Besonderheiten an den Hochschulen durch einen besonderen Tarifvertrag zur Umsetzung des Sozial-TV-BB angemessen Rechnung getragen werden soll. Dies ist geschehen. Wie für die anderen Arbeitnehmer im Geltungsbereich des Sozial-TV-BB gilt damit auch für das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal an den Hochschulen Kündigungsschutz bis zum 31. Dezember 2009. Bei einem Nichtzustandekommen des Tarifvertrages hätten auch bei den Hochschulen betriebsbedingte Kündigungen gedroht.

Hauptberuflich tätige, vollbeschäftigte, wissenschaftliche und künstlerische Angestellte, deren Lehrverpflichtung nicht abgesetzt wird, können die Ausgleichstage im Sinne des § 3 Abs. 4 Sozial-TV-BB bis zum 31. Dezember 2009 auch zusammenhängend beanspruchen. Ich gehe davon aus, dass dies für die meisten betroffenen Angestellten innerhalb der Semesterpause möglich sein wird.

Ist eine zusammenhängende Inanspruchnahme bis zum 31. Dezember 2009 aus dienstlichen Belangen nicht möglich, kann diese Form des Freizeitausgleichs bis zum 31. Dezember 2011 gewährt werden. Die Beschäftigten haben bis zum 31. Dezember 2005 zu erklären, wann die zusammenhängende Inanspruchnahme des Freizeitausgleichs erfolgen soll.

Durch diese Sonderregelung für den Hochschulbereich ist sichergestellt, dass die Hochschulverwaltungen langfristig planen und organisieren können, wie die Verpflichtungen der Hochschulen in Lehre und Forschung mit dem gegebenenfalls bestehenden Anspruch auf Ausgleichstage miteinander in Einklang gebracht werden können, ohne dass qualitative Einbußen zu befürchten sind.

Aus Sicht der Landesregierung ist die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam in der Lage, ihre Aufgaben in Lehre und Forschung sicherzustellen. So hat die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät im Vergleich zu den anderen Fakultäten der Universität Potsdam die höchste Mitgliederzahl und ist damit am besten ausgestattet. Darüber hinaus handelt es sich im professoralen Bereich überwiegend um Beamte. Es ist demnach keine Unterbesetzung zu erkennen. Dies gilt auch für die anderen Hochschulbereiche, sodass die Behauptung von Unterbesetzungen der Hochschulen und daraus folgenden Qualitätseinbußen unbegründet ist.

Frage 2016

Fraktion der CDU

Abgeordneter Detlef Karney

- Bahnverbindung Fürstenwalde - Beeskow -

Das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr hat mir mit Schreiben vom 26.09.2002 mitgeteilt, dass mit der Ertüchtigung der Bahnverbindung Fürstenwalde - Beeskow voraussichtlich im Jahr 2004 zu rechnen ist.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Weise ist es ihr möglich, den Termin zum jetzigen Zeitpunkt zu konkretisieren?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski

Aufgrund nicht vorhersehbarer Projektänderungen war es im Jahre 2003 notwendig, die Entwurfsplanung für den Abschnitt Bad Saarow - Beeskow zu aktualisieren. Die dabei entstandenen deutlichen Kostensteigerungen erforderten eine baufachliche Prüfung über die Angemessenheit der Kosten und letztlich über die mögliche Förderhöhe.

Das Ergebnis der baufachlichen Prüfung lag Anfang Januar 2004 vor. Von den von DB Netz AG beantragten 15,5 Millionen Euro werden 12,5 Millionen Euro als förderfähig anerkannt.

Die DB Netz AG muss nunmehr zusätzlich 3 Millionen Euro aus Eigenmitteln aufbringen, um die Gesamtfinanzierung des Vorhabens darzustellen. Sie prüft gegenwärtig, ob die Finanzierung sichergestellt werden kann. Seitens des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr wäre eine Förderung in den Jahren 2004 und 2005 möglich, um Ende 2005 eine Gesamtinbetriebnahme zu sichern.

Sobald die DB AG die Finanzierung als gesichert erklärt, könnte unverzüglich durch das Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen der Zuwendungsbescheid an die DB AG erteilt werden.

Frage 2017

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Verbleib von Vermögen aus Bodenreformenteignung -

Das Land Brandenburg hat nach eigenen Angaben auf der Grundlage des Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetzes in Verbindung mit §§ 11 bis 16 EGBGB in rund 14 500 Fällen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern einen Anspruch geltend gemacht und in 3 500 Fällen den Klageweg beschritten. Einige Zehntausend Hektar Land wurden aufgelassen und in 1 500 Fällen Zahlungsansprüche über rund 21 Millionen Euro durchgesetzt. Rund 290 ha wurden inzwischen veräußert. Es bestehen 3 250 Pachtverträge. Der Akt der Enteignung, die Verwaltung der Grundstücke sowie die Vermarktung haben laufende Kosten verursacht. Die Verwertung der Grundstücke bzw. der Einnahmen wurde vom Bund nicht geregelt.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie gestaltet sich die finanzielle Bilanz ihres Handelns bei den Enteignungen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Finanzen Ziegler

Dem Land sind rund 30 000 ha überwiegend land- und forstwirtschaftliche Bodenreformflächen zugefallen. Der genaue Wert dieser Flächen ist nicht bekannt, da die Ermittlung der Verkehrswerte immer erst im Zuge des Verkaufs einzelner Flächen erfolgt; nach ganz grober Schätzung könnte der Wert der Flächen bei ungefähr 100 Millionen Euro liegen.

Das Land hat ferner von den betroffenen Bodenreformerben als Gegenleistung für die Übertragung von Bodenreformflä-

chen rund 22 Millionen Euro auf dem Bestandskonto „Bodenreform“ vereinnahmt.

Den Einnahmen stehen Personal- und Sachkosten einschließlich der Kosten für externe Dienstleister und Rechtsanwälte in Höhe von rund 21 Millionen Euro gegenüber, die zu einem großen Teil aus dem Landeshaushalt vorfinanziert sind.

Ferner wurden 2002 rund 16,6 Millionen Euro an den Landeshaushalt abgeführt, um die Verbindlichkeiten des Landes gegenüber dem Bund und der TLG aus der Übertragung des ehemaligen Preußenvermögens an das Land begleichen zu können.

Im Ergebnis weist das Bestandskonto „Bodenreform“ zum Stichtag 31. Dezember 2002 ein Guthaben von 3,7 Millionen Euro aus; hinzu kommen noch offene Forderungen in Höhe von rund 4,3 Millionen Euro, die vor dem Hintergrund des Straßburger Urteils derzeit allerdings nicht verfolgt werden.

Frage 2018

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Lehrerausbildungskampagne des Brandenburger Bildungsministeriums -

Das Land Brandenburg hat trotz des derzeitigen Stellenabbaus und Teilzeitarbeit bei Lehrern eine Werbekampagne für diesen Beruf gestartet. Durch die Kampagne „Bildung - Unser Ticket in die Zukunft“ sollen möglichst die besten Abiturienten für das Lehramtsstudium gewonnen werden, um nach Aussage von Herrn Minister Reiche die Unterrichtsqualität langfristig zu sichern.

Ich frage die Landesregierung: Aufgrund welcher Schülerprognosen für die nächsten zehn Jahre wurde die Kampagne „Bildung - Unser Ticket in die Zukunft“ gestartet?

Antwort der Landesregierung

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Gorholt

Die zugrunde liegenden Schülerprognosen für den langfristigen Lehrkräftebedarf werden vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport erstellt. Grundlage der Modellrechnungen bilden die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) in Zusammenarbeit mit dem Referat Raumbeobachtung des Landesumweltamtes (LUA) aktualisierten Bevölkerungsprognosen. Auf dieser Basis werden die Schülerentwicklungsprognosen in einem komplexen Verfahren erstellt und laufend aktualisiert.

Die Informations- und Werbekampagne für den Lehrerberuf ist vorausschauend angelegt. Sie entspricht der Tatsache, dass gegenwärtig aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen und dem daraus resultierenden perspektivischen Generationswechsel Lehrerstellen abgebaut werden müssen. Es zeichnet sich aber ab, dass ab dem Schuljahr 2011/2012 vermehrt Neueinstellungen notwendig sein werden, um dem zukünftigen Bedarf an qualifiziertem Unterricht Rechnung zu tragen. Das Land Brandenburg muss dann voraussichtlich jährlich zwischen 600 und 1 100 Stellen besetzen, wobei die Nachfrage nicht in allen Regionen des Landes gleich sein wird. Dennoch wird es nach

unseren Prognosen eine besondere Nachfrage bei beruflichen Fachrichtungen, Kunst, Musik, Englisch, Französisch, Latein, Wirtschaft-Arbeit-Technik, Informatik, LER, Sport und in sonderpädagogischen Fächern geben.

Mit einem modernen Marketing-Mix, bestehend aus klassischen Werbeaktivitäten wie Anzeigen, einer Aktionswebsite, die über die Homepage www.lehrer-werden.de erreicht wird, sowie umfangreicher Pressearbeit werden Informationen zum Lehrerberuf und den gesuchten Fächerkombinationen kommuniziert. Zudem werden Abiturienten gezielt durch Faltblätter und Schulplakate, die in Gymnasien und Gesamtschulen bereits aushängen, informiert.

Die Kampagne ist Teil der bundesweiten Lehrerimagekampagne der Kultusministerkonferenz, die von mehreren Bundesländern ergänzt und unterstützt wird.

Frage 2019

Fraktion der PDS

Abgeordneter Christian Görke

- Zukunft der Bundesforschungseinrichtungen im Land Brandenburg -

Das Land Brandenburg verfügt über eine außerordentlich leistungsstarke außeruniversitäre Forschungslandschaft, die allerdings aufgrund von Einsparplänen der Bundesregierung bedroht ist. Das gilt zum Beispiel für die Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (Leibniz-Gemeinschaft), aus deren Finanzierung sich die Bundesregierung zurückziehen will, sowie auch in unterschiedlichem Maß für die drei Brandenburger Standorte von Bundesforschungseinrichtungen, die in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft fallen.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Auswirkungen erwartet sie aus den Sparplänen der Bundesregierungen bezüglich der Brandenburger Einrichtungen der außeruniversitären Forschung?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Im Ressortbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) befinden sich nach Auskunft des brandenburgischen Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung lediglich zwei Bundesforschungseinrichtungen. Eine dritte Bundesforschungsanstalt im Bereich des BMVEL ist nicht bekannt. Da dieses Bundeseinrichtungen sind und dementsprechend vom Bund finanziert werden, kann sich die Landesregierung hierzu nicht äußern.

Darüber hinaus gibt es im Ressort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) fünf Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) sowie drei WGL-Institute im MLUR.

Das MWFK kann sich nur zu den Belangen dieser WGL-Institute im Zusammenhang mit der Debatte über die künftige Gestaltung einer weiteren gemeinsamen Finanzierung von Bund und Ländern äußern.

Es ist zutreffend, dass im Rahmen der erklärten grundsätzlichen Absicht der Bundesregierung zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auch über eine Neuausrichtung der gemeinsamen Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen nachgedacht wird. Die Haltung des Bundes geht dahin, sich aus der Finanzierung der WGL zurückzuziehen.

Auswirkungen für das Land bei einem möglichen Rückzug des Bundes aus der gemeinsamen Finanzierung der WGL können erst nach Abschluss einer dann zu erfolgenden Evaluierung durch den Wissenschaftsrat benannt werden, da erst dann erkennbar wird, in welcher Form bzw. in welcher Forschungsorganisation die einzelnen Institute weitergeführt werden. Jede Äußerung hierzu wäre Spekulation.

Die Landesregierung ist allerdings uneingeschränkt der Meinung, dass sich die föderale Struktur gemeinschaftlicher Finanzierung und Verantwortung gerade für die Forschung bewährt hat; hiervon sollte nicht abgewichen werden. Die Bund-Länder-Finanzierung war und ist entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Neustrukturierung und den Aufbau einer vielfältigen und modernen Forschungslandschaft im Land Brandenburg und in den anderen neuen Bundesländern. Das Land Brandenburg nimmt geäußerte Bedenken gegenüber einer veränderten Finanzierung und die Furcht vor finanziellen Einbußen der Leibniz-Institute sehr ernst. Sie wird sich dafür einsetzen, die überregionale, nationale und internationale Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der WGL zu erhalten. Hierfür ist eine forschungspolitische Gesamtschau in gemeinschaftlicher Verantwortung erforderlich.

Frage 2020

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Fleischskandal -

Gegen eine Stahnsdorfer Firma laufen Ermittlungen, weil sie falsch etikettierte Lebensmittel an Kindergärten, Hotels und Seniorenheime ausgeliefert haben soll. In diesem Zusammenhang wird gegen einen beim Landkreis Potsdam-Mittelmark angestellten Veterinär wegen Korruption ermittelt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Kontrollen von Veterinärmedizinern in Brandenburg sollen in Zukunft durchgeführt werden, um veterinärmedizinische Falschgutachten zulasten der Verbraucher zu verhindern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler

Gegen die Stahnsdorfer Firma Mac-Snack laufen derzeit staatsanwaltliche Ermittlungen wegen des Verdachtes von Verstößen gegen das Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz sowie Fleischhygienegesetz. Diese Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Ein angestellter amtlicher Tierarzt des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes Potsdam-Mittelmark steht unter dem Verdacht der Korruption, dem von der Staatsanwaltschaft nachgegangen wird. Die Anfertigung von Falschgutachten wird dem amtlichen Tierarzt nicht vorgeworfen. Bis zum Abschluss der Ermittlungen gilt für den Tierarzt die Unschuldsvermutung.

Die angestellten amtlichen Tierärzte in den kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern Brandenburgs unterstehen der Dienstaufsicht des jeweiligen Landrats bzw. des jeweiligen Oberbürgermeisters oder der jeweiligen Oberbürgermeisterin und werden durch mein Haus im Rahmen der Fachaufsicht in ihrer Tätigkeit beaufsichtigt und kontrolliert.

Die tierärztlichen Mitarbeiter meines Hauses führen fachaufsichtliche Kontrollen über das Kalenderjahr verteilt in den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern durch und nehmen Einsicht in die Arbeitsweisen der amtlichen Tierärzte in den Kommunen. Schwerpunkte sind dabei die Einhaltung und korrekte Umsetzung des unmittelbar geltenden europäischen sowie Bundes- und Landesrechts.

Darüber hinaus werden Amtstierärzte und die Leiter der verschiedenen Sachgebiete mehrmals jährlich in Arbeitsberatungen, die zu verschiedenen Problembereichen des Verbraucherschutzes und der Vorbeugung gegen Tierseuchen einschließlich Tierschutz stattfinden, unterwiesen.

Dabei werden auch Erfahrungen aus anderen Bundesländern ausgewertet, um einen bundeseinheitlichen Vollzug sicherzustellen.

Bei unvorhersehbaren, kurzfristig auftretenden Problemen, die den Verbraucherschutz betreffen, werden mit den betreffenden Amtstierärzten Auswertungen im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung durchgeführt.